

AKUT

DIAGNOSEORGAN FÜR UNVERMITTELT AUFTRETENDE, SCHNELL UND HEFTIG VERLAUFENDE SCHMERZEN DER BONNER STUDENTENSCHAFT

APRIL 1986

Nr. 215

... 's war im-mer,
immer, im-mer so!



**BONNER ORDINARIENUNI
1818-1986**

Universitätsbibliothek
Bonn

po



Druck:
Druckladen
Euskirchner Str. 30
5300 Bonn 1

Nachrichtenblatt der
Bonner Studentinnen
und Studenten

Wolfgang Kaleck

Karen Braun

Adele Schmidt

Wolfgang Kaleck

AKUT
Nassestr. 11
1. Stock
5300 Bonn 1
Tel. 73-7040

Jutta Koch
(verantwortlich)

Jochen Laux

Christian Eicke

HERAUSGEBER:
Studentinnenparlament der
Rheinischen Friedrich
Wilhelms-Universität Bonn

Wolfgang Zager

COPYRIGHT
soweit nicht anders vermerkt,
bei den Autoren

Inhalt

Titel	1
Impressum	2
Hallo Erstsemester/innen	3
Meldungen	4
Konventswahlen	6
AStA-Verhandlungen	9
Kritische Uni	10
Politologie: Bracher-Nachfolge	11
Jura: Illegales Auswahlverfahren	12
Informatik: Stellenstreichungschaos	13
Medizin: Arzt im Praktikum	14
Allensbach-Untersuchung	16
GAG bei RCDS-Bundesversammlung	18
VDS, Verbindungen	19
Wissenschaftsladen	20
Leserbriefe	21
Soziale Lage in Bonn	22
Stammheim	25
Gedanken-Bypass für den Kanzler	33
Sicherheits- und Außenpolitik (Rezensionen)	34
Hazel Henderson (Rezension)	36
Out of Africa	37
Gedichte	38
Termine	39
Gerhard Polt in Wackersdorf	40

Hallo

Erstsemester/innen

An dieser Stellen möchten wir, die AKUT-Schreiber, Euch unser gewaltiges Hallo entgegen schleudern. Also seid begrüßt in Bonn, der Bundeshauptstadt O(hne) N(ennenswertes) N(acht)leben). Laßt Euch durch diese Interpretation des Namens nicht abschrecken. Ganz tot ist Bonn doch nicht. Das habt Ihr vielleicht in den ersten Wochen (oder Woche) die Ihr hier seid schon gemerkt.

Sicher haben sich in dieser Zeit, hoffentlich mit O.E.s (Orientierungseinheiten der Fachschaften), auch schon viele Eurer Fragen geklärt. Wenn nicht, lest mal im AStA-Erstsemesterinfo oder den Infos Eurer Fachschaften nach. Logisch, daß Ihr auch selbst in die Fachschaft oder den

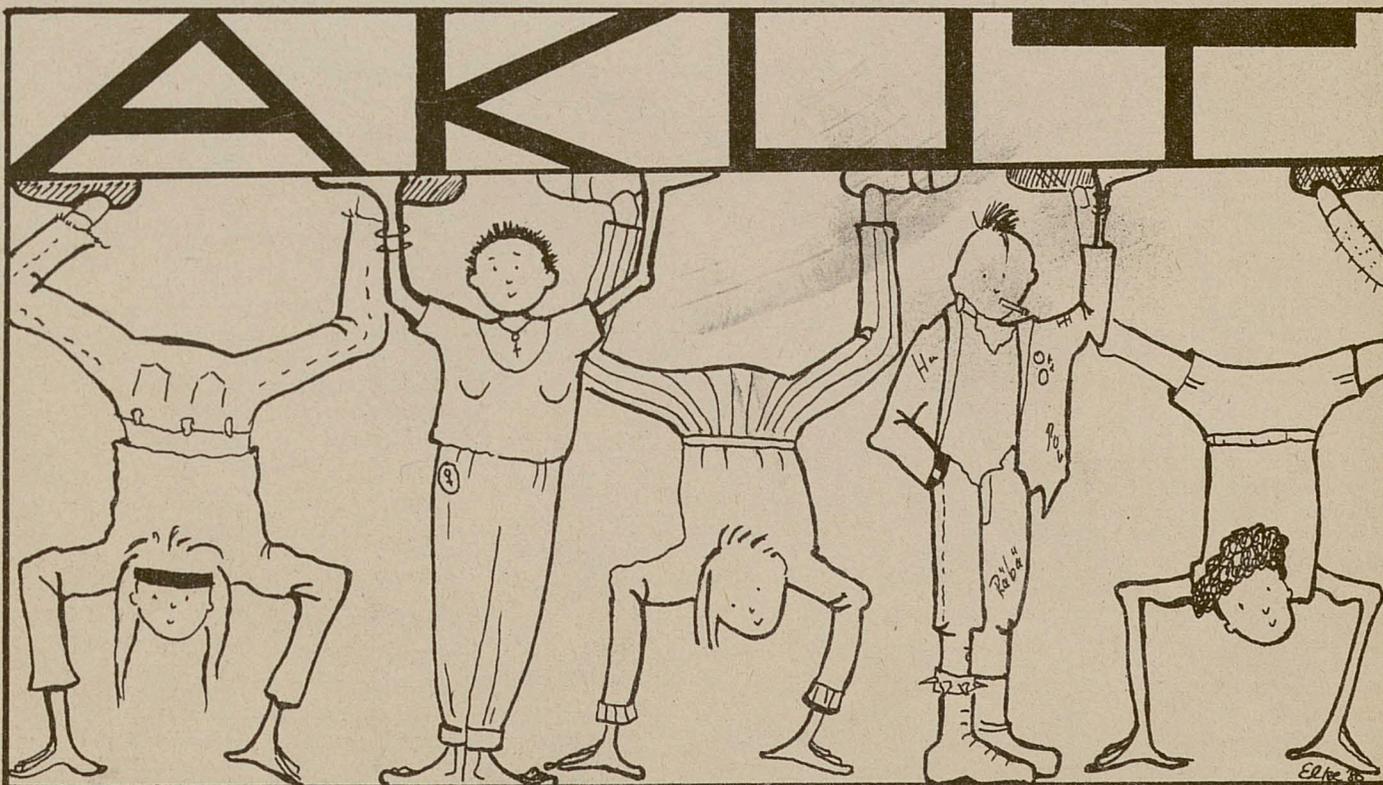
AStA (Nassestr. 11, im Gebäude der Mensa) gehen könnt und die Leute dort mit Fragen löchern. Teilweise sind die echt froh, wenn sie jemand besuchen kommt. Sollten Sie gerade einen sehr geschäftigten Eindruck machen dürft Ihr Euch dadurch nicht stören lassen. Die Typinnen und Typen sind dazu gewählt worden anderen Student/inn/en zu helfen. Außerdem hatten die am Anfang ähnliche Probleme wie Ihr.

Ansonsten lasst es ruhig angehen mit dem Studium. Den Ärger um Zweiklassenstudium, BAföG-Kürzungen etc. kriegt Ihr eh' schon schnell genug mit. Gegen diese Horrormeldungen kann man aber nichts machen, wenn man sie nur liest und nichts unternimmt.

Also eigenes Handeln ist gefragt. Fachschaften und sonstige Aktive (auch die AKUT) freuen sich über jede/n neue/n Mitarbeiter/in. Ärmel hochkrepeln und ran ans Werk.

Was sonst so in Bonn los ist steht an vielen Bretterzäunen (ist jedoch vielfach Mist und außerdem teuer). Besser ist es sich da um AStA-Kulturinfos, Infos der VHS, Cosa Nostra (Vereinigung Bonner Kulturmenschen) oder Aushänge in den Mensen etc. zu bemühen.

Insgesamt gilt also "nur nichts überstürzen" und immer dran denken, daß es auch wichtigeres gibt als lernen. Zum Beispiel ein Plausch mit Kommiliton/inn/en bei einem Glas Bier oder Wein.



SUCHT NEUE STÜTZEN !!

Da wir bei dieser Ausgabe nur mit sechs Leuten arbeiten und uns das zuwenig erscheint für eine Zeitung, die das Organ der Student/inn/en schaft sein will, suchen wir Leute, die sowohl politisch engagiert sind als auch Spaß an der Zeitungsarbeit haben.

Wir laden alle Interessierten zur kollektiven Redaktions-sitzung am Donnerstag, dem 8. Mai um 13 Uhr in der Akut-Redaktion ein.

Semester-Eröffnungsgottesdienst

(as) Die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Bonn hält ihren feierlichen Semester-Eröffnungsgottesdienst am Dienstag, dem 29. April, um 20 Uhr in der Münsterbasilika.

Männliche Versuchspersonen gesucht

(as) Das Institut für Flugmedizin sucht männliche Versuchspersonen, die bereit sind, die Zeit vom 1.6.-11.6. und 13.7.-23.7.86 (beide Termine gehören zu einem Versuch) im Institut für Flugmedizin zu verbringen.

Bezahlung: 950.-DM

Kontaktadresse:

DFVLR- Inst.für Flugmedizin

z.Hd. M. Vejvoda

Linder Höhe

5000 Köln 90

Erste Schulbesetzung arbeitsloser Pädagogen in Bonn

(as) Ende Februar reisten rund 1000 Lehramtsanwärter, Referendare und arbeitslose Pädagogen zur Gesamtschule Bonn-Beuel und "besetzten" die ihnen vorenthaltenen Arbeitsplätze, indem sie den Unterricht in den meisten Klassen der Schule übernahmen.

Mit dieser Aktion sollte die Öffentlichkeit eindringlicher als bisher auf das Problem der Lehrerarbeitslosigkeit aufmerksam gemacht werden.

Die arbeitslosen Pädagogen, die sich teilweise auf den Unterricht vorbereitet hatten, wurden von den meisten Lehrern willkommen geheißen: denn auch an der Gesamthochschule Bonn-Beuel herrscht Lehrermangel.

Diese neue Art von Aktionsform, die unter anderem darauf abzielt, daß die arbeitslosen Pädagogen nicht in den "Sumpf der Vergessenheit" geraten, soll künftig im ganzen Bundesgebiet Schule machen - keine gute Nachricht für die Kultusminister, die zunehmend Schwierigkeiten haben, den Eltern angesichts von 60000 arbeitslosen Lehrern den hohen Unterrichtsausfall zu erklären.

Wenn es den arbeitslosen Lehrern gelingt, bei künftigen Schulbesetzungen auch die Unterstützung der Eltern zu finden, dann dürfte diese neue Aktionsform den Kultusministern bei drei Landtagswahlkämpfen und dem bevorstehenden Bundestagswahlkampf noch schwer zu schaffen machen.

Berlin und die Umsetzung des HRG

Im Zuge der Umsetzung des im Herbst 1985 auf Bundesebene verabschiedeten Hochschulrahmengesetzes (HRG) hat der Berliner Wissenschaftssenator Professor Wilhelm Kewening (CDU) einen Vorstoß unternommen, Kuratorien, Beiräte und ähnliche Verbindungsgremien zwischen Hochschule und Öffentlichkeit abzuschaffen:

Im zukünftigen Berliner Hochschulgesetz sollen die entsprechenden Paragraphen, die bisher die Bildungs- und Aufgabenbereiche solcher Gremien festlegten, gestrichen werden.

Beiräte, Kuratorien und Hochschulräte sind in der deutschen Hochschulgeschichte relativ neue Gremien. Genau genommen gibt es sie erst seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, eingerichtet von den amerikanischen und britischen Besatzungsverwaltungen.

- ANZEIGE -

Sie sollten der obrigkeitsstaatlichen Orientierung und der antidemokratischen Gesinnung der Hochschul-Lehrerschaft entgegenwirken. Zentrale Funktion dieser Gremien sollte es sein, ein Bindeglied zwischen Hochschule und Öffentlichkeit herzustellen, die Autonomie der Hochschule zu stärken und zwischen Staat und der Dozentschaft eine vermittelnde Stellung einzunehmen.

Mangels öffentlichen Drucks gelang es jedoch nicht diese Reformvorstellungen umzusetzen, die Beiräte wurden rasch zur Farce, ein Bindeglied zwischen Hochschule und Öffentlichkeit stellten sie nicht her.

Erst die Studentenbewegung der sechziger Jahre griff die Reformvorstellungen der Besatzungsmächte wieder auf. Die Forderung nach Mitbestimmung aller in den Hochschulen Tätigen hatte den vornehmlichen Zweck, Offenheit und Transparenz in die Entscheidungsprozesse an den Hochschulen zu bringen.

Die Studentenbewegung hat dazu beigetragen, daß junge Wissenschaftler an die Hochschulen berufen wurden und sich dadurch, wenn auch nicht mehrheitlich, so doch später, unter den Professoren nicht mehr nur der alte Untertanengeist regte.

Das "Studienreforminstrumentarium", durch das erstmals in der deutschen Hochschulgeschichte Gewerkschaften - wie Arbeitgebervertretern - Mitgestaltungsmöglichkeiten bei der Studienreform erhalten hatten, ist bereits abgeschafft worden.

Das jetzige Vorhaben Wilhelm Kewenings, Kuratorien und Beiräte vollends zu streichen, ist als bedrohlicher Schritt in Richtung Entdemokratisierung des Hochschulwesens zu deuten und öffnet Tür und Tor für willkürliche Entscheidungen konservativer Professoren.

Adele Schmidt

Buchhandlung · Verlag · Antiquariat

RÖHRSCHEID

Gegenüber der Universität

Bonn · Am Hof 28 · Tel. 0228/72 90 126

**Aufruf!
Aufruf!
Aufruf!**

Für einen autonomen Block auf der
Bonner 1.Mai Demonstration

Der 1. Mai hat seinen Ursprung als Kampftag der internationalen Arbeiter/innen/klasse im Jahr 1889. Er sollte der Erkämpfung des 8 Stunden Tages und an die Chikagoer Anarchisten erinnern, die wegen ihres Kampfes für eine freiheitliche kommunistische Gesellschaft ermordet wurden.

Seitdem finden an diesem Tag weltweit Demonstrationen und Streiks statt, die den Willen der Unterdrückten und Ausgebeuteten ausdrücken, für ihre Befreiung zu kämpfen. Die Herrschenden empfanden den 1.Mai schon immer als Provokation. In Deutschland ließen sie z.B. 1929 den Berliner SPD-Polizeipräsidenten Zörgiebel das Kommando geben, auf streikende Demonstranten zu schießen. Im NATO Land Türkei wurde 1977 in eine 1.Mai Demonstration geschossen, wobei 35 Menschen starben. †

Die Nazis machten den 1.Mai ab 1933 zum Staatsfeiertag. Es gelang ihnen diesem Tag die Schärfe zu nehmen und ihn zum klassenversöhnlerischen FEIERTAG DER ARBEIT zu machen. Desweiteren erreichten es die Nazis durch die Schaffung der ersten Einheitsgewerkschaft -der deutschen Arbeitsfront- die Arbeiter noch weiter zu befrieden.

Das sich hieran grundsätzlich etwas ändert, hat der DGB bis heute verhindert. Seit 1949 handelt der DGB ganz im Sinne seiner westalliierten Gründungsväter und der Herrschenden in der BRD. Er beschränkt die Interessen der Arbeiter/innen auf Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen, ohne je das Lohnverhältnis -und damit die Ausbeutung als ganzes- in Frage zu stellen. Somit hat auch der 1. Mai für den DGB keine andere Bedeutung, als sich mit seinen "Errungenschaften" und aktuellen Kampagnen zu brüsten. Die Kämpfe gegen Imperialismus und Patriarchat, gegen Umweltzerstörung und staatliche Unterdrückung, gegen Ausbeutung und imperialistischen



Do 15. 5.
16° - 18° ★
im HS 17
(Uni Hauptgebäude)

Krieg, der Kampf gegen Rassismus und die Befreiungskämpfe der 3.Welt sind Kämpfe gegen den gleichen Gegner. Von vielen Genossinnen und Genossen wird aus diesem Zusammenhang jedoch keine praktische Konsequenz gezogen. Sie beschränken sich auf Teilbereiche und frustrieren nach einiger Zeit an der Übermacht des staatlichen Gegners. Die Vereinzelung unserer Kämpfe ist die Stärke der Feinde der Revolution. Um letztendlich erfolgreich zu sein, müssen wir die Vereinzelung unserer Kämpfe überwinden und das gemeinsame Ziel, eine herrschaftsfreie Gesellschaft, erkämpfen.

ÜBERLASSEN WIR DEN 1.MAI NICHT DEM DGB!
MACHEN WIR AUS DEM 1.MAI DEN KAMPFTAG GEGEN AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG IN ALLEN LEBENSBEREICHEN!
ZUSAMMEN KÄMPFEN - FÜR DEN KOMMUNISMUS!
BETEILIGT EUCH AM AUTONOMEN BLOCK AUF DER 1.MAI DEMO!

Autonome und Antiimperialisten

Treffpunkt:
8Uhr45, Oskar-Walzel-Str.
(Nähe Reuterbrücke)

immer, im-mer so!



ROBBERN RUNTER

Nackte Tatsachen zur Konventswahl

Vom 10.-12. Juni 1986 finden hier in Bonn endlich die ersten Wahlen zum Konvent statt. Diesen ging eine jahrelange juristische und politische Auseinandersetzung zwischen der Uni-Leitung und dem Wissenschaftsministerium (WiMi) voraus.

Zum Hintergrund:

Ein Abriß der sozial-technokratischen und der neokonservativen Hochschulreform seit 1969 -vom Hochschulrahmengesetz (HRG) über die Umsetzung in Landeshochschulgesetze (LHG's) bis zur jüngsten HRG-Novellierung und der wiederum anstehenden Umsetzung derselben in die LHG's- würde hier zu weit führen.

Am 1.1.1980 ist das vom Landtag Nordrhein-Westfalen verabschiedete Wissenschaftliche-Hochschul-Gesetz (Wiss-HG) in Kraft getreten. Damit sollte die Ordinarienuniversität preußischer Prägung abgeschafft und in die sogenannte "Gruppenuniversität" umgewandelt werden.

Wo liegen die Unterschiede zwischen beiden Hochschulorganisationsprinzipien?

Eine Ordinarienuniversität stellt die Form der Hochschulorganisation dar, in der die Professoren in allen Bereichen unangefochten tonangebend sind. Dies bezieht sich sowohl auf Proporz in den Uni-Gremien (Senat, Engere Fakultäten, Berufungskommissionen etc.) als auch auf Seminarinterne Entscheidungen über Mittelaufwendungen, Einstellungen von Mitarbeitern (manchmal auch Mitarbeiterinnen) usw.. Die Student/inn/en, wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen (Mittel-

bau) und die nichtwissenschaftlichen Universitätsangehörigen haben, wenn überhaupt, in den Gremien in ihrer Präsenz lediglich Alibifunktion.

Die Ordinarienuniversität steht für die überstrapazierten Slogans von der Autonomie der Universität und der Wissenschaft, wobei die Bonner Professoren ihre "Autonomie" insbesondere gegenüber den "Roten in Düsseldorf" - der nordrhein-westfälischen Landesregierung (wer ist da rot?!) - zu verteidigen suchen, nicht jedoch gegenüber staatlichen und privatwirtschaftlichen Forschungsaufträgen (Drittmittel). So wundert es eigentlich niemanden, daß die Bonner Universitätsleitung sowohl stolz darauf ist, daß es ihr seit fast 6 Jahren gelungen ist, die Vorschriften des Wiss-HG zur Einführung der Gruppenuni zu umgehen, als auch in der "Drittmittel-Einwerbe-Hitparade" der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen (NRW) unter den ersten 5 zu rangieren.

Paradoxon oder die Entlarvung der Funktion der Hochschulen als traditionelle Handlanger kapitalistischer Interessen?

Zur Gruppenuniversität

Viele Faktoren, u.a. die Forderungen der Studentenbewegung, aber auch der von der Wirtschaft in den 60er Jahren

vielbeklagte Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, veranlaßte die 1969 an die Macht gekommene sozial-liberale Bundesregierung zu einer Reform der Hochschulen. Sie sollte allen gesellschaftlichen Klassen offenstehen. Die längst zum Mythos gewordene Autonomie der Hochschulen wurde zwar als solcher aufrecht erhalten, de facto aber wurde die Hochschulforschung und -lehre weiter staatlichen- und Kapitalinteressen angepaßt.

Unter ständiger Kontrolle durch das WiMi wurden die Strukturen der Hochschulsebstverwaltung geändert:

Alle in der Universität vertretenen Gruppen, neben den Professoren also auch die wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen und die Student/inn/en, sollten Einfluß in den Gremien der Selbstverwaltung erhalten. Ziel war es u.a., über eine Politik der "Verständigung", bestehende Interessengegensätze zwischen den Gruppen so weit wie möglich zu entschärfen, die Universität als Feld der politischen Auseinandersetzung zu befrieden.

Dies geht offensichtlich zu Lasten der bisherigen Professoren-Privilegien. Entsprechend hat die Bonner Uni, bekannt als stockkonservativ, sich bis Anfang dieses Jahres auch erfolgreich gegen die Einführung gruppenuniversi-

tärer Selbstverwaltungsstrukturen gewehrt. Die wichtigste Voraussetzung zur Einführung der Gruppenuni ist der Erlass einer Ordnung zur Wahl eines satzungsgebenden Konvents, der über eine neue, den Bestimmungen des Wiss-HG entsprechende Grundordnung zu entscheiden hat. Dazu und zur Gliederung der "Fachbereiche" (in Bonn: der Fakultäten) und Zuordnung von Professorenstellen und wissenschaftlichen Einrichtungen (in Bonn: der Seminar bzw. Fachbereiche) muß ein Organisationsplan erstellt und dem WiMi zugänglich gemacht werden. Dazu bräuchte die Bonner Uni statt des vorgesehenen Jahres glatte drei!

Anschließend gelang es ihr, durch möglicherweise absichtlich eingefügte Gesetzesverstöße in der dem WiMi vorgelegten Wahlordnung zum satzungsgebenden Konvent, dessen Wahl zu verzögern.

Im Juli 1984 hat der NRW-Landtag ein Gesetz beschlossen, wonach alle Universitäts-Grundordnungen, die dem Wiss-HG widersprechen am 1. Juli 1986 außer Kraft treten. (Lex Bonn) Trotzdem weigerte sich die Bonner Uni-Verwaltung, die umstrittene Konventswahlordnung den Bestimmungen des Wiss-HG anzupassen. Im Januar 1985 verfügte das WiMi die Änderung der Konventswahlordnung. Die von der Uni angestrebten Prozesse bewirkten nichts.

Im Juni 1986 finden die Wahlen zum satzungsgebenden Konvent statt!

In der Zwischenzeit wurde die Lex Bonn wieder aufgehoben. Der Konvent muß noch im Sommer 86 zusammentreten. Die Grundordnung muß binnen eines Jahres verabschiedet werden.

Was das WiMi in der Wahlordnung mit "schweren Bedenken" akzeptiert hat, aber zu ausdrücklichem studentischen Protest geführt hat, ist die Festsetzung eines Quorums von 25%. D.h.: Jede Gruppe muß eine Wahlbeteiligung von mindestens 25% pro Wahlkreis erreichen, will sie die volle, ihr zustehende Sitzzahl in Anspruch nehmen. Der Konvent besteht aus 70 Leuten, davon 28 Professoren und je 14 Student/inn/en, wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter/innen. Er ist somit das einzige Gremium, in dem die Professoren gegenüber den anderen 3 Gruppen in der Minderheit sind. Der Konvent hat die Aufgabe, über den Erlass und die Änderung der Grundordnung auf Vorschlag des Senats zu beschließen; den Rektor und die Prorektoren zu wählen; den jährlichen Rechenschaftsbericht des Rektorats entgegenzunehmen und Stellung dazu zu beziehen sowie Stellung zum Hochschulentwicklungsplan zu nehmen.

Laut Wahlordnung für den Konvent sind die Professoren, die zahlenmäßig kleinste Gruppe, in 8 Wahlkreise eingeteilt, wissenschaftliche Mitarbeiter/innen in drei und die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter/innen und Student/inn/en - mit 40.000 Menschen die eindeutig größte Gruppe - in nur einen Wahlkreis eingeteilt. Wird das Quorum von einer Gruppe nicht erreicht, wird die Sitzzahl halbiert.

Angesichts der Größe des einzigen studentischen Wahlkreises, nämlich die Bonner Student/inn/enschaft als Ganzes, und der Beteiligung an den letzten Wahlen zu den Engeren Fakultäten (ca. 15-22%) drängt sich die Vermutung auf, daß dieses Quorum im Prinzip speziell für die Student/inn/en geschaffen wurde. Die Professoren zumindest dürften weniger Probleme haben, das Quorum zu erreichen. Sollte dies den Student/inn/en nicht gelingen, hätte die Uni-Leitung erreicht, was sie wollte: Auch im Konvent hätten dann die die Profs, aufgrund 7 unbesetzter Sitze, die absolute Mehrheit.

An der Kölner Uni, die vorletzte Ordinarienui, wo die Wahlen zum Konvent im Dez. 85 stattgefunden haben, ist ein ähnliches Quorum vorgesehen, was von den Student/inn/en nicht erreicht wurde. Diejenigen, denen dadurch ihr Sitz im Konvent vorenthalten wurde, haben vor Gericht gegen das Quorum geklagt und in erster Instanz gewonnen!! Das Quorum verstößt also offensichtlich gegen den Geist des Wiss-HG.

Die neue Grundordnung

Nach der Verfügung der Konventswahlordnung durch das WiMi im Januar 85 richtete der Senat im Sommer 85 eine Kommission zur Erarbeitung eines Grundordnungsentwurfs ein. Mitglieder waren neben Professoren auch je eine Studentin und eine wissenschaftliche Mitarbeiterin. Die nichtwissenschaftliche Mitarbeiterin hatte lediglich beratende Funktion. Diese Kommission hat mittlerweile mit der Vorlage eines Entwurfs zur "Verfassung der Rheinischen Friedrichs-Wilhelms-Universität" ihre Arbeit beendet.

Der Fertigstellung des GO-Entwurfs waren teilweise heftige Debatten in der Kommission vorausgegangen, wobei die Fraktionierung teilweise quer durch die Professenschaft verlief. Die Profs mit C3 Stelle haben ein ernsthaftes Interesse an der Wiss-HG-Umsetzung, da ihnen dann mehr Kompetenzen eingeräumt würden und sich so der hierarchische Abstand zu den C4-Profes (Ordinarien) verringern würde.

Zum Rektorat:

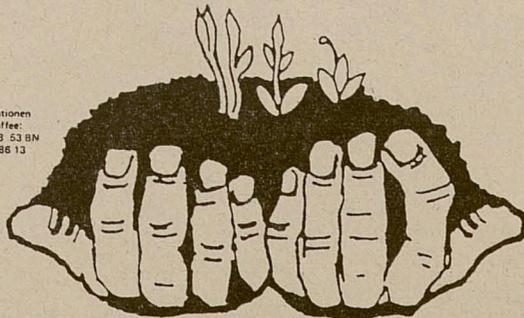
Das Wiss-HG sieht ein pluralistisches Gremium -das Rektorat- zur Leitung der Uni vor, um den autokratischen Führungsstil der Ordinarienui zu vermeiden. Insbesondere die Juristen Isensee & Ossenbühl plädieren jedoch für ein kleines Rektorat, in dem es neben dem Rektor und dem Kanzler nur zwei Prorektoren geben soll (das Wiss-HG sieht bis zu 4 vor); um Dis-

ANZEIGE

Kaffee aus Nicaragua

GERADE JETZT BRAUCHT NICARAGUA UNSERE SOLIDARITÄT

Weitere Informationen
zu Nicaragua Kaffee:
Ila Römerstr. 88 53 84
Tel.: 0228 / 65 86 13



**Nicaragua, das Modell der Hoffnung,
muß seinen Weg in Freiheit und
Selbstbestimmung weitergehen können!**

kussionen, unterschiedliche Positionen, gar politische Meinungsverschiedenheiten möglichst zu unterbinden. Sie wollen keinen "Debattierklub", sondern ein "handlungsfähiges Gremium". Letztlich geht es darum, die bisherigen Strukturen soweit wie möglich aufrecht zu erhalten. Der GO-Entwurf sieht tatsächlich nur ein 4-köpfiges Rektorat vor, in dem die Rektorstimme bei einem Patt ausschlaggebend wird (starkes Rektorat).

Eindeutig gegen das Gesetz verstößt die GO beim Procedere der Rektorewahl. Das Wiss-HG schreibt vor, daß der Rektor vom Konvent gewählt wird. Der GO-Entwurf legt jedoch fest, daß der Rektor, sollte er im 4. Wahlgang immer noch nicht gewählt sein, vom Senat bestimmt wird, in dem die Mehrheitsverhältnisse zu Gunsten der Professoren festgelegt sind. Auch dies steht für das Bemühen der Ordinarien, ihre Universität so weit wie möglich vor demokratischen Organisationsprinzipien zu bewahren. Entgegen des Geistes des Wiss-HG werden sämtliche Symbole der Ordinariats- und Dekane für Dekane und Rektor, Insignien, lateinischer Amtseid und ähnliches Klimbim- in den GO-Entwurf übernommen.

Die Frauenbeauftragte:

Heftigste Diskussionen gab es um den Antrag der Frauen in der Kommission, der die Einrichtung einer Frauenbeauftragten zum Inhalt hat. Diese soll Beschwerden über Freundiskriminierung an der Uni entgegennehmen und bearbeiten, soll auch für solche Vorfälle Initiativrecht durch Anträge in den Gremien haben, und Anwesenheits- und Rederecht in allen Gremien, insbesondere im Senat, Konvent, Berufungskommissionen und Fakultätsräten. Die Frauenbeauftragte soll von einem Plenum der Frauen aller Gruppen gewählt werden. Das war den Männern/Profs zu weitgehend. Letztendlich einigte man/frau sich auf den Paragraphen 33, "Der Senat setzt Beauftragte für besondere Aufgaben ein, insbesondere eine Frauenbeauftragte". Zum Eklat kam es, als Iensee & Ossenbühl, denen selbst diese Bestimmung zu weit ging, sie bei der redaktionellen Bearbeitung des GO-Entwurfs wegfällen ließen. Abgesehen, daß dies ein schwerer Formfehler ist, war es ein Affront gegen die Frauen. Entsprechend stiegen die wissenschaftlichen, nichtwissenschaftlichen und studentischen Kommissionsmitglieder auf die Barrikaden, bis der Satz wieder Bestandteil der GO war. Im Senat, der den GO-Entwurf jetzt in eine Beschlussvorlage für den Konvent verwandeln muß, sind ähnliche Spitzchen zu befürchten.

Die Fakultätsräte

Das Wiss-HG sieht die Zusammenfassung mehrerer Seminare und Institute zu Fachbereichen vor. Eine Neuordnung der alten Fakultäten zu einer sinnvollen Fachzusammenstellung, etwa einer Zusammenfassung von Jura, VWL, Sozialwissenschaften, Soziologie und Politologie wurde abgelehnt. Einzige Änderungen: Die "Engeren Fakultäten" heißen dann Fakultätsräte und der Proporz wurde von 10 Profs : 1 Stud. : 1 wiss. Mitarbeiter geändert in 8 Profs : 3 Stud. : 3 wiss. Mitarb. : 1 nichtwiss. Mitarb.. Mit leichten Abweichungen in einzelnen Fakultäten. Über einzelne, kleinere Änderungen der Uni-Verfassung und Auseinandersetzungen könnte noch viel geschrieben werden, doch würde das hier den Rahmen sprengen. Der AStA wird in Kürze eine Broschüre zur Gruppenuni neu auflegen mit ausführlichen Hintergrundinformationen.

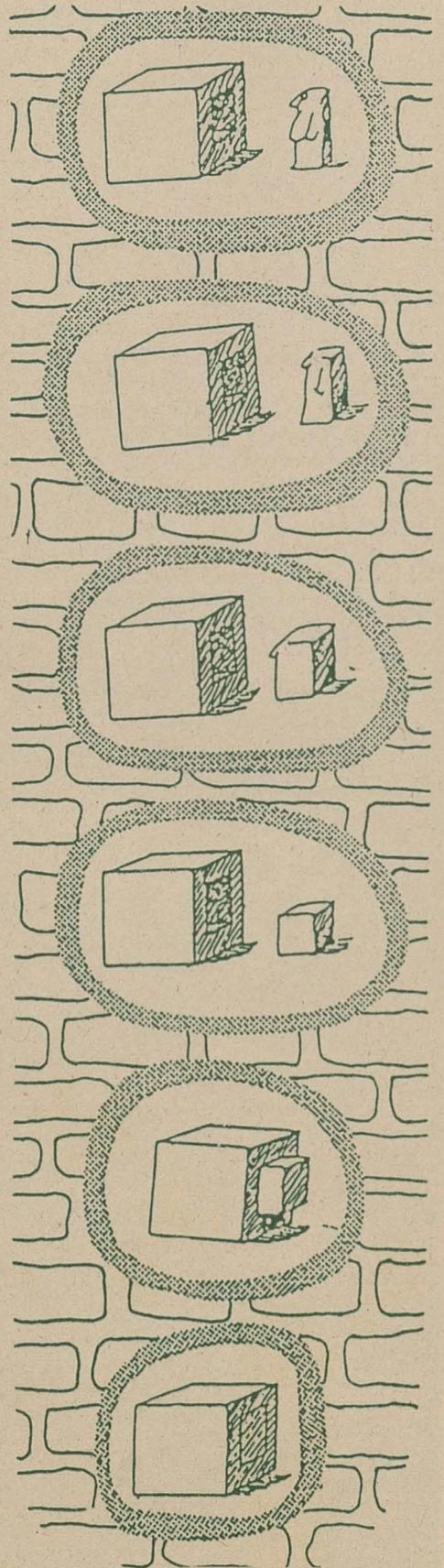
Resümé:

Festzustellen bleibt, daß die Einführung der Gruppenuni, die den Student/inn/en, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter/innen in ihrer quantitativ möglichen Einflußnahme zu Gute kommt, wenn sie auch noch den Vorstellungen einer demokratischen Hochschule in der die Gruppen der Studierenden, der Arbeitenden mit und ohne Lehraufgaben qualifizierte Mehrheitsentscheidungen treffen, wo Gewerkschaften und soziale Bewegungen in sie betreffenden Angelegenheiten, wie z.B. bestimmten Forschungsprojekten Mitsprache- und Entscheidungsrecht haben, wo formale Hochschulzugangsberechtigungen abgeschafft sind, wo durch enge Zusammenarbeit der Seminare interdisziplinäre Projekte möglich werden usw., usw., entsprechen soll, noch weit entfernt sind. Die Einrichtung einer Frauenbeauftragten ist ein klarer

Fortschritt.

Wichtig ist jedoch im Moment, daß wir bei den Wahlen zum Konvent das Quorum von 25% erreichen, um mit 14 Student/inn/en in den Konvent einzuziehen, dort unsere Änderungsvorschläge zur neuen Uni-Verfassung einbringen und auf eine schnelle Verabschiedung drängen bevor das neue HRG, das auch im Konvent eine Professorenmehrheit vorsieht, in das Wiss-HG umgesetzt ist.

Also: Geht vom 10.-12. Juni zur Wahl!



AStA Wer mit Wem?

Bei den Wahlen zum SP (Student/inn/-enparlament) haben die AStA-tragenden Gruppen ihre Mehrheit nicht verteidigen können. Wehrt Euch, LUST, SHB, GAG und Juso-HG erhielten 25 Sitze. Um den AStA weiter zu tragen sind sie auf die Unterstützung der erstmals angetretenen "Kritischen Fachschafter" (3 Sitze) angewiesen. Zweieinhalb Monate nach der Wahl liegen nun konkrete Ergebnisse der Verhandlungen für die Bildung eines AStA auf dem Tisch. Der bisherige linke AStA bleibt, unter Einbeziehung der "Kritischen Fachschafter" (KF) bestehen. Die personellen und inhaltlichen Fragen sind in kollektiver Diskussion weitestgehend geklärt worden. Auf Anregung der KF wird es zu einer Verbesserung der Verknüpfung von Fachschaften und AStA kommen. Um ihrer eigenen Forderung selbst nachkommen zu können, haben die KF den Anspruch auf einen Mitarbeiter im Hochschulreferat angemeldet. Diese Forderung ist von den anderen Gruppen positiv aufgenommen worden.

Da die Personalkosten des AStA nicht erhöht werden sollen, bedeutet dies, daß eine der anderen Gruppen einen Mitarbeiterplatz abgeben muß. Wie dies geschehen soll ist noch nicht geklärt. Es gibt zwei Möglichkeiten:

- Die Liste "Wehrt Euch" gibt ihre Mitarbeiterstelle an die KF ab.
- Sollte der Vorschlag der LUST auf Auflösung des Friedensreferats angenommen werden, kann der Referentenposten gesplittet werden in zwei Mitarbeiterstellen. Eine würde das Anti-Repressions-Referat, das einen

Projektbereich Frieden, mit eigenem Mitarbeiter übernehmen würde, zugeteilt. Die zweite Stelle würde dann eine zusätzliche für die KF im HOPO bedeuten.

Welche der beiden Alternativen gewählt wird ist noch nicht entschieden. Des weiteren hat die LUST erstmals ihren Anspruch auf einen Mitarbeiter im HOPO angemeldet. Auch hierüber ist eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Ebenfalls ausdiskutiert werden muß noch die Forderung der GAG im Öko- und Kommunalreferat sowohl den Referenten als auch den Mitarbeiter zu stellen. Das Problem dieser Forderung ist, daß erstmals eine Gruppe ein ganzes Referat alleine übernimmt. Somit sind sowohl die Transparenz der Abläufe, als auch die Einflußnahme auf Entscheidungen durch andere Gruppen nicht mehr unbedingt gewährleistet.

Alle anderen personellen Fragen sind bereits entschieden. Sieht man von der Absicht der LUST, das Friedensreferat aufzulösen ab, so sind auch die wesentlichen Inhalte der zukünftigen AStA-Politik festgelegt. Insgesamt ist damit zu rechnen, daß der AStA in naher Zukunft gewählt wird.

Dies ist eine ANZEIGE

Die Jagdverbindung Hubertia Bonn



Machen Sie mit in der Jagdverbindung Hubertia Bonn, einer der traditionsreichsten studentischen Jagdverbindungen!

Unsere Verbindung hat als Ziele die Förderung des Waidwerks, die Erhaltung des Wildes und seiner Lebensräume, die Pflege jagdlichen Brauchtums und die Bewahrung korporationsstudentischer Tradition.

Akademisches Streben, demokratische Tradition und Toleranz gegenüber dem Einzelnen sind uns selbstverständlich.

Unser eigenes Verbindungshaus dient nicht nur unseren Veranstaltungen und Vorträgen, sondern bietet auch attraktive Studentenzimmer.

Für das SS 86 sind derzeit noch Zimmer frei.

Erschließen Sie sich diesen interessanten Freundeskreis und erleben Sie gemeinsames Studium, gemeinsame Jagd und Freundschaft in unserem Kreis.

Fordern Sie unser Semesterprogramm an:

Jagdverbindung Hubertia Bonn, Keltenweg 13, 5300 Bonn 1, oder rufen Sie Herrn Andreas Keiner unter 0228/676488 oder 0228/670135 an.

GRUNDSÄTZLICHE ÜBERLEGUNGEN ZUR VORBEREITUNG DER 3. KRITISCHEN UNI

Die Kritische Uni (KU) muß als konstruktive Alternative zum herkömmlichen Wissenschafts- und Unibetrieb verstanden werden. Sinn einer KU ist die kritische Hinterfragung des verbreiteten Wissenschaftsbegriffs, der Lernsituation der Studierenden und die Analyse der gesellschaftlichen Relevanz von Forschung.

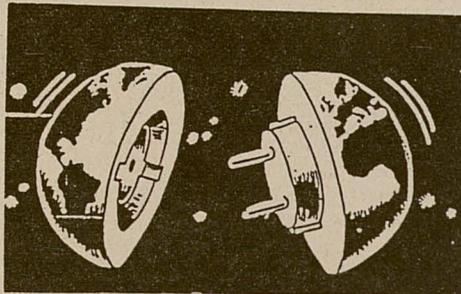
Traurig aber wahr: Der Status Quo

Die etablierte (Sozial-)Wissenschaft versucht hartnäckig, die Mär von einer "objektiven" Erkenntnis als einzig wissenschaftlich haltbares Forschungsergebnis zu verbreiten. Sowohl die Diskussion innerhalb des wissenschaftlichen Spektrums als auch das Postulat einer pluralistisch organisierten Gesellschaft widersprechen dem Idealtypus einer "objektiven" Wissenschaft. Wissenschaft kann niemals objektiv, sondern muß aufgrund der individuellen Perspektive des Forschenden notwendigerweise subjektiv sein. Die Lernsituation des Studierenden kann nur als stereotyp bezeichnet werden. Semester für Semester mehr Schein als Sein. Und das Ganze nennt man dann "wissenschaftliches Arbeiten".

Daneben sind die niedrigen Bafög-Sätze, die zudem nur als Darlehen vergeben werden, und der Druck vom Arbeitsmarkt nicht gerade dazu geeignet, die Situation der meisten Studenten zu verbessern. Jobs zur Finanzierung des Lebensunterhalts können ein Studium beträchtlich verlängern, ohne daß dieses in der Lage wäre, eine der Ausbildung entsprechende Zukunftsperspektive zu bieten. Ergebnis ist mangelndes politisches Bewußtsein. Die Wahlbeteiligung bei SP-Wahlen spricht hier eine deutliche Sprache. Das Studium degeneriert zum Selbstzweck, in der Hoffnung, vielleicht doch noch einen dieser begehrten Arbeitsplätze zu ergattern.

Wissenschaft wird meist als vermeintlicher Selbstzweck begriffen. Im Vordergrund steht die wissenschaftliche Erkenntnis; über deren soziale Konsequenzen sind sich die im Dienste des Fortschritts Wirkenden nur höchst selten im Klaren. Die Meinung, daß naturwissenschaftliche Grundlagenforschung nicht durch gesellschaftliche Restriktion behindert werden dürfe, daß die zu erwartenden positiven Effekte die nicht erwünschten, gefährlichen Auswirkungen allemal rechtfertigen, steht im wissenschaftlichen Apparat keinesfalls allein. (Man denke gerade in diesem Zusammenhang an SDI und Genforschung). Wissenschaft darf aber nicht über den Dingen stehen, sondern muß gesell-

3. Kritische UNI



schaftliche Verantwortung übernehmen; das heißt, die Forschung sollte sich über ihre sozialen Konsequenzen bewußt sein.

Das Konzept des 3. KU-Projekts

Das 3. KU-Projekt wird im Wintersemester 1986/87 stattfinden. Es kann aber nicht Sinn des Projektes sein, während zwei oder drei Tagen kritisches Bewußtsein zu demonstrieren! KU muß eine ständige Einrichtung werden, die das ganze Jahr über stattfindet. Dies gilt nicht nur für von Studenten organisierte Seminare. Kritisches Bewußtsein sollte auch in den herrschenden Unibetrieb eingebracht werden. Die oben angesprochenen 2-3 Tage im nächsten Wintersemester bieten lediglich die Möglichkeit, die KU einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren.

Unerläßlich für einen Erfolg der KU ist das konstruktive Engagement der Fachschaften. Keine abgehobene, von oben aufgesetzte Veranstaltung ist gefragt, sondern statt dessen muß eine von vielen Studenten erarbeitete und getragene KU her.

Darüber hinaus muß es unser Ziel sein, die KU durch interdisziplinäre Forschung zu beleben. Deshalb dient das regelmäßig stattfindende KU-Plenum nicht allein der Vorbereitung der 3. KU-Veranstaltung, sondern ist auch Forum zum gegenseitigen Kennenlernen und Erfahrungsaustausch. Im Sinne der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft ist es notwendig mit außeruniversitären Initiativen zusammenzuarbeiten. Ansprechpartner sind: BUND, ILA, Wissenschaftsladen, Grüne, Gewerkschaften, Buchladen, Druckladen, ect.

Inhaltlich soll sich die KU mit jenen Problemen auseinandersetzen, die im normalen Uni-Betrieb entweder zu kurz kommen oder gänzlich unter den Tisch fallen:

- ökologisch bewußte Forschung
- feministische Forschung
- Dritte-Welt-Problematik
- Friedensforschung
- Ausländerproblematik
- interdisziplinäre Forschung
- Neue Technologien
- Situation der Akademiker/innen auf dem Arbeitsmarkt
- Erarbeitung von alternativen Lehr- und Lernformen

Diese Liste erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, sie soll lediglich die inhaltliche Stoßrichtung vage umreißen.

Kritische Uni soll der Versuch sein, der negativen Situation an der Hochschule von studentischer Seite etwas Positives gegenüberzustellen. Eine solide Basis, insbesondere die Durchführung des Projekts betreffend und die konstruktive Unterstützung des AStA sind wichtige Voraussetzungen zur Realisierung des Projekts.

Dann kann die KU dazu beitragen, den elitären Wissenschaftsbegriff vom Podest zu stürzen, damit die Lernsituation verbessert werden kann und die Wissenschaft sich ihrer sozialen Verantwortung bewußt wird. Denn Forschung soll Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung, aber frei von politischen und ökonomischen Zwängen sein.

Bert Schellenberger
Ute Mader
Michael Frein



Nächstes KU-Plenum:
29.4.1986 20 Uhr Leseraum der Mensa
Nassestraße.

Aktionstag:
11.6.1986 14-22 Uhr (Dies Academicus)
-Diskussion über Perspektiven und Konzepte der Volks- und Herbsttunis (Vertreter aus Bochum, HD, Göttingen).
-Video KU '85
-Vorstellung der Arbeitskreise der Fachschaften Uni Bonn.

Die Bracher-Nachfolge

Der Provinzposse erster Teil

Im kommenden Frühjahr wird Prof. Bracher emeritiert.

Schon seit einiger Zeit macht man/frau sich allerorten Gedanken, wer denn der/ die Nachfolger/in sein könnte. Für die Fachschaft war klar, daß das Spektrum des Seminars, das vor allem auf Zeitgeschichte und Ost-West-Beziehungen verengt ist, erweitert werden sollte.

Nun hat Prof. Bracher als Gründer des Seminars den Lehrstuhl quasi auf seine Person zugeschnitten bekommen mit dem Titel "Zeitgeschichte und politische Ideenlehre"; letzteres heute besser "Theorie", genannt. Der/ die Nachfolger/in müßte also zumindest weite Teile dieses Bereichs abdecken können. Dabei scheint mir der Bereich Theorie wichtiger, da Zeitgeschichte am Seminar in extenso betrieben wird.

Die Stelle wurde wie immer öffentlich ausgeschrieben; Anfang Februar wurde die Liste der Bewerber/innen geschlossen. Über 30 Bewerbungen, darunter zwei Frauen (Herwig und Mommsen). Außerdem so "klingende" Namen wie Kaltefleiter, Kielmannsegg und Schwarz (sie klangen uns tiefdunkel in den Ohren). Einen Hoffnungsschimmer warf die Bewerbung von Klaus von Beyme auf, politologischer Tausendsassa und Buchproduzent, international renommiert. Vorsitzender der internationalen Politologenorganisation 81-85 und als Fachmann gerade in Theoriefragen ausgewiesen.

Nach der ersten Auswahlrunde, bei der unser EF-Vertreter immerhin zugegen sein durfte, kann man/frau sich vielleicht unser Erstaunen vorstellen, als von den bekannten Namen nur noch der Bracher-Intimus Schwarz übrig blieb. Die Fakultät hatte zuge-

Das Gelächter der Republik müßte eigentlich über Bonns Philosophische Fakultät hereinbrechen, doch es gibt dafür keine Öffentlichkeit. Über die Gründe für die Streichung so bekannter Namen schweigt sich der Besetzungsausschuß aus.

Politolog/inn/en, vielleicht fragt Ihr die Mitglieder mal in Eurem Seminar nach der Begründung und ihrer Position bei der Provinzposse. (Dafür müßtet Ihr natürlich wissen, wer überhaupt zum Besetzungsausschuß gehört, leider war das Mädchen, das die Liste hat, bis Redaktionsschluß nicht zu erreichen.)

Man wird den Eindruck nicht los, daß zu viel Renommee nicht gefragt ist, vor allen Dingen nicht bei den Professoren des historischen Seminars.

Auf der kleinen Liste für die weitere Auswahl stehen noch sechs Namen: Haungs, Jaeger, Kevenhörster, Matz, Oberreuter, Schwarz. Da vielen die Namen wahrscheinlich nicht so geläufig sind, sollen sie hier kurz vorgestellt werden, damit am Seminar eine über den besten Nachfolger (es sind nur noch Männer) stattfinden kann.

Peter Haungs, *1939, Dr.phil. 1966 (Heidelberg), Professor für Politikwissenschaft in Trier seit 1972, Schwerpunkt Parteien und empirische Wahlforschung. Haungs würde das Seminar zumindest um einen empirischen Bereich erweitern.

Wolfgang Jaeger, *1940, Promotion 1969 in Freiburg, Habilitation 1973 ebenfalls in Freiburg, seitdem Professor daselbst. Sein Schwerpunkt ist die Parteienforschung, die sich von Freiburg aus auch auf Frankreich ausdehnen ließ. Er hat sich ausführlich mit der innenpolitischen Situation romanischer Länder und mit dem Marxismus auseinandergesetzt.

Paul Kevenhörster, *1941, Diplom-Volkswirt 1965, Promotion 1968, 1973 Habilitation (Bonn), 1974 TU Braunschweig, 74-80 PH Münster, 1980 Uni Münster, seit 1983 Kurator bei der Deutschen Stiftung für Entwicklung. Schwerpunkte Japan und Demokratietheorie.

Tut sich vor allem durch Verbalradikalismus gegenüber basisdemokratischen Positionen hervor.

Ulrich Matz, *1940, Dr. iur. 1965, Habilitation 1971 in München, Professor in Köln an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät seit 1970. Vorsitzender der konservativen Politologenorganisation (Deutsche Gesellschaft für Politische Wissenschaft). Ein konservativer Vertreter einer "wertfreien", handwerklich qualifizierten Wissenschaft.

Heinrich Oberreuter, *1942, Dr. phil., studierte u.a. in München. 1978-80 Professor an der FU Berlin, danach Professor in Passau.

Auch seine Auseinandersetzung mit grünen und basisdemokratischen Positionen ist in erster Linie durch Polemik gekennzeichnet.

Hans Peter Schwarz (letzter und bekanntester in der Reihe) *1934, Dr.



phil., 1966 Habilitation in Tübingen, Mitherausgeber der "Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte", Professor in Köln. Schwerpunkt: Außenpolitik, Ost-West-Beziehungen, Zeitgeschichte. Bei allem Renommee, wieso sich gerade Schwarz für den Lehrstuhl Zeitgeschichte und politische Theorie bewirbt und dafür auch noch von Bracher unterstützt wird, bleibt von der inh altlichen Orientierung her ein Rätsel. Soll möglicherweise der Schwerpunkt der Zeitgeschichte an unserem Seminar von Nationalsozialismus in die Adenauerzeit verlegt werden? Politische Theorie ist jedenfalls nicht Schwarz' Steckenpferd.

Hermann Tenhagen
Der Artikel erscheint mit einer ausführlicheren Beschreibung der Bewerber im nächsten Politicum.

ANZEIGE

Seit 1872 in Bonn
Ihre Fachbuch-Buchhandlung

Behrendt

neben der Universität · 65 80 21

Verkauf auf 4 Ebenen ● Fahrstuhl durch 5 Etagen
tägl. 8.30—18.30 Uhr, langer Sa. 8—18 Uhr
Filialen: Mensa Nassestr. / MED BOOK Mensa Venusberg

„Für uns gilt das Wissenschaftliche Hochschulgesetz nicht!“

- Professor ISENSEE auf der Suche nach Elitestudenten.

Der Meister selbst war am 13. Februar bei der Vorbesprechung für sein Seminar "Grund und Grenzen des Rechtsgehorsams im demokratischen Rechtsstaat", das im Sommersemester stattfinden soll, verhindert. Er hatte zwei seiner Assistenten beauftragt, "aufgrund der Erfahrungen aus vergangenen Semestern" unter den erschienenen Studenten eine Auswahl durchzuführen, denn seine Veranstaltung erfordere eine außergewöhnliche Portion an "Köpfchen und Arbeitseifer". Die Abende begannen um 20 Uhr, endeten jedoch nicht wie gemeinhin üblich um 21.45 Uhr, sondern die mitternächtliche Stunde würde des öfteren erreicht werden.

Auf Nachfragen von Studenten waren die Assistenten weder fähig, die Thematik zu konkretisieren (man wolle das Thema quasi von allen Bereichen her aufarbeiten) noch konnten sie die ersten Referatsthemen benennen (der Zettel läge gerade oben im Zimmer). Anwesend waren bei der Besprechung ganze 9 Studenten. Normalerweise ist an der Juristischen Fakultät der Zugang zu den Seminaren allenfalls von der Vorlage der großen Scheine und der Teilnehmerzahl abhängig. Weitere Voraussetzungen dürfen laut Wissenschaftlichem Hochschulgesetz von NRW nicht gestellt werden. Meistens finden am Ende des Vorsemesters Besprechungen statt, wo sich alle Interessenten einzufinden haben - wer sich danach in die Teilnehmerliste eintragen will, muß Rücksprache mit dem jeweiligen Institut nehmen. Diesmal nun umgekehrt: 4 Kommilitonen sollten erwählt werden, um die ersten noch nicht bekannten Referate zugeteilt zu bekommen, der Rest soll bis Anfang des Semesters warten und kann dann mit den bis dahin hinzugekommenen Interessenten noch einmal seiner Chance harren, aus dem Topf gezogen zu werden, um die weiteren Referate abzudecken. Kein Platz in diesem Kalkül haben die Zeitpläne der Studenten - gerade die Anfertigung eines arbeitsintensiven Referates will doch rechtzeitig vorher in den Semesterstundenplan einkalkuliert sein.

Das gesamte Verfahren -rechtswidrige Auswahlgespräche zu einem nur vom Titel bekannten Seminar, evtl. zwei Monate Wartezeit, um dann vielleicht noch in der erlauchten Kreis aufgenommen zu werden und dann aber zur Verfügung zu stehen - ließ einen aufschlußreichen Ausblick auf die Programmatik des Seminars zu:

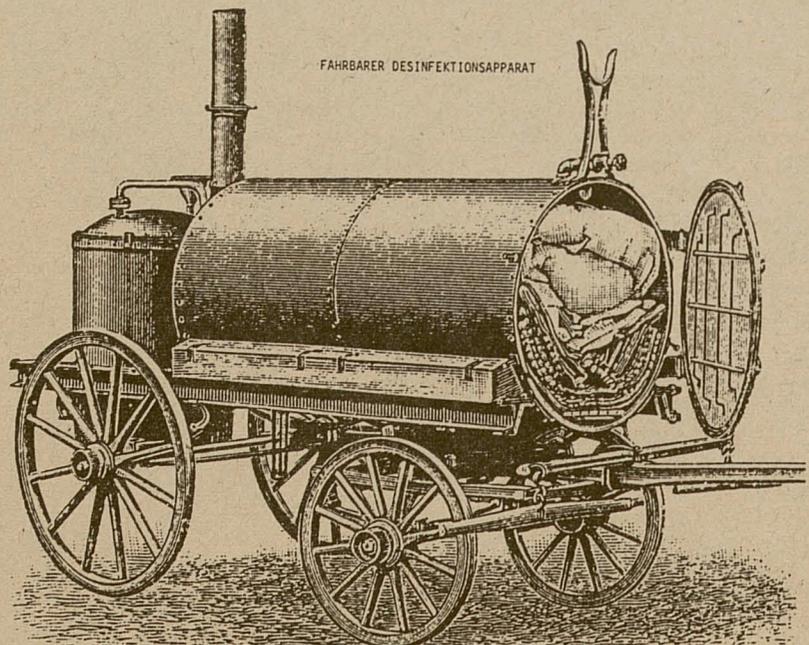
Wir sollten unseren Gehorsam -ohne weiteres Hinterfragen- gleichsam an der Tür zum Wirkungsbereich professoraler Autorität abliefern.

Zu unserer Schande sei gestanden, daß wir uns -zwar unter Protest, Vorbehalt und mit einem Grinsen- auf die sogenannten Auswahlgespräche eingelassen haben. Anstatt uns zu weigern und eine Teilnahme aller Interessierten zu fordern, hoffte wohl jeder, er werde es schon schaffen, protestieren wollten wir nachher. Denn wer sich von vornherein gegen eine wie auch immer gestaltete Prüfung wehrt, hat einfach nur Angst durchzufallen und verweigert sich einer gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit: dem Wettbewerb. Nach dem Gespräch, wo wir neben Namen und Semesterzahl ein einminütiges Statement zu unseren Arbeitsschwerpunkten abgeben durften, war klar, daß es weniger um den Inhalt der Gespräche ging -dazu waren sie zu kurz- sondern ausschließlich ums Prinzip 'Man ist ja wer im Hause Isensee und wer Einlaß begehrt, muß sich vorher einer kaum verhüllten Gesichtskontrolle unterziehen'.

Weniger Probleme bei dieser Form der Selbstdarstellung hatten unsere Kommilitonen vom Rcds. So hielten diese Vertreter studentischer Interessen (in der Hauptsache wohl der eigenen, aber sie sind ja auch Studenten) nicht viel davon, am nächsten

Tag bei der Besprechung der 6 Auserwählten noch einmal zu diskutieren, was denn nun mit den draußen gebliebenen Studenten geschehen solle. Die Chance einer kollektiven Gegenwehr hatten wir verpaßt, als sich jeder von uns den Gesprächen und damit auch der fragwürdigen Entscheidungsautorität der Assistenten unterworfen hatten. Denn die änderten trotz Proteste und Nachfragen ihre Vorgehensweise nicht, antworteten vielmehr auf Einwände u.a. mit dem in der Überschrift verwendeten Zitat und mit dem Hinweis, sie könnten, wenn sie wollten, die Studenten auch nach der Haarfarbe auswählen. Außerdem bestehe kein Bedürfnis, alle Abende eines Semesters abzudecken, notfalls fänden halt nur 5 Seminarabende statt. Der Kollege von den (linken) NJW-Juristen, der diese Diskussionen führte, sagte daraufhin seine Teilnahme ab. Aus dem konzipierten Eliteseminar wurde nunmehr eine vergrößerte Skatrunde -vielleicht sollte Professor Isensee einmal bei der Adenauerstiftung nach Studenten fragen, die seinen Ansprüchen genügen - die für diese Stiftung qualifizierende Mitarbeit beim Rcds sollte immerhin zur gleichen Meinung über Grund und Grenzen des Rechtsgehorsams im demokratischen Rechtsstaat geführt haben.

wolfgang kaleck



Willms Bildungspleite !

Wieder einmal hat die Rotstiftpolitik des Düsseldorfer Wissenschaftsministeriums zugeschlagen. An der Bonner Uni sind die Informatiker/innen hier von besonders betroffen. Durch Streichungen von studentischen Hilfskräften ist das Institut nicht mehr in der Lage ein Lehrangebot anzubieten, das zumindest den Anforderungen der Prüfungsordnung genügt.

Wichtigster Bestandteil des Informatikstudiums sind neben Seminaren vorlesungsbegleitende Übungen. In ihnen wird der Stoff der Vorlesungen aufgearbeitet und angewendet. Um den gesamten Stoff einer Vorlesung zu verstehen sind diese, in Gruppen von 10-20 Student/inn/en gehaltenen, Übungen unerlässlich. Außerdem sind die Mitarbeit in ihnen sowie die zu lösenden Übungsaufgaben Scheinvergabe-kriterium. Auf Klausuren kann somit verzichtet werden.

Geleitet werden die Übungen von studentischen Hilfskräften. An dieser Stelle beginnt das Dilemma. Durch die seit Jahren stetig ansteigenden Student/inn/enzahlen reichen die Planstellen für stud. Hilfskräfte seit langem nicht mehr aus. Anstatt mehr Planstellen zu schaffen, kam man im Wissenschaftsministerium auf die Idee sogenannte NAZ-Mittel bereitzustellen. Diese "Notzuschläge auf Zeit"

sind ein Provisorium, welches von Anfang an schwerwiegende Probleme mit sich brachte. Zunächst stimmen die Semester nicht mit den Bewilligungszeiträumen überein, welche sich auf ein Kalenderjahr beziehen. Somit mußten die stud. Hilfskräfte immer wieder monatelang auf ihre Bezahlung warten. Dies alleine ist schon schlimm genug, aber genauso schwerwiegend ist das Problem, daß die NAZ-Mittel jederzeit gekürzt werden können. Dies ist nun zum wiederholten Mal geschehen. Das Institut für Informatik sieht sich hierdurch Problemen gegenüber, die ohne finanzielle Hilfe aus Düsseldorf nicht gelöst werden können.

31 Stellen fehlen

Zur ordnungsgemäßen Durchführung des Übungsbetriebs werden 77,5 stud. Hilfskräfte benötigt. Schon im Wintersemester wurde diese Zahl mit 66 Hilfskräften zum x-ten Mal unterschritten. Durch einen Erlass vom 25.02. dieses Jahres sind noch einmal 12 Stellen gestrichen worden. Zudem werden 6 Übungsleiter anderweitig gebraucht. Es fehlen also insgesamt 18 Stellen gegenüber dem bisherigen Stand und 31 gegenüber der Rechnung des Instituts.

Als einzige Handlungsmöglichkeit blieb dem Direktorium des Informatik-Instituts die Übungen zur Vorlesung Informatik II komplett abzusagen. Dieser Vorschlag wird auch vom Fachschaftsrat (FSR) unterstützt, um nicht

weiter ständig einschleichende Studienverschlechterungen zu tolerieren. Das Direktorium und der FSR erhoffen sich von dieser Maßnahme zusätzliches Geld aus Düsseldorf.

Wir machen Druck

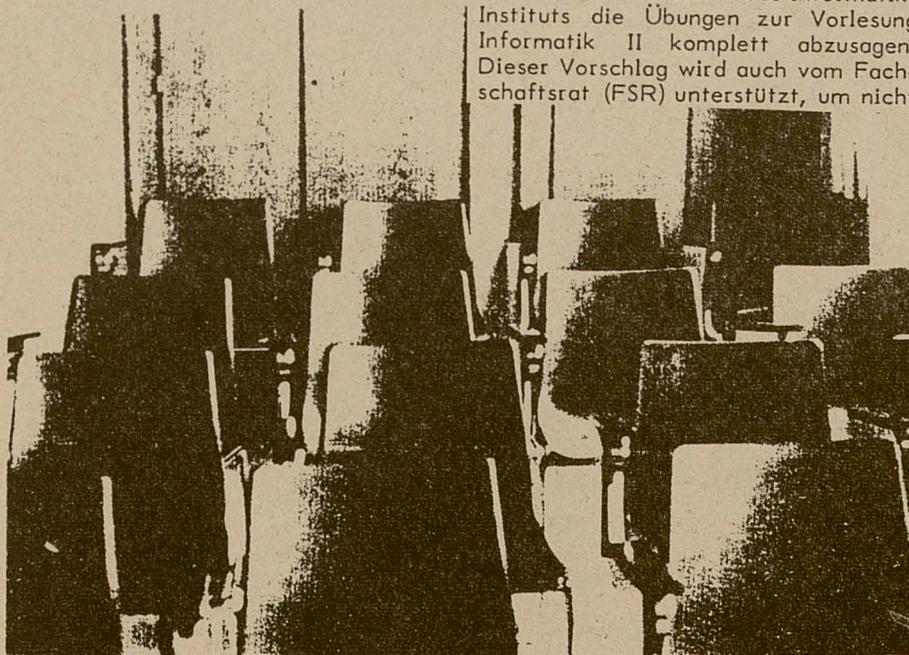
Damit diese Aktion nicht unbeachtet bleibt, stehen eine Reihe weiterer, vom FSR vorgeschlagener, Aktivitäten in der Diskussion. Als erstes wird vorgeschlagen die Vorlesung Informatik II bis auf weiteres zu bestreiken. Hierdurch soll verhindert werden, daß sich die Version Vorlesung ohne Übung stillschweigend etabliert. Ende April oder Anfang Mai ist eine Protestfahrt der Student/inn/en zur Wissenschaftsministerin Brunn geplant. In Düsseldorf soll ihr eine gemeinsame Resolution der Professoren, Student/inn/en und Assistenten überreicht werden. In dieser Resolution stehen ausser den Forderungen auch die Folgen der Rotstiftpolitik für die Bonner Informatiker/innen.

Wichtig ist, daß das Problem an die Öffentlichkeit getragen wird und nicht "hinter den Uni-Türen" bleibt. Jede/r Bürger/in sollte wissen wie stark die Rotstiftpolitik die Bildung nicht nur be-sondern sogar verhindert.

Sollte sich ein durchschlagender Erfolg der Aktionen nicht einstellen, wären in NRW Zustände erreicht, gegen die (West-) Berliner Student/inn/en seit Bekanntwerden des Entwurfs zum (West-) Berliner Hochschulgesetz kämpfen. Die Hochschule würde nicht mehr alle Lehrveranstaltungen anbieten, die zur Zulassung zur Vor-, Diplom-, etc.-Prüfung erforderlich sind.

Das gerade die Informatik besonders betroffen ist wirkt fast paradox. Alle Politiker/innen und sonstige "höhere Tiere" reden von High-Technology, überall werden High-Tech-Zentren errichtet. Im Gegenzug wird die Ausbildung derer, die in diesen Zentren zukünftig arbeiten werden permanent verschlechtert. Ein High-Tech-Zentrum ohne Personal ist unter diesen Umständen ein zwar trauriges, aber gar nicht soo fiktionales Bild. Wo soll qualifiziertes Personal herkommen, wenn die Ausbildung stetig verschlechtert oder sogar verhindert wird?

Für die Bonner Informatikstudent/inn/en ist das Studium jedenfalls jetzt schon gefährdet!



Informatik-Übungen anno 1986

Das Medizinstudium

Die unendliche Geschichte



Zur Vorgeschichte

Zu Beginn der 70er Jahre wurde das Medizinstudium durch die AO grundlegend reformiert. Die Famulaturen (=die Praktika für Mediziner/inn/en), die - wie in den meisten anderen Fächern - herzlich wenig mit dem gleichzeitig oder wenig früher erlernten Studiumsstoff zu tun haben, sollten möglichst

kurz sein; zunächst wurden zwei Monate für ausreichend gehalten. Der Unterricht sollte in Kleingruppen am Krankenbett stattfinden.

Aber dann kamen die geburtenstarken Jahrgänge; die Einführung des NC sollte den Run auf's Studium bremsen. Unter den trotzdem hohen Studentenzahlen und dem sattsam bekannten Stellensteich litt natürlich auch die praktische Ausbildung. Die "Kleingruppen" wurden einfach zu groß.

Daraufhin wurde 1975 in der dritten AO-Novelle das "Praktische Jahr" (PJ) eingeführt. Später wurde die Famula-

turzeit von zwei auf vier Monate verlängert.

Der Erfolg dieser Verlängerung blieb offenbar aus. Rezept der Bundesregierung: Quantität = Qualität, also nochmal verlängern, diesmal durch den AIP.

Der AIP

- besteht aus einer zweijährigen Praxisphase. Gliederung in 12 Monate nichtoperatives Stoffgebiet, 6 Monate operatives Stoffgebiet, 6 Monate wahlweise. Tätigkeiten im öffentlichen Gesundheitsdienst, in Einrichtungen zur Rehabilitation Behinderter können bis zu 6 Monaten angerechnet werden.

- läuft im Herbst '87 an. Die Übergangsregelung (18 Monate AIP) gilt bis Januar '92.

- soll kostenneutral durchgeführt werden.

Erst nach dem AIP wird die Approbation erteilt (woraus sich ein unklarer rechtlicher Status des AIP-lers ergibt).

Unsere Kritik

1. Wir sehen kaum einen Unterschied zwischen PJ und AIP, was die Tätigkeit betrifft. Eine Ausbildungsverlängerung erscheint uns daher als vertane Zeit.

Die Strukturierung des AIP demotiviert den ausbildenden Arzt: Wozu soll er jemanden anlernen, der nach kurzer Zeit schon wieder weg ist? Die Auswirkungen sieht man schon jetzt im PJ.

2. Die Behauptung, die hohen Studentenzahlen ließen eine Verwirklichung der AO von 1970 nicht zu, ist falsch: Die wesentliche Ursache der Mißstän-

de liegt in der Kapazitätsverordnung (KapVO), die das Verhältnis von Lehrkräften, Personal auf der einen und Studentenzahlen auf der anderen Seite regelt. Eine Einbeziehung außeruniversitärer Krankenhäuser in die praktische Ausbildung würde es ermöglichen, die geltende AO zu realisieren, wenn diese Einbeziehung nicht eine Erhöhung der Studentenzahlen nach sich zieht.

3. Der AIP ist aufgrund nicht vorhandener Stellen und wegen des unklaren rechtlichen Status nicht durchführbar. Die Bundesärzteordnung geht von 24000 zu schaffenden Stellen aus. Es ist von mindestens 5000 freierwerdenden Assistenzarztstellen und 2000 Stellen bei niedergelassenen Ärzten die Rede. Diese Stellen sollten ursprünglich geteilt werden.

Dr. Hoppe vom Marburger Bund (außer der Bundesärztekammer einzige Befürworter des AIP): "Eine Zahl von 4000 (Assistenzarzt-)Stellen, die pro Jahr frei werden, ist sicher sehr optimistisch...Ich glaube, daß es in ganz kurzer Zeit allenfalls nur noch 2000 sein werden."

Der Berufsverband der Praktischen Ärzte und Ärzte für Allgemeinmedizin ist nicht bereit, auch nur eine der "mühsam erkämpften 1400 Stellen" zur Verfügung zu stellen, da es sich dabei um Weiterbildungsstellen für den Arzt für Allgemeinmedizin handelt.

Eine von uns (Fachschaft Medizin Bonn, AO-Arbeitskreis) durchgeführte Umfrage ergab, daß von 200 Klinikchefsärzten in NRW nur einer bereit war, einen AIP-ler zu nehmen; von 500 niedergelassenen Ärzten im Bonner Raum waren ganze 19 dazu bereit.

Eine Drittelung der Stellen ist unter der Prämisse der Kostenneutralität nicht möglich. Das Gehalt eines AIP läge unter Sozialhilfeniveau. - Inzwischen wird von einer Halbierung der Stellen gesprochen...

ES GIBT ALSO NICHT GENUG STELLEN! DESHALB AUCH KEINE STELLENGARANTIE!

Die Wartezeiten auf den AIP werden etwa zwei Jahre betragen. Somit wird die gesamte Ausbildung zum Arzt etwa 10 Jahre dauern (bisher 6 Jahre).

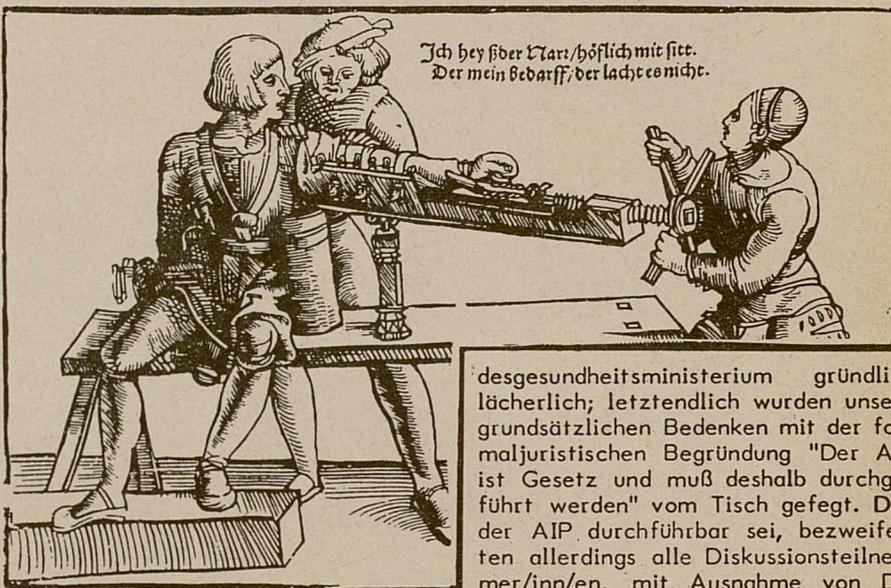
Zusätzlich sehen wir eine Gefährdung des Patienten:

AIP-ler werden Assistenzarztstellen besetzen. Das bewirkt eine "derartige Ausdünnung des Stammpersonals einer großen Klinik .., daß weder in der Krankenversorgung, noch in der Weiterbildung, noch im studentischen Unterricht genügend Kräfte zur Verfügung stehen." (Prof. Dr. Dengler, Chef

Tätigkeit als Assistenzarzt nötig ist. Über einen Gesetzentwurf zur Niederlassungsbeschränkung wird schon jetzt beraten.

Auf der Podiumsdiskussion am 9.1.'86, die die Fachschaft Medizin zum Thema AIP veranstaltet hatte, wurden vom Bundesgesundheitsministerium keine Positionen vorgelegt, die in irgendeiner Weise unsere Kritik entkräften würden.

Mit dem Hinweis auf eine "politische" bzw. "moralische" Stellengarantie machte sich Frau Schleicher vom Bun-



desgesundheitsministerium gründlich lächerlich; letztendlich wurden unsere grundsätzlichen Bedenken mit der formaljuristischen Begründung "Der AIP ist Gesetz und muß deshalb durchgeführt werden" vom Tisch gefegt. Daß der AIP durchführbar sei, bezweifelten allerdings alle Diskussionsteilnehmer/inn/en, mit Ausnahme von Dr. Hoppe vom Marburger Bund, der nur die angestrebte Kostenneutralität für unmöglich hielt.

Fazit

Es geht gar nicht um die Verbesserung der Ausbildung, sondern um eine Vertagung oder Verhinderung der Ärzteschwemme. Fragt man sich, warum dies nicht dem freien Arbeitsmarkt überlassen wird, so bekommt dieses unsinnige Gesetz plötzlich Sinn: Es besteht sehr wohl noch Bedarf an Ärzten. Besonders in Krankenhäusern müssen im Rahmen des Überstundenabbaus noch Stellen geschaffen werden. Besetzt man nun eine Stelle mit zwei oder drei AIP-lern, so gewinnt man einen Haufen billiger Hiwis. Allerdings unter der Voraussetzung, daß die vom Krankenhaus trotz der fehlenden Approbation voll eingesetzt werden (das ist aber in der Medizinalassistentenzeit auch so gewesen). Unter dieser Voraussetzung wirkt die Maßnahme sogar kostendämpfend - zu Lasten der Patient/inn/en und Student/inn/en.

Unsere Forderung

Novellierung der Bundesärzteordnung unter Rücknahme des AIP! Änderung der KapVO und Einbeziehung der außeruniversitären Kliniken! Prüfung der Anwendung z.B. des Münsterer Modells" auf andere Städte!

Elisabeth Krandick

- ANZEIGE -



UNIVERSITÄTSBUCHHANDLUNG

Bouvier

BONN · AM HOF 32 - FÜRSTENSTRASSE 3
GEGENÜBER DER UNIVERSITÄT ☎ 729010

Statistische Verdrängung

Soziale Lage der Student/inn/en

Die Erhebung zur "sozialen Lage der Student/inn/en", vom Deutschen Studentenwerk (DSW) in Auftrag gegeben und im Dezember in allen Medien verbreitet, hat das Bildungsministerium offenbar so erschreckt, daß schnell eine Allensbach-Umfrage zum gleichen Thema nachgeschoben wurde.

Anstatt nun die beiden Untersuchungen zu vergleichen, möchte ich hier einen anderen Punkt ansprechen, der mir erst auffiel, als ich darüber nachdachte, wie ich einen Vergleich der beiden Untersuchungen am besten strukturiere, und der mir seitdem eine Menge Kopfzerbrechen bereitet hat. Wenn also ein/e Leser/in meint, feststellen zu können, daß meine Überlegungen unsinnig sind, weil ich irgendeinen wichtigen Punkt außer acht gelassen habe, wäre ich für einen Leser/innen/brief sehr dankbar.

Vorbemerkung

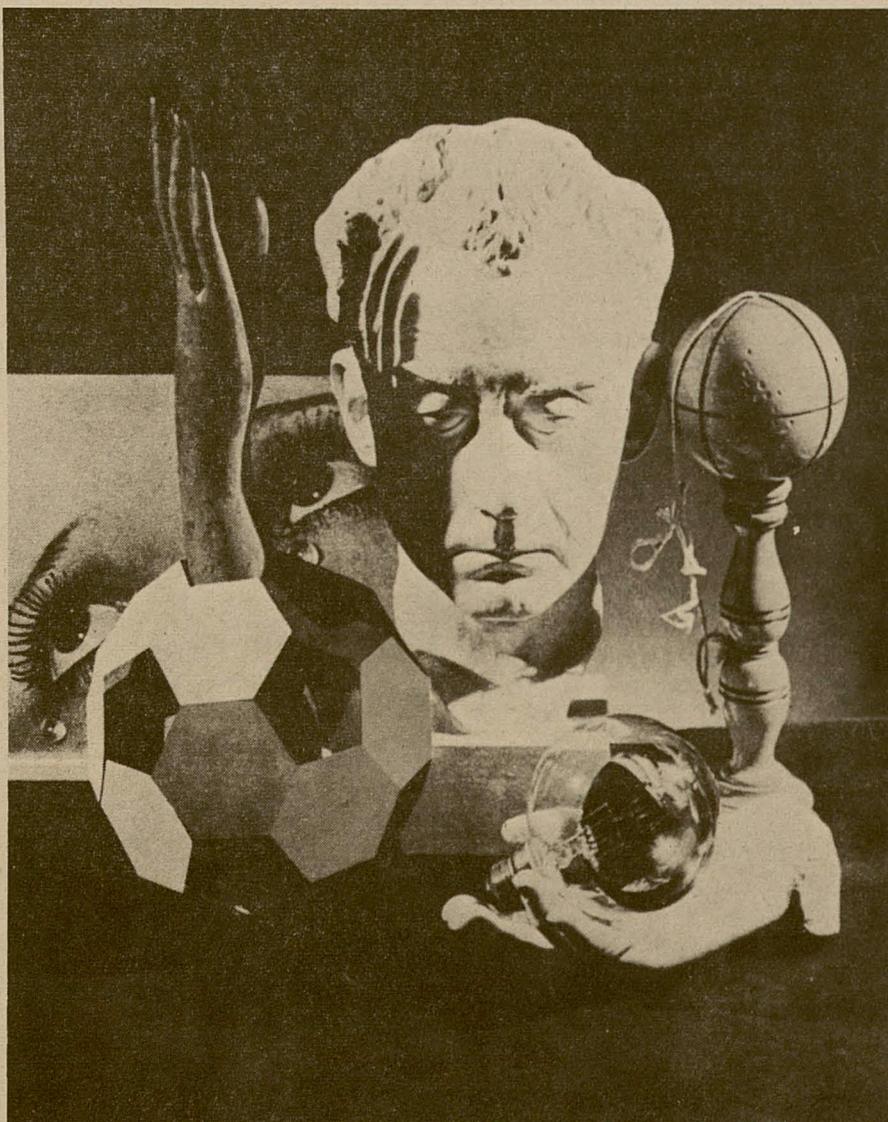
Ich habe in dem Artikel einige Aspekte, die das DSW in seiner Untersuchung erwähnt hat (z.B. Anteil der BAföG-Empfänger/inn/en an allen Student/inn/en), nicht erwähnt; das aber deshalb, weil diese Aspekte im Streit zwischen DSW und Bildungsministerium auch unter den Tisch fielen.

Kritikwürdiger finde ich, daß ich mich nur auf die Höhe des BAföG bezogen habe und nicht auch auf die Höhe der Elternfreibeträge, die ebenfalls viel zu niedrig sind. In der Rohfassung des Artikels war das allerdings vorgesehen, aber dann wäre er einfach viel zu lang geworden.

Meine Überlegungen begannen mit der Frage, wieso das Bildungsministerium so ein großes Interesse daran hat, die Student/inn/en als nicht so arm darzustellen. Die Feststellung der Armut der Student/inn/en ist offenbar implizit mit der Behauptung verbunden, das Bildungsministerium würde zu wenig für die Student/inn/en tun, denn sonst könnte dem Bildungsministerium eine solche Untersuchung vollkommen gleichgültig sein.

Der springende Punkt ist also: Sagt eine Feststellung über das Durchschnittseinkommen der Student/inn/en tatsächlich etwas darüber aus, ob der BAföG-Satz und die Elternfreibeträge zu niedrig sind?

Stellen wir uns einfach vor, bei der Untersuchung wäre herausgekommen, die Student/inn/en verfügten alle über 2000 DM im Monat, wären also, nach heutigen Maßstäben, verdammt gut dran. Das heißt doch nicht, daß der BAföG-Satz von derzeit 690 DM ausreichend ist, sondern lediglich, daß offensichtlich die meisten Student/inn/en nicht auf BAföG angewiesen sind. Diese Aussage ist, isoliert betrachtet, nicht eindeutig. Man muß dann überprüfen, ob an der Uni nur Leute sind, deren Eltern ein überdurchschnittlich hohes Einkommen haben oder ob die gesamte Bevölkerung



mittlerweile zu einem solchen Wohlstand gekommen ist, daß BAföG ihn Grunde nicht mehr notwendig ist; letzteres wird im Ernst keine/r behaupten wollen. (Wieso es nicht auch sein kann, daß alle wie wild jobben, erkläre ich später.) Also bedeutet die

Feststellung, daß die Student/inn/en im Grunde gar nicht so arm sind - die Feststellung, auf die das Bildungsministerium so großen Wert legt -, daß heute Kinder reicher Eltern einen größeren Anteil an den Student/inn/en ausmachen, als das noch vor einigen

Jahren der Fall war.

Was mich jetzt allerdings irritiert, ist, daß nach meinen bisherigen Überlegungen eine Erhebung zur sozialen Lage der Student/inn/en völlig unsinnig ist, da eben die finanzielle Situation der Student/inn/en nichts über notwendige Maßnahmen zur Ausbildungsförderung aussagt. Man/frau kann meiner Meinung nach in einer Erhebung überhaupt nicht feststellen, wie hoch der Bedarf einer/s Student/in ist (was etwas über die angemessene Höhe des BAföG aussagen würde). (Wie soll jemand, der 700 Mark hat, sagen können, wieviel er denn tatsächlich genau brauchen würde?

Umgekehrt kann man/frau natürlich genauso behaupten, daß wenn die Student/inn/en 2000 Mark zur Verfügung haben, sie trotzdem noch unzufrieden sein können.)

Um den Bedarf festzulegen, werden verschiedene Posten aufgestellt: Miete, Ernährung, Lernmittel, Haushaltsgegenstände, Freizeitgestaltung usw. Die Miete, die durchschnittlich zu zahlen ist, wird darunter einfach nichts zu haben ist, ist durch eine Erhebung noch relativ problemlos zu erfassen. Bei allen anderen Posten spielt nach meiner Ansicht eine subjektive Komponente eine große Rolle. Müssen die Student/inn/en z.B. immer im Aldi kaufen oder sollen sie möglichst mehrmals in der Woche ins Restaurant gehen können? (Das ist zwar überspitzt formuliert, aber ich meine, daß das Bildungsministerium tatsächlich zur ersten Alternative neigt.) Das DSW spekuliert offenbar darauf (und mit Erfolg), daß die Öffentlichkeit entsetzt reagiert, wenn von 26% der Student/inn/en die Rede ist, die unter 700 Mark monatlich haben. Das DSW hätte nun feststellen können, aha, alle finden, daß 700 Mark zu wenig ist, also fordern wir, daß der BAföG-Satz massiv angehoben wird.

Zwar hat das DSW tatsächlich - wie schon oft - gefordert, daß das BAföG erhöht werden soll, aber ein Zusammenhang zwischen der öffentlichen Meinung, daß unter 700 Mark zu wenig sei, und der Höhe des BAföG wurde nicht hergestellt. Und auch im Bildungsministerium besteht große Unklarheit darüber, welcher Betrag nun angemessen ist. Daß die Student/inn/en alle ganz arm seien, wollte dort keine/r hören; flugs wurde eine neue Untersuchung in Auftrag gegeben, die "zeigte", daß die Student/inn/en mehr Geld haben als das DSW behauptete, nicht etwa, daß die Student/inn/en auch mit 700 Mark auskommen.

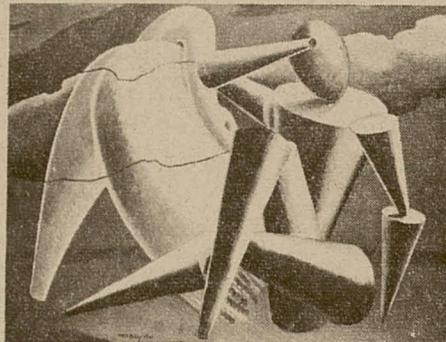
(Hier muß noch erwähnt werden, daß sowohl bei der DSW- wie auch bei der Allensbach-Untersuchung die Frage nach der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation gestellt wurde. Für mich hat aber "Zufriedenheit" keinen Aussagewert, denn wenn es erstmal so

weit kommt, daß die Student/inn/en alle mit 500 Mark vollkommen glücklich sind, heißt das für mich noch lange nicht, daß 500 Mark genug sind. (Bhagwan-Jünger/innen sind mit ihrer Lage auch zufrieden.)

Zum Schluß noch einige Anmerkungen zur Jobsituation.

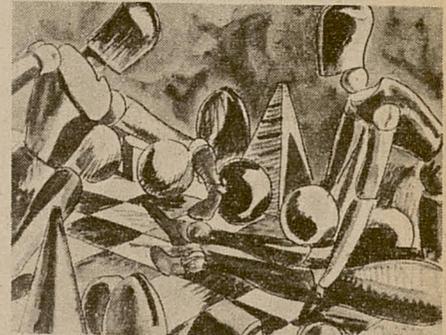
In gewissem Maße ist gegen Jobben sicherlich nichts einzuwenden, besonders dann nicht, wenn der Job zum Studium in irgendeiner Beziehung steht. Nimmt das Jobben aber einen großen Teil der Zeit in Anspruch, kann nicht mehr sinnvoll studiert werden; das heißt einerseits, daß die Statistik über die finanzielle Lage der Student/inn/en verfälscht wird, weil dort Leute auftauchen, die strenggenommen gar nicht als Student/inn/en bezeichnet werden können (weil sie nicht genug Zeit zum Studieren haben - und deshalb auch ganz sicher nicht zu denen gehören, die später die guten Stellen kriegen (wenn überhaupt welche)), andererseits ist es aber keine Erklärung für ein eingangs erwähntes fiktives "Einkommen" der Student/inn/en von 2000 Mark.

Wer nämlich so viel Geld zur Verfügung hat, der/die kann, wenn das Studium darunter leidet, getrost den Job aufgeben und dann z.B. mit 1000 Mark auskommen.



wie sich die Untersuchung des Allensbach-Institutes im Grunde vor der DSW gar nicht so sehr unterscheidet, wie das Bildungsministerium gerne hätte, daß also tatsächlich von einer neuen Armut der Student/inn/en gesprochen werden kann, liegt meiner Meinung nach daran, daß die (potenziellen) Student/inn/en erst mit einer gewissen Vorbeugung auf die Objektiv schon jetzt

verschlechterte Lage reagieren; das zeigt sie studieren, obwohl sie



es sich eigentlich nicht leisten können. Ein Freund ist aber schon jetzt zu erkennen. (Rückgang des Anliefs der BAföG-Empfänger/innen). Wir befinden uns in einer Zeit des Wandels von der "Öffnung" der Hochschulen zur "neuen Elite". Wenn wir jetzt nichts tun, um eine Erhöhung des BAföG (und der Abnahmestricke; außerdem Umstellung der Darlehensförderung auf Stipendien) durchzusetzen, werden wir uns bald in einer Situation befinden, aus der heraus diese Forderungen eben nicht mehr durchsetzbar sind, weil die Öffentlichkeit alle Maßstäbe für ein angemessenes "Einkommen" verloren haben wird. Und das DSW - vorstreckt in vollkommener sinnloser Auseinandersetzung - wird uns ganz gewiß nicht helfen.

aus dem

Jubel im Abseits

(ap) Schon 1 1/2 Stunden wartete man/frau: auf der einen Seite die Delegierten des RCDS, die ihren Bundeskongress unterbrochen hatten, auf der anderen Seite die Grüne Alternative Gruppe Uni Bonn (GAG), die zu einer spontanen Demonstration (Motto eines der Transparente: "Die Birne von heute ist das Fallobst von morgen") gekommen war. Die Aufmerksamkeit richtete sich auf die Ankunft des Bundeskanzlers. Denn Helmi persönlich sollte an der Bonner Universität, genauer in der etwas abseits gelegenen Poppelsdorfer Mensa erscheinen und wurde mit Applaus einerseits, mit einem dreifachen "Black-out" andererseits "begrüßt", als er endlich kam. Sicherlich kein Zufall, daß er mitten in den Semesterferien samstags morgens dort aufkreuzte, denn sonst lassen sich seit längerem kaum mehr Politiker an der Uni blicken - und nicht nur von der CDU - doch hier war ihm der Beifall gewiß, sprach doch zum ersten Mal ein Bundeskanzler vor dem RCDS. Doch um den Jubel zu dämpfen, protestierte die GAG, um auf die unsoziale Studentpolitik der Bundesregierung aufmerksam zu machen, zu allererst auf die Umstellung des BAföG's - das ohnehin viel zu knapp bemessen ist - auf Darlehen und die damit verbundene,

drastisch gesunkene Förderungsquote. (Zusammenhänge mit der ebenfalls ablaufenden "Förderungsquote" von CDUCSUFDPSPD durch Flick & Co sollen aber nicht existieren, oder?). Auch die neuesten Errungenschaften" der Hochschulpolitik der Regierung, voran die Folgen des novellierten HRGswurden im GAG-Flugblatt angeprangert: ungehemmte Drittmittelforschung, Auszehrung der Lehre für die Masse der Studenten, Abbau der Geisteswissenschaften zugunsten der Naturwissenschaften, denn "1000 Ingenieure bei Bundespost und Siemens werden noch gebraucht", so Kohl später vor den RCDS-Delegierten. Zum drastischen Anstieg arbeitsloser Akademiker (1973:5000, 1985: 117.000) fiel ihm in seiner Rede nur ein, man müsse "kleine Schritte machen", "Patentlösungen" gebe es nicht. Doch dies war genug der Mißtöne. Er wandte sich wichtigeren Themen zu; wichtig sei eine Verkürzung der Studienzeiten auf 4 Jahre und 3 Monate maximal, wie schon der Wissenschaftsrat vor Wochen gefordert habe, "um international wieder wettbewerbsfähig zu werden." Gleichzeitig müsse die Gymnasialzeit auf 12 Jahre gesenkt werden - welch Zufall, daß sich ab 1989 die Aufenthaltszeit in der "Schule der Nation" verlängert oder gar der Zivildienst demnächst 2 Jahre dauert. Großzügig ging Helmut Kohl über diese "Nebensächlichkeiten" und über die Gründe der Hochschulmiserie hinweg und flüchtete sich in allgemeine Themen (Zusammenarbeit von SPD, bzw. Jusos und DGB mit Kommunisten, Menschenrechte, Deutschlandpolitik), so daß die Feiern zum 35-jährigen Geburtstag des RCDS doch noch aufkam, erst recht, als Kohl an seine Zeit als AStA-Vorsitzender erinnerte. Doch der Alltag kehrte schnell zurück, nur Tage später wurde das 2. Ermittlungsverfahren gegen Helmut Kohl eröffnet!



Arbeitskreis
NATURWISSENSCHAFTLER
für den FRIEDEN

Ringvorlesung

Sommersemester 1986

Im Sommersemester veranstaltet der Arbeitskreis Naturwissenschaftler für den Frieden zum sechsten Mal sein Ringvorlesung. Die einzelnen Vorträge informieren über Probleme der Friedenssicherung und Kriegsvorbereitung in verschiedenen Bereichen der Wissenschaft. Sie wenden sich an jene, die nicht damit einverstanden sind, daß um sie herum und überall in Ost und West Kriegstechnik entwickelt, aufgebaut und eines Tages eingesetzt wird. Dem Arbeitskreis gehören Studenten, Professoren und andere Wissenschaftler der Bonner Uni an. Man/frau trifft sich regelmäßig donnerstags um 19.15 h im Mathematischen Institut, Berlingstr. 1, Diskussionsraum.

Die einzelnen Vorträge

5. MAI HS 3 :
Sowjetische Strategie, Sicherheit und Macht
Referent: Dr. Jan Stehl, Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der FH Düsseldorf

12. MAI HS 3 :
Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung - ein Grundrecht wird zur Ausnahme
Referent: Günter Werner,
Rechtsanwalt aus Bremen

2. JUNI HS 3 :
Mathematik und Krieg
Referent: Jens Hoyrup, Lehrbeauftragter für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie am Roskilde Universitätscenter

9. JUNI HS 3 :
Kriegs- und friedensorientierte Politik in Städten und Gemeinden
Referent: Prof. Christiane Rajewsky,
Politikwissenschaftlerin an der FH Düsseldorf

23. JUNI HS 8 :
Ist ärztliche Hilfe im Atomkrieg möglich?
Referent: Dr. Till Bastian, niedergelassener Arzt aus Mainz, Sekretär der bundesdeutschen Sektion der IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs)



Gibt es eine Zukunft für den studentischen Dachverband

Vom 19.-23.3.1986 fand in Dortmund die 11. ordentliche Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), des Dachverbands der bundesdeutschen und westberliner ASten statt.

Geprägt war diese Mitgliederversammlung (MV), stärker noch als die vorangegangene, mehr von machttaktischem Gerangel zwischen den politischen Strömungen und Verbänden (insbesondere MSB, SHB und Jusos) um die Strukturen des Dachverbandes, denn von einer inhaltlichen Auseinandersetzung um die momentane Hochschul- und Gesellschaftspolitik der Herrschenden. Entsprechend kam es auch zu keiner ernsthaften Debatte um die Entwicklung gemeinsamer Handlungsperspektiven und -strategien an den Hochschulen.

Betr.: VDS

Nachdem die Juso-HSG 1985 den bereits 1980 aus dem Vorstand der VDS zurückgetretenen Basisgruppen/Grün-Alternativen folgte, ging es in diesem Gremium verbliebenen Verbänden MSB Spartakus, SHB und Radikaldemokraten (RSG, ex-LHV) darum, die Jusos aus wahltaktischem (Bundestagswahl 1987) und machttaktischem (inhaltliche Anbindung der SPD an die Forderungen der Studentenbewegung) Kalkül heraus, für eine aktive Beteiligung an den Gremien der VDS zurückzugewinnen.

Ein aus verschiedenen Anträgen zusammengeschnittenes Arbeitsprogramm, das in Konsequenz seiner Erstellung weder analytisch stimmig ist, noch über die Feststellung altbekannter Tatsachen und Parolen wesentlich hinauskommt, ist Ausdruck der machttaktischen Priorität vor der inhaltlichen Auseinandersetzung um die zukünftige Politik der bundesdeutschen und westberliner Studentenschaften.

Die Basisgruppen haben dieses Vorgehen scharf kritisiert und haben sich entsprechend nicht an den VDS-Gremien beteiligt. Daraufhin haben die

Jusos einen Vorstandssitz für sich abgelehnt. Der gewählte Vorstand besteht nun aus drei Frauen von MSB, SHB und RGS. In den Zentralrat, das höchste Entscheidungsgremium zwischen den Mitgliederversammlungen wurden auch unabhängige ASten und solche mit Juso- und, aufgrund koalitionsvertraglicher Bindungen auch Basisgruppen-Beteiligung gewählt. Wichtigster inhaltlicher Beschluß der MV war die Durchführung eines hochschulpolitischen Kongresses im Juni 1986.

Sollte es gelingen, aus dieser Veranstaltung ein Forum zur Selbstverständigung der linken Studentenschaften um Analyse und Perspektiven von Hochschule und Wissenschaft, in Auseinandersetzung mit rechten, aber auch gerade mit verschiedenen linken Konzepten und Strategien zu machen, liegt in einem solchen Kongreß eine Chance, die verschiedenen Strömungen innerhalb der Studentenschaften, unter

Berücksichtigung ihrer verschiedenen Politikverständnisse zu punktuelltem gemeinsamen Handeln zu vereinen. Eine so arbeitende Studentenbewegung und somit auch die VDS könnte tatsächlich in die herrschende Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungspolitik eingreifen, und wieder zu einem gesellschaftlich relevanten Faktor werden. Zur Zeit wird der Kongreß von einer Arbeitsgruppe inhaltlich und konzeptionell vorbereitet.

Katrina Schubert

- Anzeige -

MÖBEL-KISTE.
Ansamml. - Qualität - Beratung

Ordnung ist der halbe Schreibtisch...

... vier geräumige Schubkästen, mehrfach verstellbare Platte, Bleistiftrollen und Griffmulden. Ein Arbeitsplatz, an dem die Pflicht zum Hobby wird.

ROCK II mit viel Massivholz. 70 x 140 cm
IN **498,-**

Drehstuhl mit lustiger Streifenpolsterung, mit allem Sitzkomfort, nach neuesten Sitznormen.
IN **158,-**

MÖBEL-KISTE.
Thomas Mann Str. 22
5300 Bonn 1

* Mitnahmepreise

Verbindungen- und was dahinter steht

Wenn wir das laute Heulen und Wehklagen aus der rechten Ecke hören, können wir uns der "klammheimlichen Freude" nicht erwehren. Zeigt es uns doch, daß wir mit unseren Veröffentlichungen und Veranstaltungen genau im "Schwarzen" liegen. Dabei ist es egal, ob wir Burschenschaften, Corps, Landsmannschaften, christliche und sonstige Verbindungen in bunter Reihe erwähnen. Denn sie alle frönen -Unterschiede in Nuancen- dem einen hehren Ziel: Karriere!!!

Sicher sagen sie jetzt: Schweinerei, Verleumdung, Jammer jemineh. Aber sehen wir uns doch einmal um. Da ist es noch garnicht so lange her, da ging ein Spruch im Bonner Volksmund: In den höheren Bonner Verwaltungsstellen und Behörden schreibe man bei den anstehenden Beförderungen Zufall mit CV. Wir sehen unter Verbindungen nach und finden: Cartell Verband. Wir sehen im Katalog des deutschen Bundestages nach und finden: Richard Stücklen, CV, Franz Josef Strauß, CV. Wenn wir dann noch feststellen, daß auch Dregger, v. Brauchitsch Verbindungsleute sind, geht uns ein Licht auf. Leider sind diese Vereine nicht so harmlos, wie sie uns immer glauben machen wollen. Diese Leute stehen mitten im Brennpunkt des öffentlichen Lebens und entscheiden in Wirtschaft, Politik, Diplomatie und Justiz über unser aller Schicksal. Dieser kleine Clan verschwippter und verschwägerter Burschen hält große Teile der Macht und des Geldes in seinen Händen. Das Menschenbild und die Auffassung von Politik hat sich seit über hundert Jahren nicht gewandelt, Beispiel: das Wiedervereinigungsgeheule mit der Forderung: Schlesien ist unser!!!

Schließlich war es diese konservative Borniertheit, die vor nur wenigen Jahrzehnten den Naziverbrechern den Weg bereitete. Die Begründung einiger Verbindungen, sie hätten sich im III. Reich aufgelöst, um ihre jüdischen Bundesbürger nicht zu verraten, kann nicht einmal mehr als lächerlich gewertet werden, sie ist ein Armutszeugnis ohne gleichen!

Im AStA-Antirepressionsreferat liegt die Broschüre "Über das Verbindungs(un)wesen" aus, die sich mit der historischen Entwicklung der Korporation befaßt.

Peter Enzenberger

Der Wissenschaftsladen

Ist es möglich an die Busse der Bonner Stadtwerke zur Beförderung von Fahrrädern einen Anhänger anzuhängen?

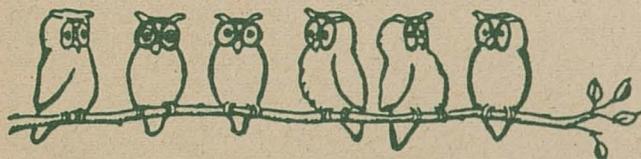
Wie gefährlich ist das Trinken von Leitungswasser, das aus Bleirohren fließt, wie sie in Bonn vor allem in alten Häusern noch häufig anzutreffen sind?

Stellt die geplante Müllverbrennungsanlage wirklich die beste Lösung zur Beseitigung des Bonner Müllberges dar?

Gefährdet eine Holzschutzmittel gestrichene Holzdecke auf Dauer die menschliche Gesundheit?

Diese und viele andere Fragen hat der Wissenschaftsladen Bonn e.V. seit seiner Gründung vor ca. zwei Jahren beantwortet.

Die Idee, die hinter den Wissenschaftsladen steht, stammt aus Holland, wo in den 70er Jahren die ersten "Wetenschapswinkels" gegründet wurden, die sich in enger Vernetzung mit den Universitäten bemühten, die Wissenschaft unter Volk zu bringen. Ziel der Wissenschaftsläden, hier wie dort, ist es, die Wissenschaft aus ihrem Elfenbeinturm herauszuholen. Wissenschaftsläden wollen sich stärker an den Interessen, Bedürfnissen und Zielen der Menschen orientieren.



Der Wissenschaftsladen Bonn e.V. ist ein eingetragener Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, wissenschaftliche Ergebnisse, die sonst nur Eingeweihten zugänglich sind, für jede/n Interessierte/n verfügbar zu machen.

Zur Umsetzung dieser Ziele werden verschiedene Wege eingeschlagen:

-Unterhalt eines "Ladens" mit regelmäßigen Öffnungszeiten (Di, Do 17-19Uhr), der als Anlaufstelle für die Bevölkerung dient.

-Beantwortung von Anfragen durch eigene Mitglieder oder durch Vermittlung an andere zur Mitarbeit bereite Wissenschaftler.

-Veröffentlichung von Informationsblättern "Wila-Info" und Broschüren "Wila-Heft" zu speziellen Themen, die von Mitgliedern des Wissenschaftsladens erarbeitet werden.

-Veranstaltungen von Seminaren, Vorträgen, Podiumsdiskussionen etc. zu aktuellen Themen.

Folgende Projekte laufen derzeit im

Wissenschaftsladen:

"Waschmittel"

Anhand von "alternativer" Literatur und auch Originalliteratur wurden und werden Inhaltsstoffe konventioneller Waschmittel auf Notwendigkeit, gesundheitliches Risiko und Auswirkungen auf die Umwelt bearbeitet. Alternativ zu den hekömmlichen Waschmitteln werden die Biowaschmittel untersucht und diskutiert.

"Schadstoffe in der Muttermilch"

Schadstoffe in der Muttermilch sind ein sehr bedenkliches Arlarmsignal für die Verteilung giftiger Stoffe in die Umwelt. Für Mütter ist dabei die Frage, ob sie ihr Kind stillen sollen von essentieller Bedeutung. Der Projektbereich befaßt sich seit einiger Zeit mit der Problematik und bringt dazu in Kürze eine Broschüre heraus.

"Gentechnologie"

In Seminaren, Podiumsdiskussionen befaßt sich der Arbeitskreis mit aktuellen Problemen der Bio- und Gentechnologie.

"Holzschutzmittel"

Der Schwerpunkt der Arbeit dieses Projektbereichs liegt auf der Beantwortung der Anfragen zu diesem Thema.

"Wasser"

Hier werden Themen wie Aufbereitungsanlagen von Trinkwasser, Schadstoffe im Trinkwasser ect. behandelt. Für halbquantitative Untersuchungen steht ein "Wasser-Analytik-Koffer" und ein "Nitratmeßgerät" zur Verfügung.

Wer Lust hat im Wissenschaftsladen mitzuarbeiten, oder die Arbeit des Wissenschaftsladens in Anspruch nehmen möchte, wende sich an folgende Adresse:

Wissenschaftsladen Bonn e.V.
Maxstraße 73
5300 Bonn 1
Tel. 633938

Geschäftszeiten: Dienstags und Donnerstags zwischen 17.00-19.00Uhr.



In Zusammenarbeit mit dem Ökobildungswerk Bonn veranstaltet der Wissenschaftsladen folgende Seminare:

Bio- und Gentechnologie

Die Diskussion über Fragen der Gentechnologie und ihre Anwendungsmöglichkeiten wird in einer breiten Öffentlichkeit erst seit kurzer Zeit geführt. Der WILA Bonn möchte mit diesem Seminar einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion leisten. (Termine und Ort beim WILA erfragen)

Alternativer Garten und Landbau in Theorie und Praxis

Ein Bericht über Inhalt und Chancen alternativen Landbaus in der Praxis und der universitären Forschung. (Di 29.04.86 20 Uhr WILA Maxstr. 73)

Putztag

Haushaltsreiniger werden kritisch unter die Lupe genommen. Ist es wirklich nötig und sinnvoll für jeden Zweck einen Spezialreiniger zu haben? Es wird gezeigt, welche Auswirkungen die verschiedenen Inhaltsstoffe der Putzmittel auf Umwelt und Gesundheit haben. (Di 17.6.86 20Uhr, Mi 25.06.86 20Uhr, WILA Maxstr.73)

Waschtag

Inhaltsstoffe und Wirkungsweise konventioneller Waschmittel und Biowaschmittel sollen gezeigt und verglichen werden. Jeder soll in die Lage versetzt werden, daß er/sie sich aus dem Waschmittelangebot das Mittel für seine/n persönlichen Umwelt- und Gesundheitsanspruch kritisch auswählen kann. (Mi 30.4.86 20Uhr, Di 13.5.86 20Uhr, WILA Maxstr.73)

Betr.: Leserbriefe von M.Pohl und J.C.Dietzel in AKUT 214.

Liebe AKUT-Redakteurinnen und Redakteure!

Im Gegensatz zu den Kommilitonen Martin Pohl und Jörg C. Dietzel finde ich die Kreuzesdarstellung mit dem Gruß "Frohe Weihnachten" auf der Rückseite von AKUT 213 weder "äußerst geschmacklos"(Pohl), noch sehe ich sie als Beweis dafür, "daß die AKUT-Redakteure für die christliche Überzeugung vieler ihrer Mitstudenten nur hämischen Zynismus übrig haben"(Dietzel) an. Als ev. Theologiestudent bin ich der Meinung, daß die Kombination von Spinnwebüberzogenem Kreuzifixus und Weihnachtsgruß zum Nachdenken und zur Besinnung gerade derer mit "christlicher Überzeugung" anregt, bzw. anregen sollte:

1) Sicher, die Darstellung paßt nicht in das gängige Herze-Jesulein-Bild, das in Geschäftsauslagen, Medien etc. -auch in vielen Weihnachtsgottesdiensten- verbreitet wird. Doch müssen wir bedenken, daß das Kommen Jesu Christi in die Krippe seine besondere Bedeutung erst aus der Sicht vom Kreuz, von Karfreitag und der darauffolgenden Auferstehung erhält. Wenn ich sehe, mit welchem süßlichen Jesusbild der weihnachtliche Konsum von uns satten Bundesbürgern ange-regt wird und daß darüber der Mann, der den Mächtigen seiner Zeit von Anfang an ein Dorn im Auge war (Kindermord zu Bethlehem), dessen Weg der Nächsten- und Feindesliebe mit der Hinrichtung am Kreuz endete, wie hinter den Spinnweben auf der AKUT-Abbildung verschwindet, kann ich den nachdenklich machenden Weihnachtsgruß nur gut heißen.

2) Eine andere Deutungsmöglichkeit sehe ich darin, das Bild als eine Anfrage an selbstzufriedene Weihnachtschristen zu sehen. "Alle Jahre wieder" finden die Massen am Hl.Aband den Weg in die Kirchen (58% der EKD-Glieder/ Normalsonntag: 6% - EKD-Umfrage '82). So mancher lehnt sich daraufhin zurück und sagt sich, 'Die Schäfflein kommen ja doch'. Aber, finden wir nicht im täglichen Leben viele Anzeichen für eine verbreitete lätzliche Irrelevanz des Christentums (auch wenn wir angeblich in einem 'christlichen Staat' leben). Praktizieren nicht auch viele 'Christen' einen tagtäglichen Atheismus, ein Leben in dem Gott keinen Platz mehr hat (mal ganz abgesehen von den klar atheistisch eingestellten Mitbürgern)?

Vielleicht kann das AKUT-Bild hier anregen, über die eigene Relevanz nachzudenken und vielleicht auch dazu, Jesus Christus wieder unter den Spinnweben des Vergessens und Beiseitstellens hervorzuholen, gerade am so optimistisch scheinenden Weihnachtsfest.

3) Möglicherweise lag den Herren Dietzel und Pohl, die gemäß ihren Briefen dem "rechten" Studentenschaftslager zuzuordnen sind, aber gar

nichts an solchen Anregungen... Da paßt ein kritischer Jesus vielleicht nicht ins Konzept, wo "christlich" oft zur unredlichen Verbrämung reaktionärer Politik gerinnt. Da kommen Fragen nach der Relevanz dieses Christus für unser tägliches Leben äußerst ungelegen. Was wäre denn auch, wenn mehr Menschen nach weniger Begüterten fragten (III.Welt, BaföG,...), wenn auf einmal Feindesliebe statt Hochrüstung (SDI, SS 20, Nachrüstung...) und Nächstenliebe statt Konkurrenz (HRG,...) angesagt wäre? Was wäre, wenn Gott mehr vertraut würde als den fragwürdigen Götzen unserer Zeit?

Andreas Odlozinski (stud. theol.)

Betreffend Leserbrief von Thomas Millack zur Rezension des Buches "Entropie - ein neues Weltbild" von Jeremy Rifkin

Lieber Thomas, Du scheinst ja ein streitbarer Physiker zu sein: "Das Entropiegesetz gehört uns (d.h. der Physik) und da hat niemand sonst was drin zu suchen"! Motto: "Jede Wissenschaft in ihren eigenen Elfenbeinturm und wehe einer guckt in die Töpfe des anderen." Dem wird dann kurzerhand Unwissenschaftlichkeit attestiert. Dazu möchte ich nur sagen, daß das Argument "Der hat ja keine Ahnung!" das billigste von allen ist; vielleicht könntest Du ein klein wenig mehr ins Detail gehen?

Jetzt aber zur Sache! Ganz offensichtlich bist Du der Meinung, daß das Entropiegesetz für das tägliche Leben völlig ohne Bedeutung ist, insbesondere auch für die Energiepolitik, die Ökonomie und den Umweltschutz. - Diese Meinung ist inzwischen völlig Unhaltbar geworden, ich möchte Dich dazu nur auf das 1971 (!) erschienene Buch: "The Entropy Law and the Economic Process" des bekannten Ökonomen Nicholas Georgescu-Roegen hinweisen (gibt es auch auf Deutsch), oder auf eines der neueren Lehrbücher der Ökologie! Insofern ist es berechtigt und sogar notwendig, wenn Rifkin das Entropiegesetz zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen macht. Denn dadurch konfrontiert er unsere geläufigen Utopien und Paradigmen mit der Realität, der die meisten nicht standhalten. Die theoretische Physik ist zu allen Zeiten Ausgangspunkt philosophischer Systeme gewesen; wozu wird sie denn überhaupt betrieben, wenn sie nachher doch völlig irrelevant sein soll? Und was sind denn die Ergebnisse der Physik? Die Physiker sind noch nicht einmal in der Lage, den Ort und Zustand eines Elektrons zu beschreiben, ohne daß der Betrachter das Ergebnis beeinflußt (Heisenberg'sche Unschärferelation), es ist also völlig lächerlich, den objektiven Naturwissenschaftler herauszukehren. Auch das Buch von Rifkin ist keineswegs objektiv, aber es ist von ganz außergewöhnlicher Relevanz. Einiges ist sicher noch ergänzungsbedürftig, besonders die Frage, inwiefern die Er-

de oder das System Erde-Sonne ein abgeschlossenes System ist, deshalb wäre es vielleicht ganz nützlich, wenn Du den Entropiebegriff einmal aus physikalischer Sicht erläutern könntest (was in meiner Rezension nicht geleistet werden konnte). Das Entropiegesetz verdient es jedenfalls, diskutiert zu werden.

Mit freundlichen Grüßen
Peter Weber

Kein Physiker sondern Sozialwissenschaftler

Ist die Bibliothek schön oder häßlich?

Einen großen Teil der kostbaren Zeit verbringt der Student in der Bibliothek. Menschen, die keine Studenten sind, glauben, daß dort der Student seine Arbeit verrichtet. Am Tisch über Notizen gebeugt inmitten Zentnern von Büchern. Hier arbeitet der Kopf bzw. die Finger. Abstrakta werden in Konkreta umgesetzt, gottbehüt, schriftlich oder beim Umblättern. Es herrscht Stille.

Aber niemand fragt sich: "Ist die Bibliothek schön oder häßlich?" Der Student hebt den Kopf, lehnt sich zurück und sieht sie. Ihre Decke verteuftelt die weiße Tünche, so daß sich diese vor Furcht davonblättern. Die grünen Vorhänge bleiben in der Regel desinteressiert und zerfranst schlaff, jedoch ihre Tarnung ist perfekt, man bemerkt sie nie. Läßt der Student mit seinen Augen das Blickfeld verschwimmen, ergeben die zahllosen Bücherrücken ein leicht psychedelisches Muster. Ja dreht der Student dann noch zusätzlich seine Augen, verfällt das Muster in einen wilden, flackernden Tanz. Rein theoretisch könnte der Student so die Bibliothek davon überzeugen, daß in ihr ein wenig ästhetischer Reiz schlummert, aber er tut's nicht.

Doch was noch viel schlimmer ist, in der Bibliothek herrscht alles andere als Stille. Uns Stille ist unbedingte Voraussetzung dafür, daß sich eine Bibliotheksästhetik frei entfalten kann. Besonders stört, wenn vorhanden, eine Tür. Sie geht auf und zu. Stehen die Fenster offen zwecks Frischluft, knallt sie auf und zu. Bei jedem Knall reißt der Blick des Studenten von den Lettern ultrarash zur Tür. Man kann sich vorstellen, wie dieses Reißen, ultrarash, auf die Blickstruktur destruktiv einwirkt. Ein Gemisch von Letter und Gesicht im Auge verharret kein Blick mehr an einem Ort. Die Nachbarn am Tisch werden inspiziert, Alter politische Einstellung Popqualitäten Charakter, des Fensters Aussichtsviereck wird analysiert, Sonne Regen auf Schnee Hofgarten, Inspektion und Analyse, und der Blick reißt hin und her und hin und her.

Die Bibliothek hat etwas von Psychoanalyse und Transzendenz, der Blick reißt tief ins Innere, denk! denk!, ein psychedelisches Muster kehrt zurück, Gedankenmuster, alle Probleme Aufträge Pläne Hoffnungen segeln daher, oh Gott ist das häßlich!!

Bernd Brinkmann

"30 Gramm Wurst täglich. 60 Gramm Seife wöchentlich. eine Glühbirne im Jahr"

— DGB-BROSCHÜRE ZUR SOZIALEN LAGE IN BONN! —

"Unsere Armen sind nicht in Indien oder Sowjetunion, sie sind auch nicht im 19. Jahrhundert arm, sie sind es hier und jetzt in der Bundesrepublik Deutschland, im 20. Jahrhundert. Im Verhältnis zur übrigen Gesellschaft sind sie Entrechtete und dies vor allem im Hinblick darauf, was bei einer richtigen Politik hätte erreicht werden können." (1)

Diese Sätze stammen von Heiner Geißler (CDU). Er schrieb sie 1976, bevor er als Familienminister mit einer ganz und gar nicht richtigen Politik dazu beitragen konnte, die Armut in der Bundesrepublik zu verschärfen. Armut hat es in der BRD, einem der reichsten Länder der Welt, immer schon gegeben: Armut von Rentnern Obdachlosen, Behinderten, Ausländern und Sozialhilfeempfängern.

Aber durch die jetzt schon über zehn Jahre anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die dramatischen Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung ist eine in der Geschichte der Bundesrepublik neue Form der Armut dazugekommen: Die Armut der Arbeitslosen.



Der DGB-Kreis Bonn bilanziert mit seiner Ende Februar '86 erschienenen Dokumentation "Über die soziale Lage in Bonn" (2), präzise und überblickartig, daß auch im Bundeshauptdorf, einer Stadt mit überdurchschnittlich vielen Großverdienern, "Die Neue Armut" real existiert. Auch in Bonn handelt es sich bei den Arbeitslosen kei-

nesfalls um Arbeitsunwillige, sondern um unverschuldet erwerbslos gewordene Menschen. Die Firmenbeispiele VAW - Leichtmetall (Bonn), Kreuzer (Bonn - Duisdorf) und Bonner Zementwerk AG (Bonn - Oberkassel) belegen wieder einmal, daß Rationalisierung und Mißmanagement auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten ausgetra-

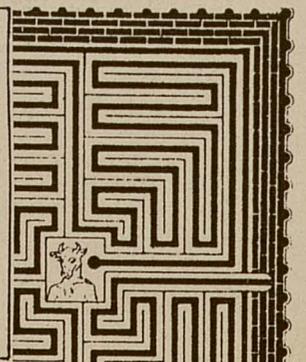
gen wird. So verloren beispielsweise bei der Übernahme der Firma Kreuzer durch das Dürener Unternehmen Roteck, 72 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz von heute auf morgen. Die Betroffenen erhielten ihre Kündigung per Telegramm am Wochenende des 4/5 Februar (3). Im Vorfeld hatte Roteck Inhaber Schraeder läppische

**KOPIERCENTER
DOMBROWSKI
KAISERSTR. 30
BONN TEL. 225302**

A4 Kopie ab 7 Pfg.
A3 Kopie ab 13 Pfg.

STUFENLOSE
STUFENLOSE
STUFENLOSE
STUFENLOSE
STUFENLOSE
STUFENLOSE
STUFENLOSE
STUFENLOSE

VERKLEINERUNGEN
VERGRÖßERUNGEN



500.000 DM für einen Treuhandfonds zur Verfügung gestellt und damit die Belegschaft gezwungen, "Freistellungserklärungen" zu unterschreiben und auf ihre arbeitsvertraglichen Rechte gegenüber dem Kreuzer Nachfolger zu verzichten. Nach durchschnittlichem Alter und Dauer der Betriebszugehörigkeit würden Teile der gezahlten Abfindung von der Arbeitslosenunterstützung abgezogen. Kommentar des Betriebsratsvorsitzenden Rein:

"Das hat denselben Effekt, als wenn wir das Geld nehmen und in den Gully schmeißen" (4).

Mit welchem kaltschnäuzigen Machtbewußtsein das Roteck-Management die Arbeitsplatz-Liquidierung durchzog, zeigt der Kommentar von Roteck-Geschäftsführer Willi Gaspar:

"Wenn wir das Unternehmen nicht übernehmen, dann bekommen sie gar nichts" (5).

**DAUERARBEITSLOSIGKEIT -
SCHRITTWEISE VERELENUNG !**

Schon seit Jahren erklärt sich Arbeitslosigkeit nicht mehr als vorübergehender Zustand zwischen zwei lohnabhängigen Beschäftigungen. Ein Blick auf die Zahlen verdeutlicht:

"1975 war nur jeder zehnte gemeldete Arbeitslose in der Bundesrepublik länger als ein Jahr ohne Arbeit. 1983 hatte sich die Zahl fast verdreifacht (28,5%)." (6)

Praktisch heißt das wider aller Aufschwungseuphorie, daß ein Großteil der Empfänger von Arbeitslosengeld sich nunmehr mit der wesentlich niedrigeren Arbeitslosenhilfe begnügen muß. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die Sparbeschlüsse der letzten Jahre führten zur Ausgrenzung immer mehr Erwerbsloser aus der Arbeitslosenunterstützung. Durch die drastische Veränderung der Berechnungsgrundlage für Arbeitslosengeld, läßt sich vielfach das Existenzminimum nicht mehr abdecken. Das Sozialamt zahlt den Betrag, um den das Arbeitslosengeld niedriger ist als der Bedarfssatz der Sozialhilfe !

Bestand also noch vor 1984 der ANSPRUCH auf das damals noch höhere Arbeitslosengeld, das in aller Regel über dem Sozialhilfesatz lag, wird heute mit der Zuständigkeit des Sozialamtes die BEDÜRFTIGKEIT des Antragstellers überprüft. Die Konsequenz des Sozialabbaus liegt auf der Hand: Aus einem ehemals anspruchsberechtigten wird ein bedürftiger Mensch.

Da das Sozialamt den monatlichen Bedarf des Bedürftigen errechnet, obliegt dem Amt das Recht Haushaltsführung und Lebensverhältnisse zu überprüfen. Neben einer verschärften Überwachung des Alltags müssen sich die Sozialhilfeempfänger mit einem Warenkorb begnügen, der zuletzt für 1970 festgelegt wurde und heutigen Erfordernissen nicht mehr entspricht.

1981 erarbeitete der "Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge" (DV) einen neuen Warenkorb, der zur Konsequenz hätte haben müssen, daß der Regelsatz der Sozialhilfe um 31,3% Prozent angehoben wird. (7)



ila-info

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika



Hungerproduzenten

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V. Bonn

ila-info erscheint im 10. Jahr und bringt in zehn Ausgaben jährlich:

Analysen und Nachrichten aus Lateinamerika, Berichte aus der Solidaritätsbewegung sowie: beispielhafte Beiträge aus der und über die Kulturszene Lateinamerikas.

Schwerpunktthemen aus einigen ila-infos:

- ...das ist der Gipfel - Empörung über den Weltwirtschaftsgipfel
- Ecuador: Abenteuer heute, auf der Suche nach neuer Ausbeute.
- Kirche: Angriff auf Lateinamerikas Volkskirche.
- Deutsches Kapital in Brasilien
- Multis am Amazonas: Umweltzerstörungen und Ökobewegung.
- No future in El Salvador?
- Hungerproduzenten: Hamburger, Soja und Bananen.
- Mexikos politische 'Stabilität'

Einzelpreis: DM 3,50
Jahresabo: DM 35,-
Schüler, Studenten, Azubis, Arbeitslose, Mittellose: DM 30,-
(obige Preise gelten ab 1986!)

ila Vertrieb:
250 Buchtitel aus Lateinamerika - Literaturliste anfordern!

Kennenlernabo:

Die nächsten vier Ausgaben für DM 10,-

(incl. Porto, gegen bar oder V-Scheck, Rücktrittsrecht innerhalb einer Woche)
Informationsstelle Lateinamerika e.V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Absender:

Obwohl die Betroffenen an ihrer Arbeitslosigkeit kein Verschulden tragen, werden sie existenziell, finanziell und sozial diskriminiert.

"Wenn auch nach wie vor einige aus Angst vor Diskriminierung den Weg zum Sozialamt scheuen, mußten im ersten Halbjahr 1985 bereits 1274 Personen (in Bonn, d.Verf.) Antrag auf Sozialhilfe stellen, nur weil sie arbeitslos geworden waren. Zwei Jahre vorher waren es erst 617 Arbeitslose." (8)

BONNER GHETTOS

Die Randzonen der Städte sind ähnlich der Mülldeponien beliebte Örtlichkeiten, um die Unansehnlichkeiten des Gemeinwesens wenigstens optisch zu verbannen. Sie eignen sich besonders gut, um die unangenehmen und anklagenden Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft nahezu unsichtbar zu machen:

Die Stadtteile Brüser Berg, Dransdorf, Neu-Tannenbusch und Bonner Norden scheinen sich besonders zu eignen, daß Konfliktpotenzial, das hinter der sozialen Frage steht zu verbannen und zu ignorieren.

"Ghettos entstehen mit unsichtbaren Mauern, die aber besser abschließen als mancher Steinwall". (9)

Alle diese Stadtteile sind in hohem Maße von Arbeitslosigkeit und Verschuldung der Betroffenen geprägt. Eine Verschuldung der Familien schlägt sich zunächst in Mietrückständen nieder. Trotz hoher Mietrückstände führt dies nicht zur Räumung, sondern notwendige Reparaturen an den Häusern werden unterlassen und Gebäudeverwahrlosung ist die Folge. Bessergestellte Familien verlassen diese Wohngegenden, was zur Ghettosierung beiträgt.

Verbunden mit der materiellen Verelendung verschärfen sich die Probleme von Ausländerfeindlichkeit, Gewalt (insbesondere gegen Frauen und Kinder), Alkoholkonsum, Kriminalität und weniger Nachbarschaftshilfe.

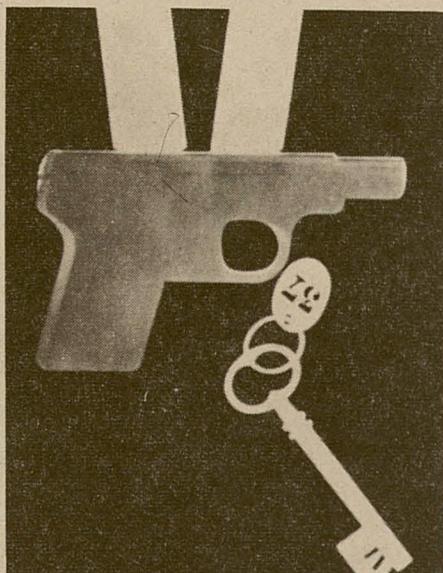
Hohe Sozialmieten und Sozialabbau (keine ausreichende Arbeitslosenunterstützung, geringe Sozialhilfe, Kürzung des Mutterschaftsgeldes etc.) verschlechtern zunehmend die Lebensbedingungen. 1984 wurde dem Diakonischen Werk erstmalig bekannt, daß Leute in Tannenbusch hungerten.

Nach Auskünften Bonner Sozialarbeiter ist die Situation Jugendlicher Arbeitsloser besonders prekär. Gerade bei sozial schwächeren Familien wird die frühzeitige Erwerbstätigkeit der Kinder als vorrangig eingestuft, die Einsicht in die Notwendigkeit einer Berufsausbildung wird dem nachgeordnet. Nach wie vor können in einer Gesellschaft mit strukturell befestigter Ungleichheit,

Bildungsvoraussetzungen nicht als egalitär quer durch die Schichten angesehen werden.

"Es ist zu fragen, wie es bei zehn Pflichtschuljahren dennoch dazu kommt, daß Bonner Sozialarbeiter immer noch auf Jugendliche Analphabeten stoßen." (10)

Es bleibt dabei: Bildungsunterschiede haben offensichtlich weniger juristische als vielmehr ökonomische Ursachen.



DISKRIMINIERUNG
OHNE ABSICHT ?

1983 erhielten über 1,6 Millionen Erwerbslose keinerlei finanzielle Hilfe von den Arbeitsämtern. Dazu zählten 637.000 Erwerbslose, die noch bei den Arbeitsämtern registriert waren und schätzungsweise eine Millionen Erwerbslose aus der sogenannten 'Stillen Reserve'. (11) - Zahlen, die das gesamte Bundesgebiet betreffen, ungeachtet der Einzelschicksale die sich dahinter verbergen.

Mit konkreten Daten und Fallbeispielen dokumentiert die DGB-Broschüre, in welchem qualitativen Umfang Armut, unverschuldete Not in der Bundeshauptstadt real existiert. Der Autor, Matthias v. Randow (Student der Uni Bonn), analysiert präzise die soziale Lage einer "Minderheit", die allerdings nach Tausenden zu zählen ist. (12)

Verwaltung und Kommunalpolitik dürfen in folgender Zeit Schwierigkeiten haben, die Verarmung in Bonn weiterhin lokal und ideal zu verdrängen. Eine städtische Informationspolitik, die Armut tabuisiert und verschweigt muß

sich den Vorwurf gefallen lassen, Verarmung lieber zu organisieren und zu verwalten, anstatt zubezwingen!

Mit saturierter Arroganz und dem Verweis auf eine "niedrige Arbeitslosenquote" (13) (Oberstadtdirektor v. Kaldenkerken), erhält die wachsende Gewalt gegen die Schwächsten: Kinder, Frauen, Ausländer, Alte, Kranke, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger durch Symptomabwehr städtische Unterstützung. Der voranschreitende Sozialabbau und die jüngsten Sparbeschlüsse der Bundesregierung werden mittels Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu disziplinierenden Kontrollinstanzen gegenüber den Betroffenen funktionalisiert. Alltags- und Haushaltsüberwachung zeigen das grundlegende Strickmuster der sozialen "Sicherung".

Gerade die rasanten Gewinnsteigerungen der unternehmerischen Nettoeinkommen (v. 1977 - 1985 um 49%) und der Rückgang der realen Nettolöhne auf den Stand von 1977 (14) zeigen deutlich, in welchem Ausmaß gesamtgesellschaftliche Disziplinierung mit Massenarbeitslosigkeit und mit der Drohung der sozialen Verelendung weiter vorangetrieben wird.

Doch wie lange wird das für die Wirtschaft strategisch wichtige und ständig wachsende Konfliktpotenzial in den Randzonen unserer Metropolen noch stillhalten ?

Jochen

Literatur:

- (1) Geißler, H.: "Die neue soziale Frage", Freiburg i. Br. 1976, S.28 f
- (2) DGB-Kreis Bonn (Hg.): "Über die soziale Lage in Bonn", Bonn 1986
- (3) zit. nach ebenda, S.8
- (4) " " " S.7
- (5) " " " S.8
- (6) " " " S.8
- (7) vgl.: ebenda, S.10
- (8) zit.nach ebenda, S.11
- (9) " " " S.13
- (10) " " " S.15
- (11) vgl.: Balsen, W., Nakielski, H., Rössel, K., Winkel, R.: "Die Neue Armut", Köln 1984, S.69
- (12) vgl.: "Über die soziale Lage...", S.23
- (13) General Anzeiger v. 10.4.1986
- (14) Frankfurter Rundschau v. 20.3.1986

Die DGB-Broschüre ist beim Bonner DGB, Maximilianstr. 14 erhältlich. Vielleicht fliegen auch noch ein paar Exemplare im ASTA-Öko- und Kommunalreferat herum.

TERRO R ?

Stammheim - mehr als ein Buch und ein Film!

Wie kommt ein Studentenblättchen dazu, sich mit dem Thema 'Stammheim' und der RAF zu beschäftigen? Nun, ein sehr naheliegender Grund sind der Verkaufserfolg des Buches 'Der Baader-Meinhof-Komplex' von STEFAN AUST und des 'Stammheim'-Films von REINHARD HAUFF, zu deren Konsumenten sicher auch eine Reihe von Studenten zählten. Wie wir nachfolgend zu belegen versuchen, sind Film und Buch unzureichend und zum Teil verfälschend auf die gesellschaftlichen und politischen Hintergründe einer Entwicklung eingegangen, die -hier sind wir mit AUST einer Meinung- diese Republik veränderten. Während die Scheinwerfer der Filmindustrie und der Feuilletons sich bereits dem nächsten 'tragischen' Abschnitt deutscher Geschichte zuwenden -die Rede ist von der Vermarktung der Revolutionärin Rosa Luxemburg-, hoffen wir auf Euer Interesse bei dem Versuch, einige der Fragen zu beleuchten, die die aktuelle Debatte bewußt ausgeklammert hat. Probleme bereitete uns dabei die

heterogene Zusammensetzung unserer Leserschaft. Denen die diese Ereignisse der 70er Jahre bewußt miterlebten, die die Niederlage der RAF zugleich als Niederlage der Linken, als eigene Niederlage begriffen, werden wir sicherlich nichts Neues zu bieten haben. Diejenigen die -wie wir drei Schreiberlinge- das Geschehen am Fernsehschirm verfolgten, werden mehr damit anfangen können, was wir auf den nächsten Seiten an Informationen und Einschätzungen zusammengestellt haben. Ein Interesse wecken wollen wir bei den Jüngeren, bei denen Stammheim weder ein Schaudern noch eine 'jetzt-erst-recht'-geschwellte Brust auslöst, für die es lediglich wenig beachteter Bestandteil der 70er ist, deren Fossilien sich heute nur auf den Nebenschauplätzen der öffentlichen Diskussion tummeln.

In einer Zeit, wo der Polizei- und Geheimdienstapparat in erschreckender Weise ausgebaut wird, was immer noch mit einer angeblichen Terrorismusgefahr legitimiert wird, dient ein Rückblick auf die letzten 15 Jahre, sich klar zu machen, wie dieser

bundesdeutsche Staat mit dem Verweis auf den von den Quasiverfassungsorganen BILD, Bundesanwaltschaft und Krisenstab ausgerufenen Staatsnotstand nicht nur die Anwendung fast(?) aller Mittel gegen die Staatsfeinde rechtfertigt, sondern auch eine massive Einschränkung des Freiheitsraumes jeglicher Opposition. Angesichts der wahnwitzigen ökologischen Zerstörung unserer Lebensbedingungen (Stadtsanierung, Startbahn West, Wackersdorf), angesichts des technologischen Großangriffs auf die bisherigen Arbeits- und Lebensbedingungen und der Kriegsführung gegen die Völker der Dritten Welt auch von deutschem Boden aus, muß sich jeder kritische Mensch fragen, ob er/sie weiterhin seinen -moralisch wertvollen- Protest zu den Akten geben will oder ob und wie der Schritt vom Protest zum realen Widerstand geführt werden kann. Diese Frage können und wollen wir an dieser Stelle nicht beantworten. Wir wollen aber -ohne uns mit Kritik an der RAF zurückzuhalten- die Frage nach sinnvollen Aktions- und Organisationsformen nicht ein für alle Male in den bürgerlichen Feuilletons begraben wissen.

"STAMMHEIM"- das SYMPTOM einer VERDRÄNGUNG

Die aktuelle Renaissance des Stammheim-Themas ist mit zwei Ereignissen verbunden, gebenedeit von der westdeutschen Kulturszene: dem Erscheinen des Buches "Der Baader-Meinhof-Komplex" des Hamburger Journalisten Stefan Aust; und zum zweiten dem gerade angelaufenen "Stammheim"-Film von Reinhard Hauff, für den Aust das Drehbuch verfaßte. Zum Buchtitel von Aust merkte Christiane Ensslin an, er sei bereits der "Bullensprache" entlehnt. Aust hat damit die Überschrift der BKA-Akte über die Gruppe zitiert.

Die derzeitigen Diskussionen als "Renaissance" zu bezeichnen, ist allerdings irreführend insofern, weil eine Wiedergeburt in diesem Fall unterstellt, daß die RAF früher bereits diskutiert worden sei und nun schon das zweite Mal.

Die ZEIT feierte das Erscheinen der "ersten großen Monographie über die Baader-Meinhof-Gruppe" reichlich unkritisch mit den einleitenden Sätzen: "Dieses Buch mußte endlich

geschrieben werden . . . Schreiben konnte es nur einer, der persönlich betroffen war und doch die Distanz des kühlen Beobachters bewahrt hat." Der "Betroffene" Aust schildert alles andere als objektiv. Den Hoffmann und Campe-Verlag hat die ZEIT-Kritik verständlicherweise so begeistert, daß er sie für die bundesweite Werbekampagne für das Aust-Buch statt eines Begleittextes vom Verlag verwendet.

Das Buch ist spannend und sehr lesenswert. Es liefert neben der Ausschmückung einer schon an sich dramatischen Chronologie viel Neues und noch mehr schon wieder Vergessenes. Wer weiß denn schon (noch), daß der Rechtsanwalt Gustav Heinemann Ulrike Meinhof 1961 in einem Prozeß gegen FJS vertrat? Oder daß Ensslin und Baader 1969 im Frankfurter Lehrlingskollektiv engagierte Sozialarbeit leisteten?

Stefan Aust schreibt in einer griffigen und knappen Sprache, die zuweilen reißerisch und geschmacklos wird. So lautet die Überschrift des Kapitels, in dem die Schlägerei im 7. Stock beschrieben wird, "Bambule in Stammheim", obwohl Aust kurz vorher erwähnt hatte, daß Meinhofs einziger Film, 1969 gedreht und nie gesendet, ebenfalls "Bambule" heißt.

Die simple Collage-Technik, in der Aust die Szenen unverbunden aneinanderreicht, soll vermutlich ebenfalls der greater suspense dienen; sie erinnerte mich stark an Johannes Mario Simmel.

Zum Inhalt: Ste fan Aust hat noch nicht einmal redlich recherchiert. Er verfolgt eine ganz bestimmte Intention, deren Ziel er nicht offenbart. Keinerlei konkrete Quellen werden angegeben. Nur ganz allgemein zählt er die Objekte seines Fleißes auf: die Prozeßprotokolle, über 500 Aktenordner, Gespräche mit Beteiligten und Verwandten und Freunden. Nirgendwo macht er kenntlich, ob seine geschriebene die Version der Polizei

oder die der Häftlinge ist: Nichts ist nachprüfbar. Früher Beteiligte (beispielsweise Dieter Kunzelmann) weisen mühelos sachliche Fehler und die falsche Wiedergabe wegweisender Diskussionen nach.

Besonders dubios ist sicherlich die Tatsache, daß Aust sich in wesentlichen Passagen auf die Aussagen von RAF-Dissidenten ("Verrätermemoiren") wie Schelm, Homann, Hoff, Jansen stützt, und der Fragwürdigkeit dieser Informanten keine Silbe widmet. Viel zu viel wörtliche Rede verstärkt noch den Anschein von Authentizität.

Unbedingt festschreiben im Bewußtsein seiner Leser will Aust die Rolle der Gudrun Ensslin als Dämonin der Gruppe, die es insbesondere auf Ulrike Meinhof, ihre Entpersönlichung und ihre letztlich zerstörerische Selbstkritik abgesehen gehabt habe. Er "beweist" diese Bewertung mit dem Vergleich der Vergangenheiten beider. Ensslin wuchs im großen evangelischen Familienkreise auf, wo abends natürlich zur Klampfe gefrömmelt wurde (was die Schwester Christiane als Mär enttarnte - und die muß es besser wissen). Meinhof dagegen war als Starkolumnistin von "konkret" das Lieblingskind der Hamburger Kulturschickeria. Die Sündhaftigkeit dieses bourgeoisen Vorlebens konnte Ensslin der Meinhof nicht vergessen. Meinhofs Schuldgefühle hätten sich noch verstärkt angesichts der Tatsache, daß Gudrun Ensslin ihre Mutterrolle dem politischen Kampf opferte, für sie selbst sich die endgültige Trennung von ihren Zwillingen erheblich schwie riger ausnahm.

Die Psychopathologie des inneren Führungszirkels der RAF muß bei Aust für alles die Erklärung liefern, und hier liegt die schwerwiegendste Irreführung des Buches.

Die Jugend der Meinhof, Ensslin und Baader wird in je höchstens drei Seiten abgehandelt, und diese Darstellung läßt sich dann bei Andreas Baader auf die Aussage verkürzen: ein intelligenter Störer war er und hatte schon früh den gewissen Brutalo-Charme, denn er wurde schließlich von drei Frauen aufgezogen. Ein bißchen dünn, derlei Beschreibungen, vor allem für den Anspruch, ein Psychogramm der wichtigsten Gruppenmitglieder zu liefern.

Mit paralleler Oberflächlichkeit traktiert Stefan Aust die politische Konzeption der RAF. Er zitiert nicht nur kaum aus den wenigen programmatischen Schriften, sondern leugnet auch die Existenz mancher. Und nirgendwo Verweise auf die Zeitschriften, in denen die Diskussionen um Kampfformen, Strategien, Stadtguerilla und Illegalität stattfand. Das liegt nicht an mangelnder Kenntnis, sondern hat Methode.

Der "Baader-Meinhof-Komplex"

zerfällt in zwei Teile. Der gerade kritisierte erste enthält die Chronologie der Ersten Generation der RAF. Christian Klar und Adelheid Schulz werden nicht erwähnt.

Der zweite Teil schildert den Prozeß in Stuttgart-Stammheim. Der Film von Reinhard Hauff schildert ausschließlich diese Verhandlung. Zwischen dem ersten und dem zweiten Teil des Buches ist ein Bruch, der tieferzugehen scheint, als es der Szenenwechsel in den Verhandlungsraum und den Hochsicherheitstrakt erklärte.

Zwar bleibt die Ensslin der fanatische böse Geist, Raspe reflektiert ein bißchen, Baader argumentiert am souveränsten, und Meinhof äußert leise Zweifel und ist eh schon mit einem Bein aus der Gruppe ausgestiegen.

Aber der Prozeßverlauf scheint den Protokollen entsprechend beschrieben, und Aust schildert auch recht akribisch die Ungereimtheiten, die sich während der Isolationshaft in jenem 7. Stock zutrugen. So gelangten jahrelang, trotz ansonsten lückenlos kontrollierter (Verteidiger-)Post, Kälberstricke in die Zellen, inklusive auffordernder Beibriefe, die nun schlechterdings zu nichts anderem als zum Aufknüpfen verwandt werden konnten.

Immer hatten die Gefangenen die Möglichkeit, ihre Pistolen auch nach Zellenwechseln neu zu verstecken.

Nach einfachen und mühelos durchgeführten Umbauten an ihren Radios konnten sich die Häftlinge untereinander verständigen. Das war offensichtlich von höherer Instanz gebilligt, und Aust bringt das mit den perfekten Abhörmöglichkeiten für die Bewacher in Verbindung.

Breiten Raum widmet er der Verwanzung der Zellen und den zeitgeschichtlichen Hintergründen, von der Traube-Abhör-Affäre bis zu Anhörungen des Bundestags-Innen-Ausschusses.

Auch den Ausbau des BKA (Bundeskriminalamt) zu dem politischen Kampfinstrument gegen den (immer von links kommenden) Terrorismus beschönigt er nicht. Genscher als Innenminister hielt Herold für seine "Aufgabe" auch gegen den zunächst noch vagen Widerstand der Länder absolut den Rücken frei.

Korrekt stellt Aust die Mord- und die Selbstmordversion von Stammheim einander gegenüber. Er verschweigt die Dinge nicht, die Anlaß zu grundsätzlichen Zweifeln an der staatlichen Mordversion bieten: unpassende Schmach Spuren der Pistolenschüsse; verschwundene Stühle nach Erhängen; verschwundene "6. Spur"; Zweifel renommierter nichtdeutscher Gutachter; falsch gehaltene Pistolen; unerklärliche Entfernung zwischen Pistole und Einschuß; die Aussagen der ihre

Stichwunden Überlebenden Irmgard Möller; die verdammt merkwürdig rücksichtsvolle Art, sich geräuschlos, also mit Schalldämpfern, umzubringen, wobei selbige hinterher nicht aufgefunden wurden.

Stefan Aust kritisiert nicht grundsätzlich die rein formaljuristische Behandlung - also die Abdrängung und Verniedlichung - des politischen Anliegens der RAF. Doch er läßt die Frage nach einer politischen Justiz in der Bundesrepublik anklingen, wenn er die zweifelhafte Haltung des Vorsitzenden Richters Prinzing beschreibt, der mittelbar dem WELT-Chefredakteur Kremp geheime Informationen zukommen ließ.

Doch der wesentlich weniger tendenziöse zweite Teil des Buches beseitigt nicht seinen grundlegenden Mangel - und deshalb sollte diese Werk nicht das einzige über die RAF bleiben - die politische Dimension dieser Auseinandersetzung bleibt nahezu ausgeklammert. Eine Kritik an der politischen Strategie der Gruppe, ihre außersystemische Infragestellung der staatlichen Allgewalt und die Motive dafür bleiben im Dunkeln und außen vor. Alles wird von Aust gruppendynamisiert, und er ist mit mangelnder Kenntnis nicht zu entschuldigen, denn er hat sich seit 1972 kontinuierlich und seit 1982 ausschließlich mit der RAF und Stammheim befaßt.

So viel Verschleierung, Einseitigkeit und Geheimniskrämerei ist einer "Bewältigung" nicht nur nicht dienlich, sondern muß sie entstellen und damit verhindern. Und dies ist gravierend insbesondere für die Leser/innen, die 1977 jünger als 17 waren. Ihnen sind die RAF-Mitglieder noch als die Terroristen schlechthin dargestellt worden. Sie erinnern vielleicht noch dunkel die Hysterie jenes Herbstes, als die Wiedereinführung der Todesstrafe diskutiert wurde. Gerade ihnen konnte noch die völlige Geschichtslosigkeit als Handlungsbasis dieser Hyperverbrecher suggeriert werden, für die jahrelange Isolationshaft nur die gerechte Strafe war.

Und wer kann schließlich die Folter einer perfekten Isolation nachvollziehen, emotional-sexuell sowieso, und politisch? Wer von uns kann erfassen, was es heißt, lückenlos und immer und unkontrollierbar beäugt zu werden bis hin zur akustischen Manipulation auch der selbst erzeugten Geräusche? Umfassende Manipulation dank der nicht abstellbaren Beschallung durch "White" und "Pink Noise". Was sich zunächst noch fast nach Disco anhören mag, sind in Wirklichkeit "Frequenzgemische, die es dem menschlichen Ohr unmöglich machen, Geräuschunterschiede festzustellen".

Das erneute Aufrühren so vieler, noch offener Fragen ist vermutlich das größte Verdienst von Stefan Austs

600-Seiten-Wälzer.

Fehlannonce jedoch, wenn man nun eine politische Diskussion dieser Fragen in der Bundesrepublik erwartet. Natürlich - Buch und Film wurden vorsichtig und ausführlich besprochen. Allerdings ausschließlich in den Feuilletons der Zeitungen, also an einer Stelle, wo vor acht Jahren kein Stück der Diskussionen zu lesen war. Die Kulturteile der Zeitungen sind in schöner, allerdings unausgesprochener Übereinstimmung zumindest der

Meinungsmacher abseitige Tummelplätze für geduldete Schöngelster. Und deshalb ist die Tatsache, daß die mit Stammheim befaßten "Würdigungen" ausschließlich dort stattfinden, das Symptom einer tiefgreifenden Verdrängung.

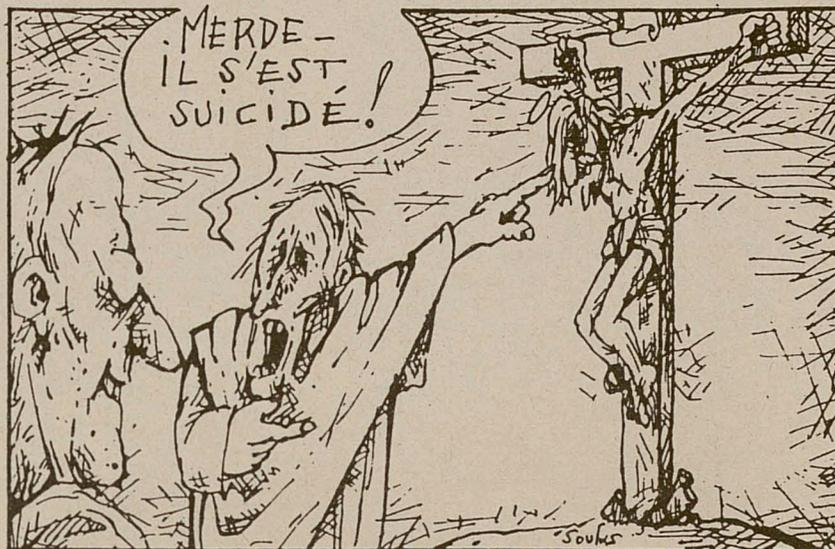
Dort werden keine politischen Fra-

gen diskutiert. Und deshalb gehört der "Baader-Meinhof-Komplex" dort nicht hin.

Jutta Koch

Literatur:

Peter-Jürgen Boock/Peter Schneider; Ratte - tot... Ein Briefwechsel. Sammlung Luchterhand 575, Darmstadt 1985, 9 Mark 80



„Scheiße — er hat sich umgebracht!“

(Aus: Libération, Supplement à Libération No. 1180, Herbst 77)

„DIE MASSES SIND GRUNDSÄTZLICH ZUR REBELLION BEREIT“

— ZUM KONZEPT DER RAF —

Sieben Jahre Rote Armee Fraktion, sieben Jahre die die Republik veränderten. Mit solchen und ähnlichen Plaudereien kommentiert Stefan Aust seinen "Baader-Meinhof-Komplex".

Aber welche Überlegungen, Voraussetzungen und Absichten haben die 1. RAF-Generation überhaupt veranlaßt militanten Widerstand aus dem Untergrund zu organisieren und den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren? -

DER ZORN DER ZEIT

Theorie, Existenz und Politik der RAF sind nicht - wie Stefan Aust intendiert - aus der Psyche der einzelnen RAF-Mitglieder zu rekonstruieren. Vielmehr stehen sie stellvertretend für einen politischen Bewußtwerdungs-

Prozeß einer ganzen Generation, die zunächst in ohnmächtiger Wut die Restauration der Bundesrepublik miterlebte.

Erst die "Anti-Atom-Tod-Bewegung" und die Ostermärsche Anfang der 60-er Jahre symbolisierten einen neu aufkeimenden Widerstand.

Bereits seit 1958 waren Bestrebungen im Gange, eine "Notstandsgesetzgebung" einzuführen, Anfang 1960 lag ein erster Entwurf vor. Im Oktober 1966 wurden die "Notstandsgesetze" (offizielle Verabschiedung 30.5.1968) mit der Nato-Übung "Fallex 66" vorweggenommen.

Die erste schwere Wirtschaftskrise (1966: steigende Preise, Krise im Ruhrbergbau) ließ die CDU/FDP Koalition scheitern und mündete im Dezember 1966 in die "Große Koalition" mit Alt-Nazi Kiesinger als Kanzler und F.J. Strauß als Finanzminister.

Hoffnungen, die gerade die junge Generation auf die SPD gesetzt hatte, als sie noch Oppositionspartei war, wurden brüchig. Die Möglichkeiten einer parlamentarischen Opposition schwanden in dem Maße, in dem die SPD Regierungsverantwortung übernahm.

Die Opposition begann sich außerparlamentarisch zu organisieren. Weniger theoriemüde als heute setzte man sich mit den Schriften von Marx, W. Reich, H. Marcuse, M. Horkheimer u.a. auseinander. Die Unterdrückung der Ausgebeuteten im gesamtwirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Rahmen stand dabei im Vordergrund und sollte im Weltzusammenhang aufgezeigt werden. Die Folge war das besondere Engagement gegenüber dem Unrecht und den Verbrechen, die in den Ländern der Dritten Welt verübt wurden wie im Iran, in Indochina und ganz besonders in Vietnam. Hier zeigte sich (für viele zum ersten Mal) der US-Imperia-



lismus brutal und unverhüllt. Die USA hatten Mitte der 50-er Jahre die Franzosen in Vietnam unterstützt und wenig später die militärische und politische Rolle übernommen. Sie lehnten den für 1956 festgesetzten Termin für die Wahlen, die die Wiedervereinigung Vietnams bringen sollte ab, im November 1963 wurde der Diktator Diem weggeputscht und mit noch USA-treueren Statthaltern began ab 1965 die USA ihren bis dahin schmutzigsten und grauenhaftesten Krieg (Dauerbombardierung Nord Vietnams, Einsatz v. Napalm, enorme Verluste der Zivilbevölkerung). Weltweite Proteste waren die Folge. Polizei und "Sicherheitskräfte" brutalisierten ihr Vorgehen überall in der BRD (Tränengas, Wasserwerfer, Knüppelorgien) und steigerten Empörung und Militanz der Demonstranten. Dann kam der erste große Schock für die außerparlamentarische Bewegung: Am 2. Juni 1967 wurde der Student Benno Ohnesorg vom Polizisten Kurras erschossen! ("zufällig" löste sich ein Schuß aus einer "zufällig" entschicherten Pistole, die "zufällig" einen halben Meter von Ohnesorgs Kopf entfernt losging. Benno wurde ins Krankenhaus

Moabit eingeliefert, die Wunde zugenäht und als Todesursache zunächst Schädelbasisbruch! diagnostiziert.) Anlaß war der Besuch des Schahs von Persien, oppositionelle Perser verschwanden kurzweilig in "Vorbeugehaft", sogenannte "Jubelperser" durften winken und Demonstranten wurden verprügelt und auseinandergetrieben. Auf dem Höhepunkt der Erregung um den Mord an Ohnesorg, forderte ein Teil der APO wirkungsvollere Widerstandsformen. Am 2. April 1968 explodierten 2 Brandbomben in Frankfurts Warenhäusern "Kaufhof" und "Schneider". Beabsichtigt war mit diesem Fanal, der Menschen in der BRD klarzumachen, daß Feuer und Inferno das tägliche Schicksal der Menschen in Vietnam war. Die Aktion richtete sich gegen die bundesdeutsche Lethargie, aber spaltete zugleich die APO-Bewegter in 2 Lager. Die Brandstifter (G. Enssler u. Andreas Baader) wurden wenige Tage danach verhaftet. Der tiefgründige Haß, speziell der Springer-Presse und natürlich der "Deutschen Nationalzeitung", hetzte weiter. Ein paar Tage nach der Verhaftung der Brandstifter, am 11. April 1968

wurde Rudi Dutschke auf offener Straße angeschossen und lebensgefährlich verletzt. Es hatte zwar nachweislich ein Einzeltäter (Josef Bachmann) den Anschlag verübt, doch die bundesdeutsche Linke war sich überraschend schnell einig: **GESCHOSSEN HATTE SPRINGER!** Die nachfolgenden Aktionen und Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet und Westberlin waren militant wie nie zuvor. Die Versuche der studentischen Linken ein Bündnis mit der traditionellen Ar-

NRW-Innenminister Weyer:
„Die Bevölkerung muß an den Anblick von mit Maschinenpistolen Bewaffneten genauso gewöhnt werden wie ans Steuerzahlen.“

beiterbewegung herzustellen (wie es zumindest in Frankreich und Italien ansatzweise gelungen war) scheiterten.

Mit dem Wahlsieg der SPD/FDP im Oktober 1969 trennten sich die Wege der APO-Engagierten. Der SDS löste sich auf, die einen machten sich auf den "Marsch durch die Institutionen", andere organisierten sich in verschiedenen K-Gruppen (die sich in der Regel an der chinesischen Revolution orientierten) wieder andere propagierten die "revolutionäre Tat".

ZUR POLITISCHEN STRATEGIE
 DER RAF

Ende der 60-er Jahre entstanden nicht nur in der BRD neue revolutionäre Gruppierungen. Tupamaros, Weathermen, Black Panther, Rote Garden, Rote Brigaden, Eta, Frap, Gauche proletarienne und Angry Brigade bereicherten den bisherigen, nahezu gewaltfreien Protest um eine neue Qualität: den im Untergrund organisierten militanten Widerstandskampf.

War auch in naher Zukunft nicht mit einer unmittelbaren Massenrevolte zu rechnen, so wollte man zumindest in diese Richtung praktisch arbeiten. Erstmals trat die RAF, - der Name ist offensichtlich der linksterroristischen "Roten Armee" Japans entlehnt - nach der Befreiung von A. Baader (14.5.1970), mit ihrem Konzept "DIE ROTE ARMEE AUFBAUEN" (1) an die Öffentlichkeit. Obwohl Baader nur noch relativ wenig

Zeit abzusitzen hatte, entschloß sich ihn zu befreien. Gerade in einer Stimmung von Verzweiflung und hastiger Suche nach dem richtigen organisatorischen Schritt, zeigte die Befreiung Baaders, daß organisierter Widerstand fähig ist den Allmachtsmythos des Staates zu brechen. Dieser in aller Öffentlichkeit zelebrierte Abgang in die Illegalität setzte die RAF in der folgenden Zeit immer wieder unter Zugzwang und hat sich letztlich als Fehler erwiesen. Nicht nur das der Kontakt zur politischen Sympathiesantzenzene Rarität wurde, sondern insbesondere die theoretische Programmatik der RAF spiegelt die Distanz ihrer fehlenden sozialen Verknüpfung wider. Die RAF-Entwürfe eines "antiimperialistischen Widerstandskampfes" und einer militanten "Stadtguerilla" (2) sind dazu nachweisliche Belege. Aber auch im terroristischen Untergrund stieß die RAF-Strategie auf Widerspruch. Die "Bewegung 2. Juni" lehnte eine Zusammenarbeit ab, befand das global-strategische Konzept der RAF für zu abgehoben und verfolgte überzeugt einen Widerstandskampf, der sich an den sozialen Brennpunkten orientierte. (Sozialguerilla) Im Gegensatz zur RAF organisierte der "2. Juni" Widerstandsaktionen aus der Legalität, um einerseits politisch-soziale Zusammenhänge immer wieder aktuell mit einzubeziehen und um andererseits den Kontakt zur politischen Sympathiesantzenzene nicht zu verlieren. Aber auch die "Bewegung 2. Juni" war im Zuge der Phantomjagd auf die RAF gezwungen, die Deckung der Illegalität zu nutzen.

Den Alt-Linken wurde von der RAF vorgeworfen mit ihrem "Marsch durch die Institutionen" zu jedem Opfer bereit, aber zu keiner Praxis fähig zu sein.

Theoretisch übernahm man das Modell des "proletarischen Internationalismus", d.h. Kapitalismus wird als ein strukturiertes Ganzes begriffen, graduelle Unterschiede bestehen lediglich zwischen der Peripherie (Dritte Welt) und den Metropolen (Industrielländer). Nationale Unterschiede, die ja ebenso unterschiedliche Emanzipationsbestrebungen hervorrufen können, verblissen vor der primären Demarkationslinie Weltproletariat - USA (3).

Dahinter verbirgt sich das Konzept einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und den Metropol-Guerillas.

Mit militanten Aktionen sollte die BRD aus ihrer "prozessualen Trägheit" gerissen werden:

"Sie lebt an sich selbst und ihrer Geschichte vorbei, die Bevölkerung der Bundesrepublik, uninformatiert, unaufgeklärt, desorientiert; unentschieden zwischen Pril und Sunil, im Bilde über

Alete-Kinderkost und Küchenmaschinen, nicht über Nichtangriffspakt und kernwaffenfreie Zone. Die zu wenig von sich selbst wissen, um für sich selbst sorgen zu können (...) sind aber bestens unterrichtet (...) über die Gefühle einer persischen EX-Kaiserin. (4)

Solche und ähnliche Einschätzungen gipfelten später in der RAF-These von der "totalen Verknastung der sozialen Realität", die aufgesprengt werden müsse. Da der Unterdrückungscharakter mittels staatlicher Autorität immer wieder harmonisiert werde, müsse die Integrationskraft des Systems vernichtet werden. Der Staat werde auf die Verletzung des Gewalt-Monopols durch die Metropol-Guerilla mit voller militärischer Entfaltung reagieren, muß also "offene Unterdrückung" anwenden - eine Unterdrückung, die das System niemals auf die wenigen Militanten begrenzen kann, die vielmehr die gesamte Bevölkerung trifft und so zur "Massen-Loyalität" mit dem militanten Widerstand führt.

Die RAF stützte sich hierbei auf eine Hypothese vor der schon 1968 auf dem Vietnamkongreß in Berlin gewarnt worden war.

Insbesondere für bundesrepublikanische Verhältnisse ist es ja nun mehr als fragwürdig, daß staatliche Repression eine "Bewegung nach links" verursachen könne. Im Sinne der RAF soll der Staat das nachholen, was das Kapital "versäumte": eine allzu offene (politische u. soziale) Verelendung der Massen!

Da meldete sich natürlich die Kritik der Linken. Warum erst eine offensichtliche Verelendung verstärken, warum nicht die gegenwärtige Misere des kapitalistischen Systems zum Anlaß von Widerstandsaktionen erklären? War nicht gerade die RAF selbst ein Produkt einer schon vorhandenen "Ausbruchsstimmung"?

Gegeüber solchen Argumenten distanzierte sich die RAF und warf der Linken vor, daß ihre Aktualisierung des Spätkapitalismus, ihre Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus eben nicht in eine revolutionäre Praxis mündete, sondern allenfalls an den Schreibtisch zurückführte. (5)

In dem Maße wie die RAF in die illegale Isolation geriet, radikalisierte sie ihren Anspruch einzig und kämpfend revolutionären Widerstand zu leisten. Passagen des letzten Briefes von Holger Meins belegen dies deutlich:

"Das einzige was zählt ist der Kampf - jetzt, heute, morgen, gefressen oder nicht... Alles andere ist Dreck... Die Guerilla aber materialisiert sich im Kampf - in der revolutionären Aktion, und zwar ohne Ende - eben: Kampf bis zum Tod und natürlich: kollektiv." (6)

Kurze Zeit später verstarb Holger Meins an den Folgen eines Hungerstreiks. Diese Zeilen stehen also am Ende seines Widerstands, deuten aber gleichzeitig den selbstzerstörerischen Heldenmythos an, den die 1. RAF-Generation inzwischen entwickelt hatte. Es war das Zerbrechen der politischen Zusammenhänge, die zerstörerische Einsamkeit in einer Situation, die nach kollektiven Entscheidungen verlangte, aus der ein solcher Schritt folgte. Gerade der bewußte Gang in die Illegalität, der einige folgten, brachte der RAF eine "Verknastung" ihrer eigenen revolutionären Beweglichkeit, die es eben nicht mehr ermöglichte sich "frei wie ein Fisch im Wasser zu bewegen", sondern im Gegenteil den Zwang setzte schwerpunktmäßig die "Logistik" (Waffenbeschaffung, Wohnungsrekrutierung, Geldnachschub) aufrechtzuerhalten. Man muß sich einfach mal vorstellen in welcher kurzen Zeit und unter welchem äußeren Druck die militante Widerstandsstrategie der RAF entstand, die heute zu recht in großen Teilen als zu abgehoben und unwirklich beurteilt wird.

Ohne Zweifel, die RAF, "die gewissermaßen an den Aktionszielen der anti-autoritären Bewegung entlangbombte: antiimperialistischer Kampf, Justizkampagne, Springerkampagne u.a.", hat die undogmatische Linke nachhaltig geschwächt. Vielleicht liegt darin mit ein Grund, warum wir heute nur noch zu sprunghaften und unregelmäßigen SAG-NEIN-AKTIONEN fähig sind - ODER - ?

Jochen

Literatur:

- (1) RAF-Texte, o.J., o.O., S.411
Die Quellenlage der RAF ist ja nun bekanntermaßen schwierig, die Quellen sind größtenteils während der Stammheimer Knastzeit entstanden. Die Authentizität ist nicht immer ganz sicher, bei einigen Texten haben die "Komitees gegen Folter" mitgeschrieben, andere Originaltexte sind aufgrund häufiger Zellendurchsuchungen unter behördlichem Verschluss oder gar vernichtet.
(2) ebenda, S.355 ff
(3) vgl.: ebenda, S.27-31, "Konzept zu einem anderen Prozeß", vermutlich von Andreas und Ulrike verfaßt.
(4) Meinhof, U.M.: "Provinz und Kleinkariert", in: "Die Ära Adenauer", Fischer Bücherei 1964, S.109 f
(6) RAF-Texte: "Letzter Brief von Holger Meins", (31.10.1974), S.13



Octobre 77 — Mort d'Andreas Baader (Cartoon von Mazpero)

Die Rächer im Gewande der Gerechtigkeit

Für alle diejenigen, die meinen, daß sie dieser Artikel nichts angeht

FRIEDRICH KARL FROMME
aus der FAZ vom 2.8.1977:

Es geht nicht um den "harten Kern" der Terroristen selber. Deren Sympathisanten vielmehr, die nie einem Terroristen Nachtlager und Reisegeld gegeben haben, sind die wirklich Gefährlichen. Sie haben zwar nichts getan, sie haben nur ihre Meinung gesagt, sie haben nachgedacht. Daß das Denken eine bestimmte Richtung begünstigt: Was kann der Denker, was kann der Schreiber dafür? Er kann dafür."

Im Rahmen der staatlichen Reaktionen auf das Auftreten der RAF wurde in den 70er Jahren eine Reihe von Änderungen im materiellen Strafrecht und insbesondere im Strafprozeßrecht vorgenommen. Der "Stammheim"-Film läßt davon einiges erahnen. Wir liefern hier einige Informationen nach.

Der polizeiliche Überwachungs- und Gewaltapparat ist seither enorm ausgebaut worden. Er übt kraft seines Fachwissens und seiner Zugriffsmöglichkeiten auf computergespeicherte oder mit geheimdienstlichen Methoden beschafften Informationen zunehmend Einfluß auf die Gesetzgebung und die Justiz aus.

Verfahren können aufgrund polizeilicher Informationen eingeleitet und gesteuert werden (durch beschränkte Aussagegenehmigungen für Beamte, undercover agents, Kronzeugen). Legislative und Justiz haben praktisch keine Kontrollmöglichkeiten mehr. Ein Hauptbestandteil bürgerlich-demokratischer Staatstheorie - die Balance zwischen den drei Gewalten - ist heute von der Wirklichkeit überholt. Ob Notweherschüsse, Tränengas oder Computerüberwachung - polizeiliche Strategien scheinen bei der Lösung politischer Konflikte zu überwiegen.

Die Sicherheits(für wen?)gesetze schreiben nur fest und bauen aus, was anfangs der 70er im "Modell Deutschland" von Brandt und Schmidt begonnen worden war.

Politische Justiz?

Weil zur Ruhigstellung der politischen Gegner mit polizeilichen Maßstäben gearbeitet wird, hat die Justiz hierbei nur noch eine untergeordnete Funktion im Konzert staatlicher Machtinstrumente. Der politischen Justiz bleibt allerdings eine wichtige zweite Aufgabe: "Sie muß, ohne die Machtverwirklichung zu durchkreuzen, die Macht so legitimieren, daß die Aussicht, die Bevölkerung für die Anerkennung des Machtgebildes zu gewinnen, nicht gefährdet wird oder wenigstens die geringstmögliche Beeinträchtigung erfährt." (Otto Kirchheimer)

Für die "Jünger des unbefleckten Rechts" wird die Behauptung, die Justiz sei eine "politische", ein Infragestellen "der Integrität der Gerichte und des Ethos des Juristenberufes" bedeuten. Um diese "Schildknappen der Unschuld" zu überzeugen, wenden wir uns nun den juristischen Mitteln zu, die im Kampf des Staates BRD gegen die RAF und ihr sogenann-

tes Umfeld eingesetzt wurden. Die politischen Inhalte des RAF-Prozesses bleiben hier ausgeklammert. Es soll aus dem Vergleich strafrechtlich/prozessuraler Wirklichkeit mit den Ansprüchen bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit Rückschlüsse auf die Wirkungsart der politischen Justiz gezogen werden.

Anwenderfreundliches Strafrecht

Im Strafrecht sind mit den diversen Anti-Terror-Gesetzen, insbesondere aufgrund des im Januar 1976 beschlossenen Gesetzes zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens, eine Reihe neuer Straftatbestände geschaffen worden.

Die meisten von ihnen verwenden verschwommene Rechtsbegriffe wie "unterstützen", "anleiten", "billigen". Viele Autoren werten dies als Verstoß gegen das im Grundgesetz verankerte Bestimmtheitsgebot (Art. 103): für den Aktivbürger ist kaum mehr berechenbar, inwieweit sein Handeln strafbar ist.

Schwierig, das noch deutlicher auszudrücken, als es der Vertreter der Bundesregierung im Rechtsausschuß (zum §88a StGB) tat: "Erstens ... gibt es Befürwortung in der Form der indi-

rekten Aufforderung, zweitens Befürwortung in der Form scheinbarer Distanzierung, drittens Beschreibung strafbarer Handlungen mit Nachahmungstendenz, viertens Befürwortung in der Form der Billigung eines historischen Vergleiches in der Absicht, es als nachahmenswertes Vorbild hinzustellen ..."

Bei den meisten dieser - teilweise als Zensuratbestände zu bezeichnenden - Normen sind bereits Herstellung und Vertrieb strafbar.

In einem der spektakulärsten Prozesse gegen den München TRIKONT-Verlag ging es um die Beschlagnahme von BOMMI BAUMANNs Buch "Wie alles anfing", in dem die Bewegung 2. Juni geschildert und eine teilweise kritische Haltung zum Konzept einer bewaffneten Stadtguerilla eingenommen wurde. Auch hier ging es nicht um terroristische Straftaten, sondern darum, eine kritische Gegenöffentlichkeit unter Kontrolle zu bringen."

Das Strafrecht bewegt sich in diesen Regionen vom nachweisbaren Rechtsgüterschutz, der sich an klar abgegrenzten Tathandlungen orientiert, immer mehr in Richtung auf Vorbereitungs-, Aufforderungs- und ähnliche, der "eigentlichen" Straftat vorgelagerte Handlungen. Zunehmend werden Gesinnungen zum Anknüpfungspunkt der Strafbarkeit.

So hatte der SPIEGEL damals unbelligt Auszüge aus BAUMANNs inkriminiertem Buch veröffentlichen können. Wie meinte das Bundesverfassungsgericht doch (während des Kalten Krieges): "Ohne die Verwendung solcher Begriffe wäre der Gesetzgeber nicht in der Lage, der Vielgestaltigkeit des Lebens Herr zu werden."

Zentrale Vorschrift in den RAF-Prozessen ist der § 129 a StGB, die Bildung und Unterstützung terroristischer Vereinigungen bzw. das Werben dafür. Mit Hilfe des alten § 129, der den unmißverständlichen Namen 'Teilnahme an staatsfeindlichen (staatsordnungswidrigen) Verbindungen' trug, wurden letztes Jahrhundert Sozialdemokraten verurteilt und später in der Weimarer Republik Mieterobmänner und Mitglieder von Gefangenenhilfsorganisationen der KPD.

Der heutige § 129 ist vor allem Anknüpfungspunkt für eine Reihe gravierender strafprozessualer Maßnahmen. So kann jemand, der des Sprühens einer Parole 'Solidarität mit den Hungerstreikenden', laut Rechtsprechung ist dies ein Werben für eine terroristische Vereinigung, verdächtig ist, nach § 112 III StPO in Untersuchungshaft genommen werden, ohne daß eine Verdunkelungs- oder Fluchtgefahr besteht. HANS-JOACHIM RUDOLPHI nennt dies eine "reine Sicherungshaft". Nach demselben Verdächtigen können Ringfahndungen mit Straßenkontrollen oder Durchsuchungen von Häuser-

blocks durchgeführt werden. Wer eine derartige Straftat nicht anzeigt, obwohl er/sie davon weiß, kann mit einer Haftstrafe bis zu 5 Jahren bestraft werden (§ 138 II StGB).

VON VERFAHRENSSABOTAGE

"Der Rechtsstaat, dies ist eine Voraussetzung für Strafverteidigung, hat Strafverteidigung zu ertragen. Es ist nicht zu fragen, wieviel Strafverteidigung der Staat vertragen kann. Wo diese Frage gestellt wird, wird die Strafverteidigung nur begleitend geduldet. Wo Strafverteidigung kein Stachel sein kann und notfalls hemmende Funktion haben darf, wird sie nur der Absicht unterworfen, die jeweilige Rechtsordnung absolut zu machen, sie von dem Verdacht zu befreien, sie könne relativ sein." GERHARD MAUZ

Der Strafprozeß gehört zu den einschneidendsten Grundrechtsbeschränkungen, die ein Staat von dem ihn Unterworfenen fordert. Der Umgang mit dem Angeklagten und seinem Verteidiger ist immer auch ein Barometer für den Grad an Freiheitlichkeit einer Gesellschaft. Daher gilt auch bis zum prozessualen Nachweis des Gegenteils immer die Unschuldsumutung zugunsten des Angeklagten. Um dies zu gewährleisten, hat der Angeklagte bzw. sein Verteidiger eine Reihe formeller Garantien im Strafprozeß, die ein faires Verfahren (fair trial) möglich machen sollen. Der Angeklagte darf auch nie zum bloßen Prozeßobjekt verkommen, er soll immer Subjekt bleiben.

In Deutschland sollte es demokratischen Strafprozeßrechtlern eigentlich insofern leicht haben, daß sie mit dem nationalsozialistischen Inquisitionsprozeß immer das Negativbild vor Augen haben, das es in jeder Hinsicht zu vermeiden gilt. Ein Teil des Strafprozeßrechts wurde auch bis 1968 entsprechend reformiert. Doch nicht erst im Umgang mit der RAF brachen immer wieder Kontinuitäten durch, die weniger spezifisch faschistisch als vielmehr autoritär-staatlich geprägt sind. So werden z.B. die formellen Garantien eines fair trial immer wieder in Frage gestellt zugunsten der sogenannten "materiellen Richtigkeit oder Gerechtigkeit"; zuviele Freiheitsrechte würden sich zulasten der Rechtsgemeinschaft auswirken. Es gehe um den "gerechten" Ausgang des Prozesses. Dies erinnert an den NS-"Gerechtigkeitsstaat", der den "indifferenten, hohlen und wertneutralen Rechtsstaat des Liberalismus" überwinden wollte. Anstelle von verbrieften formellen, rational überprüfbaren Garantien unter Verzicht auf Absolutheitsansprüche werden sogenannte materielle oder absolute Werte gesetzt, die auszufüllen dem jeweiligen Rechtsanwender vorbehalten bleibt.

Einen besonderen Schwerpunkt im Kampf gegen die sogenannte "Prozeßsabotage" und für eine "funktionstüchtige" Strafrechtspflege nimmt die Beschränkung von Verteidigerrechten ein. Nach klassischer bürgerlicher Tradition ist der Verteidiger einseitiger Interessensvertreter seines Mandanten, er hat für dessen Rechte einzutreten, garantiert somit einen fairen Strafprozeß und wird dadurch zum Diener des Rechts. Bei den Nazis wurde der Anwalt zum Rechtswahrer und zum Organ der Rechtspflege. ("Richter, Staatsanwälte und Verteidigung sollen Kameraden einer rechtsfront, sollen gemeinsame Kämpfer um die Erhaltung des Rechts sein.") Von dieser quasi-beamtenmäßigen Inpflichtnahme der Rechtsanwälte im Namen einer höheren Gerechtigkeit ist die herrschende Lehre bis heute nicht abgekommen - wen wundert angesichts der Kontinuität zahlreicher Juristenkarrieren...

So wandelten die Anwälte in allen RAF-Prozessen am Rande der Komplizenschaft, die Ausschöpfung von legalen prozessualen Mitteln der Aufhellung politischer Hintergründe wurde ihnen als Prozeßsabotage und Verfahrensverschleppung ausgelegt.

Denn nach einer verbreiteten Auffassung sind die Grundrechte dem Bürger vom Staat nur "verliehen" worden; wird von ihnen in einer Weise Gebrauch gemacht, die staatliches Handeln hemmt oder sich gar gegen staatliches Handeln richtet, lautet die Analyse 'Rechtsmißbrauch' oder 'Grundrechtsterror' - so einer der renommiertesten Grundgesetzkommentatoren DÜRIG. Die Legende, Weimar habe sich wehrlos den legal operierenden Feinden der Demokratie ausgeliefert - wissenschaftlich kaum haltbar - dient immer noch zur Rechtfertigung von Freiheitsbeschränkungen unter Berufung auf die nirgendwo normierte 'wehrhafte Demokratie'.

Aus dem Gruselarchiv der Anti-Terrorgesetze seien hier nur einige der strafprozessualen Verschärfungen genannt:

- Eine perfide Gedankenkonstruktion liegt dem § 231 a StPO zugrunde, der vorsieht, daß eine Hauptverhandlung ohne den Angeklagten durchgeführt werden kann, wenn dieser sich schuldhaft in einen seine Verhandlungsfähigkeit ausschließenden Zustand schuldhaft versetzt hat: Rechtsanwalt SCHILY: "Wer verdächtig ist, in der Haft eine kriminelle Vereinigung fortzusetzen ... gegen den dürfen isolierende Haftbedingungen verhandlungsunfähig gemacht werden. Dann, wenn das erreicht ist, darf eben über diesen Anklagevorwurf in seiner Abwesenheit verhandelt werden." Dieses Gesetz wurde kurz vor Beginn des großen Stammheim-Prozeß, im Dezember 1974 verabschiedet. Kurz zuvor hatten gerichtliche Gutachter die teilweise Verhandlungsunfähigkeit der Gefan-

genen durch die bis zu 3 Jahren dauernde Isolationshaft festgestellt.

- Wenn einer der Verteidiger diese Haftbedingungen nun als "Mißhandlung" oder gar als Folter bezeichnet, gerät er hierdurch in den einfachen Tatverdacht einer Handlung nach § 129 a StGB - nach offizieller Lesart. Ebenso ging es den Anwälten, die ihre Mandanten mit 'Du' oder 'Genosse' anredeten oder eine "linksextremistische Terminologie" gebrauchten. Die §§ 138 a-d StPO schufen in diesen Fällen die Möglichkeit, die Wahlverteidiger aus der Verhandlung auszuschließen. Auf der Grundlage dieser Bestimmungen wurden alle Wahlverteidiger Baaders kurz vor Beginn der Hauptverhandlung ausgeschlossen.

Es wurden auch zahlreiche Ehrengerichtsverhandlungen gegen politische Verteidiger eingeleitet. Die Standesorganisationen hatten sich wohl zu Herzen genommen, daß Bundesanwalt REBMANN allein die Übernahme derartiger Mandate als standeswidrig bezeichnet hatte. Auch einigen Assessoren wurde die Zulassung zur Anwaltschaft wegen "Unwürdigkeit" verweigert, weil sie als Verteidiger in RAF-Prozessen aufgetreten waren.

- War ein Anwalt in einem Verfahren ausgeschlossen worden, konnte es ihm bzw. seinem Mandaten passieren, daß er im nächsten Verfahren nicht auftreten durfte wegen des Verbots der Mehrfachverteidigung. Laut Befürwortern dient diese Vorschrift der Vermeidung von Interessenskonflikten, in die ein Anwalt bei der Vertretung von mehreren Angeklagten in einem Verfahren geraten könne. Anstatt die Entscheidung dem Angeklagten selber zu überlassen, sich nötigenfalls einen neuen Verteidiger zu suchen, wurde mit dem § 146 StPO eine kollektive Verteidigung unmöglich gemacht.

Für die Betroffenen wird es immer schwieriger, kompetente Anwälte zu finden, da gerade Verfahren nach § 129 a StGB immer als recht umfangreiche Komplexe verhandelt werden. Ist nun ein Verteidiger entweder ausgeschlossen oder vertritt er innerhalb dieses Komplexes einen Angeklagten, ist die Übernahme eines weiteren Mandats verboten.

- Im Kontaktsperregesetz ist die Unterbrechung jeglicher Kommunikation zwischen dem einer Straftat nach § 129 a StGB Beschuldigten und seinem Verteidiger für 30 bzw. 60 Tage legalisiert worden, nachdem diese Praxis während der Schleyer-Entführung ohne gesetzliche Grundlage mit dem fragwürdigen Rückgriff auf den strafrechtlichen Notstand nach § 34 StGB gerechtfertigt wurde.

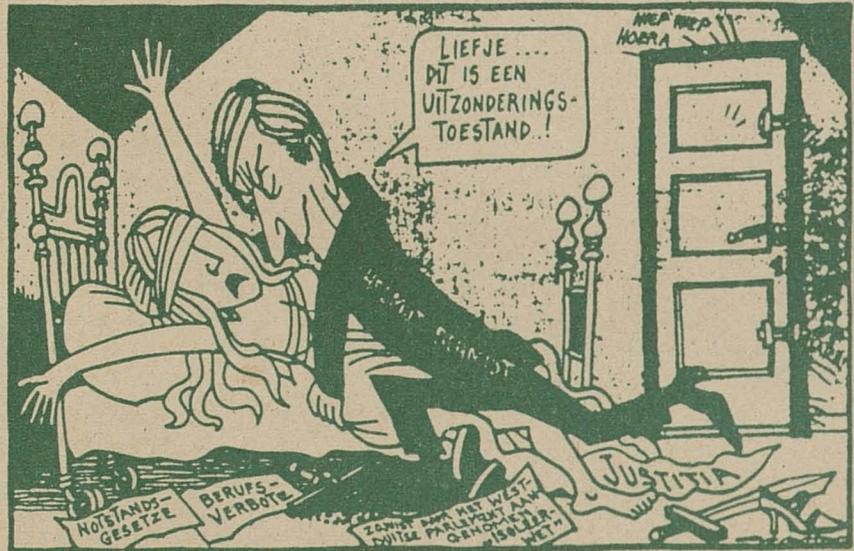
Erst vom Bundesverfassungsgericht abgesegnet, dann in einem parlamentarischen Schnellverfahren durchgepeitscht, erscheint als eine besondere Gefahr dieses Gesetzes die Verhinderung der Suche nach Entlastungszeugen -und beweisen durch

den Verteidiger des/der Inhaftierten. Nicht weiter eingegangen wird hier auf die Praxis, die Verteidiger auf dem Wege zum Gerichtssaal körperlich zu durchsuchen, die Ermächtigung zum Einbau von Trennscheiben beim Anwaltsbesuch und zur Überwachung des Schriftverkehrs zwischen Mandanten und Verteidiger. Die Lauschangriffe auf die mündlichen Gespräche zwischen Anwalt und Inhaftierten durch den Einbau von Wanzen in die Wohn- und Besuchszellen der Inhaftierten seien ebenfalls nur kurz erwähnt.

Parallel zu dieser Beschränkung von Verteidigerrechten und seiner Diskreditierung in politischen Prozessen erfuhr die Staatsanwaltschaft einen erheblichen Kompetenzzuwachs. Von Waffengleichheit im Strafprozeß, als Grundlage des fair trial kann hier nach keine Rede mehr sein.

bei einem Mangel an demokratischen Traditionen eine spezifisch deutsche Gangart: Der innenpolitische Gegner wird als FEIND gebrandmarkt und recht- und friedlos erklärt von der Gemeinschaft der 'Demokraten'. Diese Feinderklärung dient der Konstituierung der politischen Einheit, die als Fiktion lediglich der Verschleierung tatsächlich vorhandener Klassen- und interessensunterschiede in der BRD-Gesellschaft dient.

Es offenbart sich auch ein deutsches Rechtsstaatsverständnis, dessen Apologeten mit dem Hinweis auf die Legalität bestimmter Handlungen und Maßnahmen jede weitere Diskussion abschneiden wollen. Während beispielsweise in England der Rechtsstaat immer mit demokratischen Inhalten gekoppelt war, war der Rechtsstaat in Deutschland immer von demokratischen Inhalten unabhängig. Es gilt das



Helmut Schmidt: „Liebste, dies ist ein Ausnahmezustand“ — Rechtvergewaltigung ... wobei der westdeutsche Bundeskanzler Justitia in einem kleinen Kämmerchen einschließt und sodann unter lauter Zustimmung der Öffentlichkeit überwältigt ...

(aus der sozialdemokratisch orientierten „Volkskrant“, Niederlande, 1.10.77)

RESÜME

Nach dieser kursorischen Auflistung ist noch das Harmloseste, was der bürgerliche Historiker THEODOR MOMMSEN zum Thema meinte: "Unparteilichkeit im politischen prozeß steht ungefähr auf einer Linie mit der unbefleckten Empfängnis."

Alle der genannten Vorschriften existieren noch. Die sogenannten Terroristenprozesse sind aus der Berichterstattung der Massenmedien verschwunden, auch wenn die Reihe der Terrorurteile nicht abreißt z.B. das KLÖCKNER-HÄRLIN-RADIKAL--Verfahren oder der Prozeß gegen JÜRGEN-PETER BOOCK. Es gilt nun das Wirken des gesamten Staatsapparates in das Licht der kritischen Öffentlichkeit zu zerren.

Denn in vielen amtlichen und halbamtlichen Reaktionen offenbart sich

als rechtsstaatlich, was das formelle Zuständigkeitsverfahren durchlaufen hat. Das bedeutet, daß Maßnahmen, die die Freiheiten einschränken, die demokratischen Zielsetzungen zuwiderlaufen schon dadurch legitimiert sind, daß sie rechtsförmig ergangen sind. Aus den Worten H.J.VOGELS wird der Vorteil eines derart reduzierten Begriffes deutlich: "Der Rechtsstaat wird auf die konkrete Situation abgestellt." SEBASTIAN COBLER drückt dies anders aus: "Die Rechtsförmigkeit verleiht den jeweils ergriffenen Maßnahmen den legitimatorischen Schein, der ihre Durchsetzbarkeit und Anwendung gegenüber der Öffentlichkeit erleichtert. DIE ENTRECHTUNG WIRD VERRECHTLICHT."

wolfgang kaleck

INTERVIEW:

GEDANKEN-BYPASS FÜR DEN KANZLER

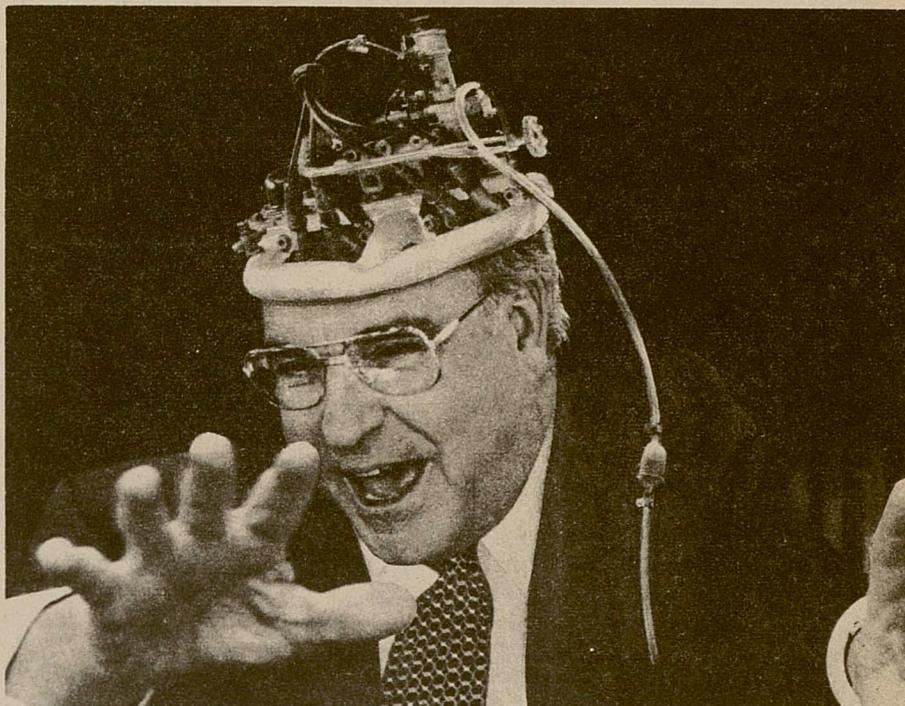
LÜSTERN-Gespräch mit dem Ordinarius für Schwachstromtechnik, an der Universität Bonn

LÜSTERN: Herr Professor Häusler, Sie arbeiten an einem elektronischen Denk-Toupet für Helmut Kohl. Sie wollen einem neuerlichen Black-Out vorbeugen?

HÄUSLER: Einem neuerlichen, erkennbaren Black-Out. Es gibt ja auch stumme Infarkte.

LÜSTERN: Wie soll das Denk-Toupet funktionieren?

HÄUSLER: (zeigt auf Gehirnstrom-Atlas) Der Begriff Black-Out kommt eigentlich aus der Elektrotechnik. Nicht anders ist es mit den Gehirnströmen. Wenn hier Verbindungen, etwa zwischen den Erinnerungszonen und dem Sprachlos-Zentrum eines Kanzlers ausfallen, kommt es zu einem Zusammenbruch des Denkens. Aus der Astrophysik könnte dafür der Ausdruck »Schwarzes Loch« entlehnt



Der Kanzler hat gut lachen, denn in seinem Oberstübchen brennt wieder Licht



Ideal für Camper
DM 39,95
PORT-O-PISS
tragbares Pissoir

Dieses formschöne chemische Pissoir hält jeden Platz sauber und frei von Insekten. Ein MUSS für den wahren Naturfreund. Wiegt nur 16 Pfund.

Camproducts, Pappelallee 4, 3619 Zappeln



Seien Sie ein »AS«, auf dem Spielfeld und außerhalb, mit »AS«, dem offiziellen Kamm der Olympischen Spiele 1984

Verband der Schlesier ALTE HEIMAT GMBH

Wir bauen Einfachhäuser, damit Sie sofort wieder ausziehen können, wenn Rübezahl ruft.



werden. Dieser Zustand im Kopf läßt sich verhindern, wenn man Gehirnstromausfälle überbrückt. Sehen Sie, wir haben hier ein supraleitendes Denk-Toupet für den Kanzler entworfen. Auf dem Toupet-Boden sind die Haare, unter dem Toupet-Boden haben wir feine Drähte eingezogen, deren Elektroden mit winzigen Haftschalen auf dem Kopf befestigt werden. Diese Elektroden tasten fortwährend die Gehirnströme ab. Wenn nun Gehirnströme abreißen und ein Gedanke ausbleibt, können wir über dieses vernetzte Drahtsystem umleiten, also den Gedanken quasi über die Kopfschwarte führen und bei der nächsten Schaltstelle wieder ins Gehirn einspeisen.

LÜSTERN: Könnte man bei dieser

Konstruktion von einem Gedanken-Bypass sprechen?

HÄUSLER: Von der Konstruktion her gesehen - ja. Aber wir wissen ja nicht, was umgeleitet werden soll. Das liegt nicht in der Hand eines Technikers.

LÜSTERN: Die letzte Frage, Ihr Motiv? Sie sind CDU-Fan?

HÄUSLER: Nein, ich handle nur aus Sorge um den Erhalt unseres Systems. Kohl muß Kanzler bleiben.

LÜSTERN: Und warum?

HÄUSLER: Weil sonst der Polt kommt. Die Wähler haben seit Geißlers Black-Out-Diagnose Blut geleckt, die wollen gar keinen anderen Typus mehr, the show must go on!

LÜSTER: Und Sie halten Gerhard Polt für unfähig?

HÄUSLER: Polt wäre kein schlechter Kanzler. Aber als Polt ist der Kohl einfach besser.

* * * * *

WORTE ZUM BLACK-OUT

>>Eines leuchtet mir als Physiker nicht ganz ein. Ein Black-Out setzt doch einen gewissen Zustand der Belichtung voraus. Sogar in einem Weihnachtszimmer kann es nur dunkel werden, wenn man vorher einen Christbaum angezündet hat.<<

A. Weinberg, Institut für Großkörperforschung, Bonn

aus LÜSTERN 1/86, S.86

"Seit der Existenz der Kernwaffen richteten sich die Verteidigungsmaßnahmen ... darauf, eine Aggression durch die Ankündigung einer Vergeltung abzuschrecken... Uns ist es gelungen, über drei Jahrzehnte hinweg einen Atomkrieg zu verhindern ... In den letzten Monaten jedoch haben meine Berater die Notwendigkeit unterstrichen, aus einer Zukunft auszubringen, die sich im Hinblick auf unsere Sicherheit ausschließlich auf offensive Vergeltung stützt ... Wäre es nicht besser, Menschenleben zu retten, als es zu rächen? Ich gebe die Anweisung ..., ein langfristiges Forschungs- und Entwicklungsprogramm auszuarbeiten, um unserem Endziel näherzukommen, die Bedrohung durch strategische Nuklearraketen zu beseitigen."

Mit diesen hehren Worten machte Ronald Reagan die Welt am 23. März 1983 mit seiner Vision einer von Nuklearraketen befreiten Welt bekannt. Diese Vision ("Strategic Defense Initiative" = SDI oder "Star Wars" oder neuerdings "Peace Shield") weist nach Ansicht seiner Befürworter erstmals einen gangbaren Weg in eine atomwaffenfreie herrliche friedliche Zukunft. Das soll - man kann es sich simpel mechanisch vorstellen - geschehen mittels eines weltraumgestützten Abwehrrschirms.

Von dessen ursprünglich mit 100% veranschlagter Undurchlässigkeit ist heute genauso wenig mehr die Rede wie von der urplötzlichen Verschröpfung aller Atomwaffen zum Zeitpunkt der Installation des "Schirms".

Die NATO-Partner haben auf diese kraftvoll-überzeugende Träumerei Reagans kühl reagiert. Der einzige funktionierende Rüstungskontrollvertrag, der ABM-(=Anti Ballistic Missile) Vertrag von 1972 werde durch SDI in seiner Substanz bedroht, hieß es mahnend. Die US-Amerikaner hörten nur kleinliche westeuropäische Krittellei heraus.

Die Debatte um Abkopplung und Technologietransfer, Strategie und Stabilität, Defensiv- und Offensivsysteme, Bündnissolidarität und US-Hegemonie ist in hiesigen Blättern zwar ausführlich dokumentiert, wird aber in einer seltsam gedämpften Weise geführt - als sei SDI nicht die umfassendste Neuerung der NATO-Strategie zumindest seit der Ablösung der Massiven Vergeltung.

Das Buch des Schweizer Kurt Spillmann eignet sich als Einführung in das umfängliche Thema, da es neu ist (die Literatur ist bis Februar 1985 eingearbeitet) und wird ausführlich nachgewiesen, und außerdem verstehbar. Und das ist kein geringes Verdienst angesichts der Schwierigkeit des Themas und der explosionsartigen Wissensvermehrung. Die amerikanische Fachterminologie wird übersetzt.

Die Lesbarkeit des Buches - kein

SDI und die histo-

Wunder bei einem 240-Seiten-Umfang - geht allerdings zulasten eines tieferen Einblicks in entscheidende Wegmarken der vergangenen sicherheitspolitischen Diskussionen. Die Geschichte der USA, die wichtig ist für das Verständnis ihres protestantischen Missionsgeistes, wird bis 1945 auf 18 Seiten komprimiert. Schlüsselbegriffe (Limited War, Flexible Response) werden zwar erläutert, aber nicht in den innenpolitischen Hintergrund eingearbeitet. Hermon, der führende Kopf in der Strategiediskussion der 60er Jahre (seine Eskalationslehre beeinflusste entscheidend die illusionäre Vorstellung von der Gewinnbarkeit des Vietnam-Krieges) wird nicht erwähnt; neue strategische Denkansätze weit vor dem Stadium der praktischen Umsetzung kommen überhaupt zu kurz. Think Tanks wie die RAND Corporation erwähnt Spillmann ohne jede Kritik, als hätten deren Mitarbeiter nicht eine gefestigte konservative Grundhaltung schon lange bewiesen, bevor man sie in diesen erlauchten Kreis aufnahm.

Ein trotz dieser Mängel empfehlenswerter Einstieg.

Ein ganz anderes Kaliber hat das neue Kursbuch vom März 1986 mit dem Thema "Krieg und Frieden - Streit um SDI". Die zwölf Beiträge - alle sind von Männern geschrieben - gehen das Thema von ihrem jeweiligen Fachgebiet (Physik, Kommunikationstechnik, Friedensforschung) aus an und vermitteln eine kritische (mit einer Ausnahme) Position zum SDI-Programm.

Am bedrückendsten scheint mir die Erkenntnis, die gut belegt bei allen Autoren durchscheint: SDI befindet sich längst in irreversiblen Selbstlauf. Das beruhigende "SDI ist noch lange Jahre nichts als ein Forschungsprogramm" dient nur noch der Beruhigung der zaudernden Westeuropäer. Der "scientific-military-industrial complex" steht monolithisch gegen die durchaus vorhandene inneramerikanische Kritik, wie sie von der UCS (Union of Concerned Scientists), namhaften Kernphysikern (Garwin, Parnas) und Altpolitikern (McNamara, Kennan, Schlesinger) geäußert wird.

Bernd Mahr, Informatiker, widmet sich zum Beispiel den unlösbaren Problemen der für SDI notwendigen Rechen- und Kommunikationssysteme. Für die "Machbarkeit" braucht das System Fehlertoleranzfähigkeiten, "Selbstheilungsmöglichkeiten" (!), Ex-

pertentum für Entscheidungs- und Selektionsaufgaben. Weder die notwendige Rechengeschwindigkeit noch automatische Programmverifikation sind heute denkbar. Unvorhersehbare "Sprünge" der Entwicklung wären dafür vonnöten.

Gerade die hat's bislang in der Technologiegeschichte, im Gegensatz zur Wissenschaft, noch nie gegeben, meint Grant Johnson, Telekommunikationsberater in Frankfurt. Er bewertet SDI als "Einbruch des Phantastischen" in die Weltpolitik und analysiert die dahinterstehenden Vorstellungen: der Wunsch, sich absolut unverwundbar zu machen, ist regressiv und verwandt mit infantilen Sehnsüchten. Und deshalb so gefährlich, weil sich hier ein von Erfahrungen ungetrübter Absolutheitsanspruch zeigt.

Werner Fuß, Chemiker, bietet schwer verdauliche Kost über die physikalischen Möglichkeiten von Röntgenlasern. Er weist darauf hin, daß die künftig verbleibende Zeit, über einen atomaren Abschluß zu entscheiden, bei einer Minute liegen dürfte - für Menschen zu kurz. Außerdem sei die Raketenabwehr "militärisch wertlos", da sie billig und relativ einfach zu unterlaufen ist, der Gegner also noch nicht einmal ein eigenes BMD-(=Ballistic Missile Defense) Programm installieren müßte.

Den hübschsten Vorschlag, das ganze viele Geld für SDI zu sparen, macht Gerd Grözing, Soziologe, mit "MAD MAX" (MAD enthält ein Wortspiel, denn es bedeutet nicht nur "verrückt", sondern steht auch für "Mutual Assured Destruction"): einfach in den wichtigsten Städten und Industriezentren des Gegners einen atomaren Sprengsatz mit eigener Bedienungsmannschaft stationieren. Der Tausch von Menschen, das weiß die Ethnologie schon lange, macht aus Feinden Freunde. Außerdem spart man sich den langen Flugweg, 200 Atomsprengköpfe würden reichen (das wäre eine 99%ige Abrüstung), und keiner bräuchte seine nationale Souveränität aufzugeben, denn die liegt eh schon in den Händen der gegnerischen Macht...

Das Kursbuch 83 ist eine aufklärende, phantasiereiche, kritische Lektüre und stattdie Leser/innen mit kaum widerlegbaren Argumenten für künftige Diskussionen über SDI aus.

Die Irrationalität der atomaren Überrüstung bietet dem Berliner Politikwissenschaftler Ekkehart Krippendorff den Anlaß, sich auf mehr als 400 Seiten über "Staat und Krieg. Die

Historische Logik

Politischer Unvernunft

historische Logik politischer Unvernunft" auszulassen.

Sein Buch ist eine umfassende Attacke auf die "Sicherheitslogik der Herrschenden" und deren Verbrämung als "Realpolitik"; gegen die "von der 'Arroganz der Macht' verdummte poli-

Instanz das Wesen von Staatlichkeit als Unvernunft".

Auf den ersten 90 Seiten zäumt Krippendorff seine These an dem "pathologischen" (Krippendorff) Begriff der "Staatsraison" (Friedrich Meinecke);¹ in dem die unkritische

Logik stammen, überhaupt nicht zugänglich, denn ihr Herrschaftswissen reduziert ihre Wahrnehmungen auf simple, eingängige Formeln (wie "Gleichgewicht" oder "Blöcke"). Alle Politiker bewegen sich auf einer abstrahierten Ebene von Realität, die mit der sozialen Wirklichkeit der Bevölkerung keine Gemeinsamkeiten mehr aufweist. Die "Akzeptanz" derer draußen im Lande ist wesentlicher Maßstab und Kennzeichen für das Verdummungssyndrom der Politiker.

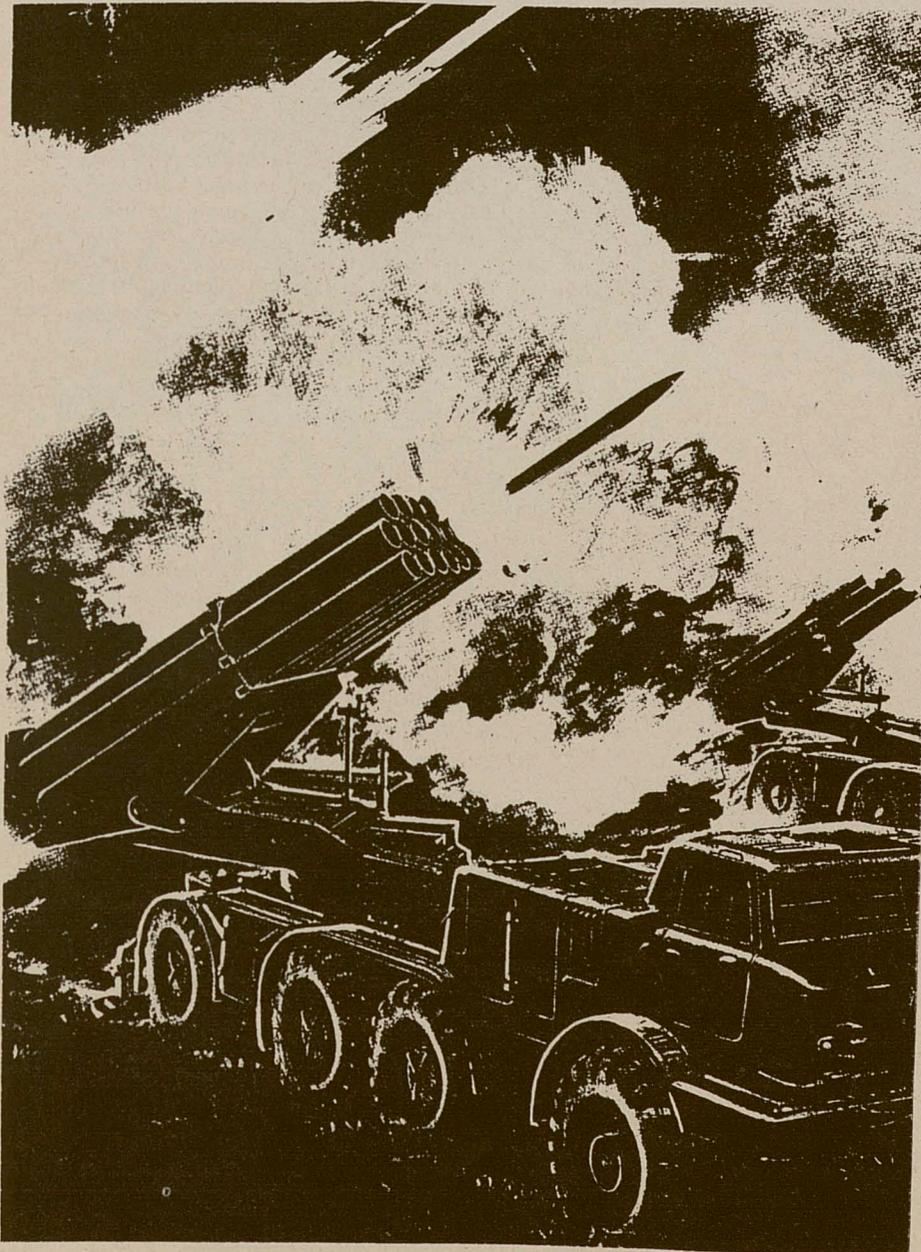
Anhand dieser Thesen macht sich Krippendorff auf einen imponierenden Marsch (im "Krebsgang") durch die Geschichte und die Philosophie. Das Ergebnis sind zuweilen bestechend einleuchtende Texte, teilweise schon Jahrhunderte alt, frisch und radikal: von Kant bis Nietzsche, von Weber bis Tolstoi, von Jean Paul bis zu Gottfried Benn.

Kriegsursachenforschung (Fallbeispiel Erster Weltkrieg) und evolutionsbiologische Aggressionstheorien werden genauso berücksichtigt wie die neuesten Pentagon Papers.

Krippendorff wollte kein abgewogenes, möglichst neutrales und darum wenig angreifbares Buch über den Staat vorlegen. Er will die Provokation auch unter den Kollegen seiner Wissenschaft, denen er vorwirft, in verschleiender Sprache und unkritischer Haltung sich über den Politikern genehme Inhalte zu verbreiten. Sein Text dürfte nicht nur die "Realisten" unter den Politikwissenschaftlern vergrätzen.

Das Buch ist ausgesprochen reizvoll und anregend. Und ehrlicherweise bleibt der Verfasser sich der Begrenztheit dessen bewußt, was ein solches Werk in den Köpfen derer, auf die es ankommt, bewirken kann. Schade.

Jutta Koch



tische Klasse". Der Staat ziehe notwendig mit seiner perversen, aber in sich stringenten Logik Krieg und Tod nach sich: "Im Militär als Institution, in der politischen Sozialisation zu Einsatz und Opfer des eigenen Lebens und im Krieg als legitimem Mittel der Politik enthüllt sich darum in letzter

Mehrheit der Bürger die Verkörperung der "politischen Vernunftidee" sehe, weil man es sie so zu sehen gelehrt hat. Krippendorff will an dieser staatlich verordneten Gewißheit und Zweifellosigkeit kratzen.

Die Politiker sind kritischen Argumenten, die nicht aus ihrer eigenen

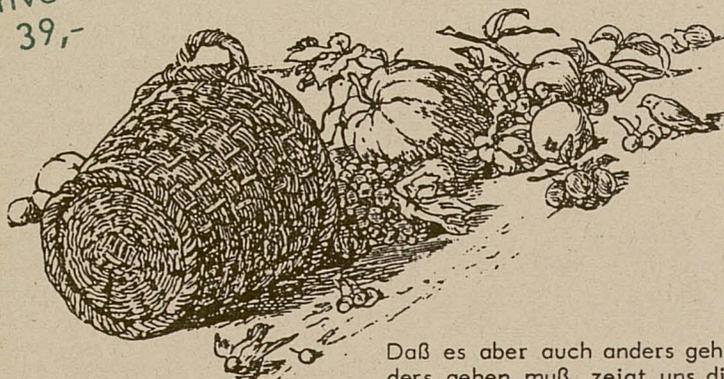
Literatur:

Ekkehart Krippendorff, Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft, suhrkamp, Frankfurt a. M. 1985, 20 Mark

Kursbuch 83, "Krieg und Frieden - Streit um SDI", März 1986, Rotbuch Verlag, 9 Mark

Kurt R. Spillmann, Aggressive USA? Amerikanische Sicherheitspolitik 1945 - 1985, Klett-Cotta, Stuttgart 1985

Hazel Henderson: Das Ende der Ökonomie, Die ersten Tage des nach-industriellen Zeitalters, Dianus Trikont Buchverlag, München, 1985, ca.400 S., DM 39,-



Die Wirtschaftswissenschaften sind in eine Krise geraten, darüber können auch die derzeit etwas günstigeren Wachstumsraten nicht hinwegtäuschen. Die früheren Voraussagen der Ökonomen sind nicht eingetroffen, und es gibt keinen plausiblen Grund, weshalb das für die jetzigen Prognosen anders sein sollte. Die Politiker schließlich benutzen die Wirtschaftswissenschaften als Steinbruch zur Legitimation des eigenen Handelns: Je nach Bedarf werden die entsprechenden Gutachten herangezogen, um sie wenig später schon mit der gleichen Selbstverständlichkeit zu ignorieren.

Bemerkenswerterweise hat diese Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis aber der "Wissenschaftlichkeit" der Nationalökonomie nicht das geringste anhaben können. Im Gegenteil mit zunehmendem Bedeutungsverlust scheint immer mehr gerechnet und formalisiert zu werden. Zahlen sind wissenschaftlich, objektiv und unangreifbar, wen stört es da noch, wenn die Formeln und Ergebnisse schließlich aller praktischen Anwendbarkeit entbehren?

- ANZEIGE -

Daß es aber auch anders geht und anders gehen muß, zeigt uns die Amerikanerin Hazel Henderson in ihrem Buch: Das Ende der Ökonomie. Als Autodidaktin, die nie eine Universität besuchte, scheint sie geradezu prädestiniert dafür, den gelehrten Schreibfischökonom den Spiegel der Wirklichkeit vorzuhalten.

Im ersten Teil (Der Ausverkauf der Wirtschaftswissenschaften), der sich mit der aktuellen Situation der Wirtschaft und der Wirtschaftswissenschaft befaßt, konstatiert die Autorin denn auch einen gefährlichen Wirklichkeitsverlust der Wissenschaft, der insbesondere mit der Einseitigkeit und Krise der klassischen Indikatoren und mit der Vernachlässigung sozialer und ökologischer Variablen (die sich nicht so ohne weiteres quantifizieren lassen) zusammenhängt.

Die Kernforderung des zweiten Teils (Wirtschaft im Übergang) ist die Hinwendung der Wirtschaft weg von den nichterneuerbaren zu erneuerbaren Ressourcen. Dieser Übergang, so Hazel Henderson, ist bereits im Gange, der Trend gehe eindeutig weg von den energieintensiven und umweltzerstörenden Produktionen, überall werde "hardware" durch "software" ersetzt.

Im dritten Teil (Die nachökonomischen



Alternativen des Solarzeitalters) wendet sich die Autorin dann der Ökonomie und Ethik einer von ihr vorausgesagten zukünftigen Weltwirtschaft zu. In einem Nachwort zur deutschen Ausgabe zieht Hazel Henderson schließlich eine Bilanz der seit der amerikanischen Erstauflage eingetretenen Veränderungen in Wirtschaft und Politik.

Das ganze Buch stellte nach eigener Aussage der Autorin zunächst eine "Sammlung im Werden begriffener Ideen" (S.15) dar, eine Zusammenfassung der Gedanken führender Wissenschaftler von Gunnar Myrdal über E.F. Schumacher und viele andere bis zu Nicholas Georgescu-Roegen und Herman Daly, was sich darin zeigt, daß, dies die einzige Einschränkung, manchem noch unfertig und ungeordnet wirkt. Trotzdem gilt auch hier: Das Ganze ist mehr als die Summe der Teile. Für eine Neuauflage würde ich mir deshalb lediglich noch ein Register wünschen.

Gesamturteil: Ein guter Überblick über aktuelle Probleme, neue Konzepte und alternative Ideen in der Ökonomie und ein beachtenswerter Ausblick auf die Perspektiven einer zukünftigen Wirtschaftsordnung, nicht nur für Wirtschaftswissenschaftler.

Peter Weber

- ANZEIGE -

Bonner Studenten Fahrschule

Münsterstraße 17 · 53 Bonn 1 · Telefon 63 41 88

Anmeldung und Auskunft:

Montag und Mittwoch	von 17.00 bis 18.30 Uhr
Freitag	von 9.30 bis 11.00 Uhr
Unterricht Mittwoch	von 18.30 bis 20.00 Uhr

BRIEFFREUNDSCHAFTEN /

URLAUBSAUSTAUSCH/ etc.

Wir vermitteln seit fast 20 Jahren Kontakte zwischen jungen Leuten -
- aus Deutschland und aus aller Welt.
Interessante Foto-Info kostenlos !

UNIVERSAL CLUB

Postfach 7688
2000 Hamburg 20



Ich hatte eine Farm in Afrika

"Ich hatte eine Farm in Afrika." Dieser Satz aus Tania Blixens Aufzeichnungen "Afrika - dunkel lockende Welt" wird in dem gerade erst mit Oscars überhäuftem Film "Out of Africa" (dt. "Jenseits von Afrika") von Sydney Pollack ständig wiederholt. Und in dem fast dreistündigen Melodram ist genügend handlungsfreie Zeit vorhanden, diese Aussage immer wieder anzubringen. Zunächst, beim Anschauen des Films, klingt dieser Satz noch wie die vergebliche Liebeserklärung einer großen Romantikerin, voll Wehmut und Sehnsucht, in der das tränenbeschwörende "Nie wieder" und ein endgültiges "Zu spät" mitschwingen. Der wirkliche Sinn dieses Satzes, den der Regisseur dem Zuschauer immer wieder einhämmert, dringt erst durch, wenn man etwas Abstand zu den von der Kritik hochgelobten "atemberaubenden Naturaufnahmen eines bezaubernden Afrika" gewonnen hat, in die die amerikanisch-süßliche Lovestory gehüllt wurde. In diesem Film werden die Worte einer vielleicht wahren Liebe der dänischen Schriftstellerin zu Afrika pervertiert in einen dem nordamerikanisch-kapitalistischen Weltbild entsprechenden umfassenden Eigentumsanspruch an Land, Produktionsmitteln und Negern. "Ich hatte eine Farm in Afrika" heißt hier: Als ich in Afrika war, gehörte mir eine Farm, ein Hund, ein Auto, ein Freund mit Flugzeug und ein ganzer Negerstamm mitsamt seinem senilen Häuptling und vielen süßen schwarzen dummen Negerkindern. Das alles war mein Eigentum und ich habe mich gut darum gekümmert, sogar um die Neger.

In einigen Szenen des Films tritt der Rassismus ganz offen zu Tage, in anderen schwingt er im Hintergrund mit, kaschiert und scheinbar überwunden, aber doch immer erdrückend anwesend. Eingeborenenkinder, die laut schreiend vor einer Kuckucksuhr davonlaufen, ein vergreist-bauernschlauer Häuptling, der die von der weißen Dame so großzügig über seinen Stamm gebrachten Segnungen europäischen Bildungsbürgertums zurückweist, in dümmlicher Angst, gebildete Stammesmitglieder könnten seine Position gefährden, und ein nahezu blöd zu nennender Junge, der von der guten weißen Frau erst durch 'geschickte' psychologische Tricks dazu gebracht werden muß, sich sein verletztes Bein behandeln zu lassen, um danach in dankbar-bewundernder Ergebenheit zu erstarren.

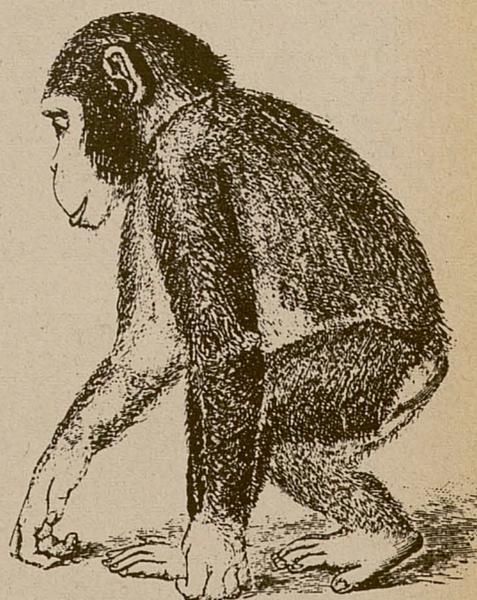
Das ganze Verhalten der Farmbesitzerin gegenüber den Farbigen entspricht dem eines fürsorglichen Eigentümers zu seinem Viehbestand.

Nur in einem Punkt wird das Besitzergreifen der Eigentümerin in die Schranken gewiesen. Weder Mann noch Freund kann sie ihrem Eigentum zu-

schlagen. Beide emanzipieren sich, der Mann, indem er sie einfach nicht ernst nimmt, und der Freund, der sich für seine Freiheit bis in den Tod entscheidet. Diese beiden sind allerdings Weiße, den Schwarzen ist diese Emanzipation nicht möglich. Sie können nur als gutbehütetes Zubehör zu identitätslosen Wesen verkommen, zu menschenähnlichen Objekten, deren hervorstechende Eigenschaft Zweitklassigkeit ist. Oder sie bleiben wie die Massai, die sich nicht so recht zähmen lassen wollen, nichts als geheimnisvolle, wilde Tiere, die in Rudeln über die Steppe rennen, in zauberhaft fremden Bildern tiefer Schönheit. Zu Recht hat dieser Film schon während der Dreharbeiten und erst recht nach der Aufführung in Kenia zu wütenden Protesten der Bevölkerung und der kenianischen Administration geführt.

Der der Filmhandlung immanente Rassismus wird entlarvend auch in die Realität der Filmproduktion transformiert, wo in der Tat den weißen Komparasen eine doppelt so hohe Gage gezahlt wurde wie den schwarzen. Der Film erhielt haufenweise Oscars und läuft seit Wochen in den Kinos von Nordamerika und Westeuropa. Und manch einer, der gerade über die Dummheit der schwarzen Tölpel lacht, träumt von seiner Farm in Afrika, von seinen eigenen Plantagen und von seinem eigenen Negerhäuptling und davon, wie schön doch alles war, damals in Afrika; vorausgesetzt man war weiß, aber das ist für die Zuschauer ja selbstverständlich.

Christian Eicke



G
E
D
I
C
H
T
E

Feuerduell

Dunkle Läufe haben ein Ziel gefunden
Treiben ihre Geschosse auf mich
Tief getroffen bleib ich steh'n
Schau' auf die farbigen Ränder
Deiner Mündungen

Christian Löhr



ANZEIGE



au chateau

Außer dienstags ab 20 Uhr geöffnet!

PINTE-DISKO

BONN, KÖNIGSTR., -ECKE ARGELANDERSTR.

Romantik I

Da
Kommt Sie
Ich heiße Sie
Willkommen
In einem Gewand
aus Seide
Lila und
auf
Fußspitzen
kommt Sie
und
Küßt Dich
Sie küßt Dich
Wir
am Strohalm
in einer Milchtüte
werden
Deine Lippen ausgesaugt
Auf dem Tablett
die Busen
zündet sie
die Kerzen an
Die Uhr
schlägt sechs mal
Die Uhr
wird
sechs mal schlagen
und
Bei der
auf gespreizten Beinen
bist du eingeladen
treten Sie bitte herein
Gnädig von Ihnen, Madame
Ein wenig später
aus einem alten Fotoalbum
reißt sie
Ihr Herz aus
und
du versprichst
die eingelegte Gurke
nicht zu vergessen...

Ich werde Sie Liebe nennen
sag ja
zu Liebe

Massoud

Wir wurden verhaftet,
mein Bedürfnis auf deinem,
er war sehr tapfer
und ich war jungfräulicher als
eine tote Nonne,
stehenbleiben ohne zu wollen,
wo nichts taugt nichts,
sich in der Dunkelheit zu verlieben.
Da in der Dämmerung nichts bleibt
das bloß zu küssen, das zu fühlen
glaubend,
und ihre unendliche Wärme, die
mich immer begleiten wird.

?

Juan, 23.1.86

Romantik II

Ich war
so tief
bis in die Hose verliebt
und
sagte
"Ein wunderschönes Wort"
Erst
blieb sie ganz
aber dann
zerbrach sie
in Lächeln
mit ihren blutlackierten Fingern
nahm sie
mir das Herz
und fragte:
- Wer bist du?
- Bon Prototyp
einer Serienproduktion
mit
Programm und Funktion
und ich weiter
scheiße auf die Zivilisation
dreimal täglich
auch
Nietzsche in Hamburger
Schmeckt mit Cola
nur Debussy
Sie meinte:
- Gestern
in Amadeus
Uschi und Alice
mit Gerd in Griechenland
war alles zu teuer
aber
ich bin überall braun

Oh mann!
dachte ich
Der Wein war bitter
Ihre Lippen süß
Mein Herz zu eng
Die Nacht aber lang...

Massoud

TERMINE

29. APRIL:

amnesty international, Grundzüge des afrikanischen Menschenrechtsverständnisses - Unterschiede zu anderen Konzeptionen, Prof.Dr.E.R.Mbaya, Uni Köln 20.00 h HS 8

2. MAI:

Theater contraire, "Zimmerschlacht" von Martin Walser, Premiere!
19.30 h im Anno Tubac
Kartenvorbestellung: 633762/638438

3. MAI:

Theater contraire, siehe 2. Mai

5. MAI:

Thalias Transit, "Placebo Gigante"
20.00 h in der Brotfabrik, Kreuzstr.16

6. MAI:

Thalias Transit, siehe 5. Mai

7. MAI:

Thalias Transit, siehe 5. Mai

9. MAI:

Theater contraire, siehe 2. Mai

10. MAI:

Theater contraire, siehe 2. MAI

11. MAI:

Theater contraire, siehe 2.Mai

Rockkonzert mit AUGENMERK

20.00 h Saal der ESG, Königsstr.88

13. MAI:

Theater contraire, siehe 2.Mai

14. MAI:

Theater contraire, siehe 2. Mai

16. MAI:

Theater contraire, siehe 2. Mai

23. MAI:

Theater contraire, siehe 2. Mai

Die Raben, "Spiele gegen Angst" experimentelle Pantomime 20.00h in der Brotfabrik, Kreuzstr.16

24. MAI:

Theater contraire, siehe 2. Mai
Die Raben, siehe 23. Mai



Theater contraire, "Zimmerschlacht"
von Martin Walser,

25. MAI:

Theater contraire, siehe 2. Mai

27. MAI:

amnesty international, Die Lage der schwarzen Arbeiter in deutschen Firmen in Südafrika, Albrecht Flues, AAB
20.00 h HS 8

30. MAI:

Theater contraire, "Zimmerschlacht" von Martin Walser,
19.30 h im Kulturforum

Die Raben, siehe 23. Mai

31. MAI:

Die Raben, siehe 23. Mai

3. JUNI

amnesty international, Strategien für die Menschenrechte, Carola Stern, Mitbegründerin von ai, Publizistin
20.00 h HS 8

11. JUNI:

amnesty international, Zur psychosozialen Situation von Flüchtlingen in der BRD, Frau Rabe-Rahmann, psych.-soz. Zentrum für Flüchtlinge in Köln
20.00 h HS 8

Die notrufgruppe Bonn und das autonome Frauenreferat laden ein zum Gastspiel aus Stuttgart

"Die Liebe ist ein Fluß in Preußen"

ein Schauspiel nach authentischen Tagebuchaufzeichnungen einer jungen Frau:

Der Lebensbericht Beate Nowaks, die vom Kindesalter an durch ihre Brüder sexuell mißbraucht wurde und die versucht, mit ihren quälenden Erinnerungen fertig zu werden.

Faszinierend die Kraft der Beate Nowak angesichts ihrer Vergangenheit, mit der sie ihre tiefen Wunden aufarbeitet. Beate - das ist keine fiktive Theaterfigur, Beate ist Realität, und das macht die verarbeiteten Texte unbestechlich. Erst in den letzten Jahren haben Ärzte, Journalistinnen, Psychologen damit begonnen, nachzuforschen - mit erschreckenden Ergebnissen: Der "böse schwarze Mann", vor dem die kleinen Kinder gewarnt werden, lauert oft genug in der eigenen Familie - ein wohlgehütetes Geheimnis, begraben im Schoß solcher Familien - und ein Tabu, das gebrochen werden muß.

Schreiende Sehnsucht nach Liebe, Geborgenheit - und zugleich ein Kampf mit der Vergangenheit. Beate Nowak hat den wichtigsten Schritt gemacht. Sie hat angefangen, darüber zu sprechen. Heidemarie Rohweder hat die Aufzeichnungen der Beate Nowak dramatisiert.

am Mittwoch, dem 7. MAI
20.00h in HS I (Uni-Hauptgebäude)

die letzte Seite

Eine Antwort auf Häuptling Seattle

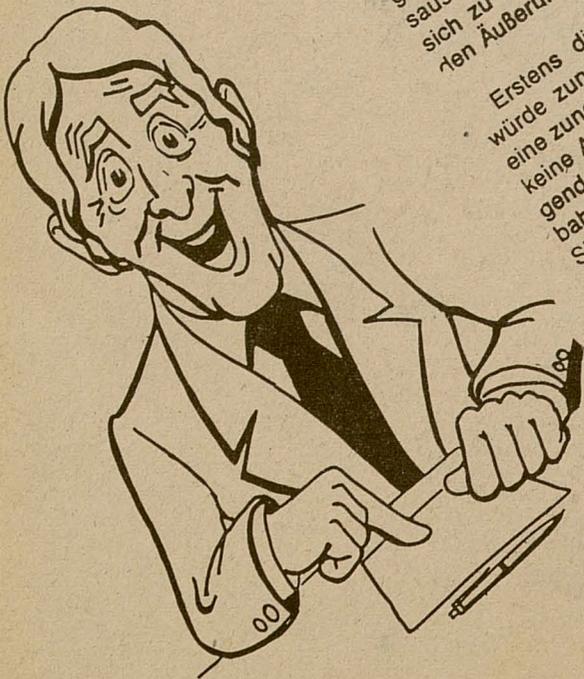
(Gerhard Polt am 5. Januar 1986 auf der WAALdbühne Wackerland der Freien Republik

Sehr geehrter Herr Seattle,

wir bestätigen hiermit den Erhalt Ihres Schreibens vom 17.4.1862 und erlauben uns auf Ihre Anmerkungen folgendes zu erwidern:

Ihre Ausführungen enthalten Aussagen, die wir gehalten sind, unsererseits nicht unwidersprochen hinzunehmen, zumal Ihren Äußerungen Verbalinjurien anhaften, die wir noch eingehend juristisch überprüfen lassen werden. Ihr Stil verrät, daß sie offensichtlich erregt sind, da sie versuchen, dem Thema Umwelt ausschließlich mit unsachgemäßen und verwirrenden Gefühlsäußerungen bezukommen. Sie haben sich zu unhaltbaren und ehrverletzenden Äußerungen hinreissen lassen:

Erstens die Behauptung „die Erde würde zunehmend verbaut und durch eine zunehmende Verdrahtung gebe es keine Adler mehr“ möchten wir mit folgendem Hinweis entkräften: Der Autobahnausbau München-Altötting-Simbach ist durch geführte Verkehrszählungen gerechtfertigt und durch Heranziehung von Fachkräften aus dem bayerischen Umweltministerium ist der Transit für mehrere Froscharten und Amphibien zu ihren Laichplätzen so gut wie gesichert. In Absprache mit dem Verkehrsministerium ist für den Ausbau eben dieser Autobahnüberquerungsdrainagen ein Etat von DM 2.800 in Aussicht gestellt worden. Den zugegebenermaßen zurückgegangenen Adleraufkommen steht zweifellos eine zunehmende Abbildung des Greifvogels entgegen, außerdem als Wapentier, sowie als Bundesadler oder als Tiroler Adler erfreut er sich einer zunehmenden Beliebtheit.



Sie behaupten ferner „die Weißen werden vergehen, vielleicht schneller als andere Stämme. Fahret fort Euer Bett zu verseuchen und eines Nachts werdet Ihr im Abfall erstickten.“ Ihr Vorwurf sei, entbehrt jeglicher Grundlegung. Das von Umweltminister Dick in Auftrag gegebene Gutachten von Prof. Hutzinger beweist, die Dioxin-Forschung in Bayern erfreut sich der besten Gesundheit und daß der nukleare Abfall jetzt immer wieder aufbereitet wird, ist ein Verdienst vom Umweltminister Dick.

Sollte sich wider Erwarten eine nukleare Verseuchung der Oberpfalz ergeben, so weisen wir darauf hin, daß mit mehreren Rückversicherungsanstalten Verträge bestehen, die die Haftung dafür natürlich grobe Fahrlässigkeit.

Sie behaupten ferner in Ihrer Eigenschaft als Indianer, sowie auch Ihre restlichen vereinsrechtlich-nicht-relevanten Träger „Stamm“, jeder Teil der Erde wäre mit Ihnen identisch. Glitzernde Tannen sowie das Summen von Insekten wäre Ihnen heilig.“ Dr. jur. Alfons Zeidlmeier, Sachbearbeiter für das Sektenuwesen in Bayern wird sich mit dieser Äußerung

beschäftigen und sie auf den Blasphemie-Tabakbestand hin untersuchen.

Da unserer Auffassung nach der Bürger ein Recht hat, vor Schmähungen von infantilen Utopisten geschützt zu werden, fordern wir Sie ab sofort auf, Ihre Unterstellungen unmittelbar zu unterlassen oder wir sehen uns gezwungen, gerichtliche Schritte gegen sie zu unternehmen. Bei einer prozeßuralen Auseinandersetzung schlagen wir als Gerichtsstand das Landesgericht Miesbach vor.

Hochachtungsvoll
i.A. Deutimoser

